

die Lehrlinge in eine Berufswelt mit ungeheuren technologischen und wirtschaftlichen Umwälzungen hineinwachsen.

Wenn man auch — und ich gehöre auch dazu — die duale Ausbildung, d. h. Betrieb und Berufsschule bejaht, so sagt das noch lange nicht, daß dieses System nicht auch in höchstem Maße reformbedürftig wäre.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, das wissen wir, darüber sind wir uns einig: möglichst viele, gut ausgebildete Fachkräfte mit möglichst umfassender Grundausbildung und mit hoher beruflicher Mobilität. Aber dazu braucht man Lehrlinge. Und das wissen auch alle, die damit zu tun haben, mit Ausnahme von wenigen Modeberufen, dazu haben wir viel zu wenig Lehrlinge. Und warum? Meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, daß es so etwas gibt wie eine unerschwerliche Mißachtung handwerklicher manueller Ausbildung? Das ist eine Frage, die sich jeder einmal ernstlich überlegen möge. Und was wird getan, um die Annahme einer Lehrstelle attraktiver zu gestalten? Meine Damen und Herren, überlegen Sie einmal die Folgen, solange die Qualität der Lehrlingsausbildung von Betrieb zu Betrieb und von Beruf zu Beruf so stark divergiert, wie dies heute unbestritten der Fall ist. Sehen wir die Dinge, wie sie wirklich sind. Die Lehrlingsausbildung ist noch immer vorwiegend von betrieblichen Interessen bestimmt. Das ist eine Tatsache. Da haben Sie sehr gewissenhafte, sorgfältige Ausbildung durch den Meister oder auch durch eigens dafür geschulte Ausbilder, aber auch unbeschreibliche Vernachlässigung der Ausbildungspflicht und krassesten Mißbrauch des Lehrlings als billige Arbeitskraft. Auch das ist Tatsache, sie kann bewiesen werden. Und dann gibt es noch viel, was noch zwischen diesen beiden Extremen liegt. Eines ist sicher, daß nichts gewährleistet ist, niemand kann sagen, wenn er eine Stelle antritt, wenn er die Verhältnisse nicht von Ort aus kennt, wie er es trifft.

Mit 1. Jänner 1970 tritt das neue Berufsausbildungsgesetz in Kraft. Und damit hat der Staat wenigstens seine bisherige fast völlige Abstinenz den Fragen der Berufsausbildung gegenüber endlich aufgegeben. Und wenn auch dieses Gesetz ein Kompromiß ist, wir Gewerkschafter haben ja sehr viel dabei mitgewirkt und mitgearbeitet, so ist es doch ein Fortschritt und ein nicht sehr unwesentlicher. Aber damit ist noch nicht geschehen, was eines Tages — und hoffentlich nicht zu spät — sein muß, nämlich daß der Staat in vollem Umfang für den Bereich der Berufsausbildung Rahmenbedingungen und Maßstäbe setzt, damit die Ausbildung der Lehrlinge in der Qualität an Normen gemessen wird, die in das Bildungssystem in ihrer Gesamtheit passen. Und das ist noch lange nicht der Fall.

Wenn auch ein Teil der Ausbildung in den Betrieb verlegt ist, darf dadurch meiner Meinung nach die Mitverantwortung der Gesellschaft für diesen Ausbildungsbereich nicht verloren gehen.

Es müßte auch ein neues Finanzierungssystem der Berufsausbildung gefunden werden. Im Betrieb wird, meine Damen und Herren, und da können wir reden und tun, was wir wollen, und ich glaube

muß auch unentwegt gefragt werden, was kostet es und was bringt es mir? Und darin liegt auch bei der Lehrlingsausbildung oder vielleicht gerade bei der Lehrlingsausbildung zwangsläufig sehr oft die Wurzel des Übels. Ich könnte Ihnen aus meiner Praxis Beispiele in Hülle und Fülle aufzählen, aber darum geht es ja nicht. Es geht weder um den guten noch um den schlechten Einzelfall, sondern es geht hier, wie ich glaube, um das System. Wir brauchen Facharbeiter nicht weniger dringend als Akademiker und Maturanten. Das heißt aber, die Beseitigung der Gegensätze zwischen der allgemeinen Bildung und der Berufsausbildung anzustreben.

Meine Damen und Herren, noch etwas zur zweiten Seite der Medaille: Das ist die Berufsschule. Wenn man also die duale Ausbildung im Grunde bejaht, ergibt sich zwangsläufig die Frage, ob die Berufsschule in diesem Ausbildungsvorgang den Platz einnimmt, um in ausreichender Form zur Verbesserung der Qualität der Lehrlingsausbildung insbesondere durch eine starke theoretische Fundierung beitragen zu können. Alle Fachleute auf diesem Gebiet sagen uns immer wieder: „Ihr müßt so ausbilden, daß die Arbeitskräfte äußerst mobil und anpassungsfähig an eine sich sehr rasch wandelnde Wirtschaft sind“. Sie sagen: „Ihr würdet euch wundern, was sich in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren tut“. Deshalb glaube ich, daß eine stärkere Verlagerung der Ausbildung vom Betrieb in die Schule notwendig wäre. Ich habe darüber im vergangenen Jahr etwas ausführlicher gesprochen. In unseren modernen Landesberufsschulen wird das ermöglicht, was wir — und ich erinnere mich zurück an die 50er Jahre — als Gewerkschafter immer wieder als zweckdienlich und nützlich verlangten: nämlich den zusammengefaßten Unterricht in gut ausgestatteten Schulen durch hochqualifizierte Lehrer. Die Absicht, in den nächsten 5 Jahren mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 120 Millionen Schilling 5 weitere Berufsschulen zu bauen bzw. fertigzustellen, ist überaus erfreulich. Damit wäre endlich erreicht, daß jeder steirische Lehrling in einer spezialisierten Berufsschule den zusammengefaßten Schulunterricht absolvieren kann. Damit gehören dann die den heutigen Bedürfnissen keineswegs mehr entsprechenden allgemeinen Berufsschulen der Vergangenheit an. Wir wollen hoffen, daß es dem Finanzreferenten Dr. Schachner gelingt, eine ausreichende und zeitgerechte Finanzierung dieses großen Vorhabens zu sichern.

Natürlich, meine Damen und Herren, sind die Probleme mit dem Vorhandensein noch so schöner und moderner Landesberufsschulen nicht gelöst. Ja, ich glaube, im Gegenteil. Eben weil man dann gewisse Voraussetzungen hat, müßte man die Probleme, wie man so sagt, richtig angehen. Meine Damen und Herren, die Stellung der Berufsschule im Rahmen der Berufsausbildung hat sich in Wirklichkeit im letzten halben Jahrhundert nicht geändert. Sie ist eine Verbindung der Betriebslehre mit einem Berufsschultag pro Woche. Man tut so, als hätte sich in den 50 Jahren um uns nichts verändert und als ob wir nicht wissen, was auf uns alles zukommt. Die Berufsschule, und das sollten Sie

auch nicht übersehen, steht innerhalb des gesamten Schulwesens in einer sehr starken Isolation. Sie ist diskriminiert, weil sie nicht als weiterführende Schule angesehen wird.

Meine Damen und Herren, wir können bei jeder Gelegenheit Lob und Dank für das was geschehen ist oder noch geschehen soll im überschwenglichen Maß nach allen Richtungen austeilen, aber über allem dürfen wir nicht übersehen und das sei offen ausgesprochen (auf dieses sehr ernste Problem werden wir noch zu sprechen kommen), daß der Leistungsabfall der in die Berufsschule neu Eintretenden weiterhin besteht. Mir gibt es äußerst zu denken wenn in Berufsschulklassen von Berufen, in denen man mehr oder gleich viel können muß, als in einem Büro Karteikarten auszufüllen oder Rechnungen zu schreiben, kein einziger Schüler mit einer abgeschlossenen Hauptschulbildung sitzt.

Nun, wie steht es mit dem polytechnischen Lehrgang als Berufsschule. So wie es jetzt der Fall ist, kann man höchstens von einer 5. Hauptschulklasse reden. Der Erfolg ist, daß viele Eltern ihre Kinder lieber in eine kaufmännische Privatschule schicken um dem polytechnischen Lehrgang zu entgehen. (Landeshauptmann Krainer: „Eine wichtige Erkenntnis!“) Junge Menschen, die vielleicht in einem fachlich differenzierten Lehrgang zu einem Beruf, der ihnen wirklich liegt, hätten hingeführt werden können, sind verloren. Zumindest in den großen Städten müßte eine Differenzierung nach Gruppen, wie Holz, Bau, Metall, Textil usw. möglich sein, wie überhaupt die Führung des polytechnischen Lehrganges im Zusammenhang mit dem Berufsschulwesen und der Berufsausbildung zu erfolgen hätte. Wenn es richtig ist, daß die Qualifikation der menschlichen Arbeitskraft die Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft begrenzt, ja vielleicht sogar in absehbarer Zeit bestimmt, so muß jeder Mangel, der in dieser Hinsicht nicht behoben wird, früher oder später zu einem hemmenden Faktor unserer Volkswirtschaft werden. Ich glaube, da haben wir, was Berufsausbildung und Berufsschule betrifft, eine Menge zu tun. Natürlich ist die Beschlußfassung über die nicht unbeträchtlichen Mittel, welche im Rahmen des Landesvoranschlages für die Berufsausbildung vorgesehen sind, nicht unwesentlich in dieser Richtung. Es sind beste produktive Investitionen; auf die Dauer gesehen wahrscheinlich die rentabelste Form einer Kapitalanlage im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abg. Burger. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner wird dann Abg. Wuganigg aufgerufen.

**Abg. Burger:** Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Abg. Loidl hat sich mit der Ausbildung der Lehrlinge und deren Behandlung befaßt. Gestatten Sie mir nur, daß ich mich mit den möglichen Beihilfen, mit den gegebenen Beihilfen für unsere Lehrlinge befasse. Ein kurzer Einblick in den Voranschlag 1970 läßt erkennen, daß für das Jahr 1970 683.000 S mehr an Studien- und Lernbeihilfen vorgesehen sind als im Jahre 1969. Dazu kommt noch, daß das Arbeitsmarktförderungsgesetz den Arbeits-

ämtern die Möglichkeit gibt, den Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten eine Beihilfe von monatlich 500 S auszubezahlen. Darüber hinaus ist noch die Möglichkeit nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz gegeben, daß für Lehrlinge, welche eine Landesberufsschule besuchen, für Kleidung und sonstiges eine einmalige Beihilfe von 1000 S zusätzlich gegeben werden kann. Man hat offensichtlich dem Umstand Rechnung getragen, daß heuer rund 2300 Ansuchen von Schülern in mittleren Lehranstalten zu erwarten sind. Der durchschnittliche Beihilfenbetrag beträgt für 10 Monate 2100 S. Die Bezieher dieses Betrages wohnen jedoch auswärts bzw. in Studentenheimen, während Schüler von höheren oder mittleren Lehranstalten, die bei ihren Eltern wohnen, 1000 S bzw. 1500 S als einmalige Beihilfe erhalten. Eine sehr erfreuliche steigende Tendenz ist bei den Lehrlingen festzustellen, also bei jenen, die einen gewerblichen Beruf erlernen. 1967 haben 1550 Lehrlinge um eine Lehrlingsbeihilfe angesucht. Für diese wurde ein Beihilfenbetrag von 3.015.000 S ausgegeben. 1969 sind die Ansuchen auf 2250 angestiegen. Das sind also um 700 Lehrlinge mehr, welche die vom Land gewährte Beihilfe in Anspruch nehmen. Für die 2250 Beihilfenbezieher und Lehrlinge wird ein Betrag von 3.285.000 S ausgegeben. Das sind um 270.000 S mehr als 1968.

Die Gesamtzahl der Lehrlinge in unserem Bundesland Steiermark beträgt 26.000, das sind um 4341 Lehrlinge mehr als im Jahre 1967. Es kann nicht lobend genug hervorgehoben werden, daß man sozial bedürftigen Lehrlingen und Lernenden Beihilfen gewährt. Die Parole lautet: „Heraus aus dem Hilfsarbeitertum und hinein in den Bereich der Fachberufe!“ Dort allein liegt, gemessen an der Entwicklung der Zeit, die Zukunft für unsere Jugend.

Egal, wohin die technische Entwicklung geht, die Fachkraft war zu allen Zeiten begehrt und wird auch in Zukunft stets begehrt sein und auf goldenem Boden stehen.

Lernen darf man nicht als Übel ansehen. Daher scheint es mir angebracht, von hier aus an die Eltern, an die Lehrer in den Pflichtschulen und an die berufsberatenden Personen den Appell zu richten, den Wert des Lernens dem Lernwilligen frühzeitig zu übermitteln und das Interesse dafür zu wecken.

Es ist ohnehin sehr bedenklich, wenn man eine Statistik zur Hand nimmt und feststellt, daß in den USA 75 % der Jugend eine mittlere Schule besuchen, in England sind es 72 %, in Japan 35 %, in Österreich leider nur 15 % und in der Deutschen Bundesrepublik gar nur 8 %. Welche Ursache dieser Tatsache gegenübergestellt wird, will ich hier nicht untersuchen. Aber es bedarf gerade deshalb noch einmal der Feststellung, daß der Besuch einer Lehranstalt sowie das Erlernen eines Berufes von ganz entscheidender Wichtigkeit ist. Letzten Endes hängt der Wohlstand in einer Familie, aber auch der Wohlstand des Staates davon ab, ob wir mit der Zeit gehen. Wohlstand wird nicht geschenkt, sondern muß erarbeitet werden. Die Situation erkennen und Neues dazulernen ist ebenfalls Aufgabe der verantwortlichen Erwachsenen.

Von besonderer Bedeutung aber ist — und diesen Appell richte ich an die Lehrherren — daß man den Lernenden das Gefühl übermittelt, daß ihre Mitarbeit erwünscht ist. Dies muß bei jeder Gelegenheit, vor allem aber am Lehrplatz, erfolgen.

Die Zukunft braucht tüchtige junge Menschen. Dafür tragen aber die Erwachsenen von heute die Verantwortung. (Beifall.)

**Präsident:** Am Wort ist Herr Abg. Wuganigg, nächste Rednerin Frau Abg. Egger.

**Abg. Wuganigg:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das österreichische Schulwesen — und hier stimme ich mit den Ausführungen des Herrn Abg. Schaller überein — befindet sich heute inmitten eines Prozesses der Umgestaltung. Ganz gleich, ob es sich um die äußere oder innere Organisation handelt, dieser Wandel vollzieht sich in beiden Bereichen.

Die ständige Mobilität und Dynamik, die unserer Gesellschaft, der Wirtschaft und der Technik ihr Gepräge geben, erfassen nunmehr auch die Bildungsinstitutionen. Auch hier ist der Fortschritt der Technik die Triebkraft der weiteren Entwicklung.

Während Sprach-Labors, Lernmaschinen, programmierter Unterricht zu einer völligen Umgestaltung der Unterrichtsverfahren führen werden, läßt die Entwicklung des Verkehrswesens die Entfernungen überbrücken und ermöglicht damit die Schaffung zentraler Schulen, die Errichtung von Mittelpunkt-schulen.

Wenn wir diese Entwicklung betrachten, dann muß es uns umso klarer bewußt werden, daß man bei Errichtung neuer Schulen allergrößte Umsicht walten lassen muß, ja, daß ein umfassendes Konzept überhaupt die Voraussetzung dazu ist. Und das umso mehr, als der Bau von Schulen für die Gemeinden und für das Land eine gewaltige Belastung darstellt und die hierfür erforderlichen Mittel nur sehr schwer aufgebracht werden.

Daß wir Schulen bauen müssen, weil uns in Österreich tausende Schulklassen fehlen, darf nicht dazu führen, sie dort zu errichten, wo sie nicht benötigt werden.

Es ist mir nicht entgangen, daß diese Frage bereits während der Generaldebatte von drei Rednern gestreift wurde. Ich will nunmehr konkret darauf eingehen und das trotz der Verteidigungsrede des Herrn Abg. Schaller, die er scheinbar als Präventivmaßnahme bereits gehalten hat, weil ich der Ansicht bin, daß man solche Fälle aufzeigen soll, um eine Wiederholung dieser Fehler zu verhindern.

Vor wenigen Wochen ging die Nachricht durch die Presse, daß in der Gemeinde Pürgg a. Grimming eine Schule gebaut wurde, natürlich mit Bedarfszuweisungen, mit Steuergeldern, eine Schule, die nie einen Schüler sehen wird, die man nicht mehr braucht, die leer steht und für die man nun einen Käufer sucht. Vor wenigen Tagen konnten wir von einer Fehlplanung einer Hauptschule lesen, die in Mooskirchen gebaut wird und nicht in Lieboch, obwohl Lieboch sechsmal so viel Einwohner zählt als Mooskirchen, zentral liegt und sich die dortige Bevölkerung anlässlich einer Abstimmung zu 90 % da-

für ausgesprochen hat. (Abg. Feldgrill: „Herr Abgeordneter, der Bürgermeister von Lieboch hat sich nicht um die Schule beworben!“) Das weiß ich nicht, aber ich lese das aus der Zeitung. Das ist eine Fehlplanung, deren Geburt nach Äußerung eines Gemeinderates der Österreichischen Volkspartei einer schwachen Stunde des Herrn Landeshauptmannes zuzuschreiben ist. So steht es in der Zeitung, ich weiß es nicht. Ich habe es nicht gesagt, sondern Ihr Parteifreund! (Landeshauptmannstellv. Dr. Koren: „Glauben Sie alles, was in der Zeitung steht?“) Es wundert mich also nicht, daß es auch im Bereiche des Bezirkes Weiz eine ganze Reihe solcher Fälle gibt. In wessen schwacher Stunde die dann entstanden sind, das kann ich allerdings nicht sagen.

Vor wenigen Jahren wurde in der Haslau eine dreiklassige Volksschule errichtet. Davon steht schon lange eine Klasse leer. Wenige Kilometer davon entfernt, in der Granitz, steht ebenfalls eine Schule sehr, sehr lange zur Hälfte leer und man spricht Jahre hindurch davon, daß diese Schule überhaupt geschlossen wird. Und trotz dieser Tatsache wurde nun — man könnte beinahe sagen in der Mitte zwischen diesen beiden Schulen — eine neue, große Schule in Heilbrunn errichtet. Auch da ist man sich schon im klaren, daß diese Schule zu groß ist und sehr, sehr wahrscheinlich die dritte in diesem Bunde sein wird. Und das trotz des warnenden Beispiels der beiden bereits vorhandenen Schulen. (Abg. Feldgrill: „Herr Abgeordneter, wissen Sie, daß zu diesen Schulen die Kinder zwei Stunden gehen müssen?“ — Abg. Pözl: „Das sagt er nicht!“) Da wurde in Wetzawinkel eine neue Volksschule mit sechs Klassen gebaut. Man sagt auch da, daß sie viel zu groß ist. Als der Rohbau fertig war . . . (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das wird eine wunderbare Fachschule. Ich bin sehr froh, daß wir sie haben!“) Das glaube ich, aber davon will ich ja gerade berichten. Als der Rohbau fertigstand, bekam man es mit der Angst zu tun, denn man war sich auch da schon wieder im klaren, daß diese Schule halb leer stehen wird. Als ich vor ungefähr einem Monat den Bezirksschulinspektor befragte, da sagte er: „Das kann ich noch nicht sagen, ob das eine Volksschule werden wird“ oder wie er damals ganz genau gesagt hat „eine landwirtschaftliche Mittelschule“. Inzwischen ist das erledigt worden. Wir wissen bereits, daß es . . . (Abg. Pözl: „Fachschule!“) Mittelschule hat er gesagt im Bezirksschulrat. Es wird vielleicht sogar protokolliert sein. Ich habe es mir sofort aufgeschrieben. Wir wissen bereits, daß es keine Volksschule werden wird, sondern eine landwirtschaftliche Berufsschule, also wiederum eine Schule, die für einen anderen Zweck verwendet wird, als man sie ursprünglich projektiert hat. Das nennt man bei uns Planung! Diese Beispiele ließen sich im Raum des Bezirkes Weiz . . . (Landeshauptmann Krainer: „Bitte! Weiter, weiter!“) Selbstverständlich. Sie kommen auf jeden Fall auf Ihre Rechnung, da können Sie sicher sein. (Landeshauptmann Krainer: „Er muß weiter erzählen! Das ist ein Glück, was wir alles bauen!“) Natürlich! Nicht bauen, sondern verbauen! (Landeshauptmann Krainer: „Bauen, bauen, bauen!“) Das Geld könnte man viel besser anwenden. (Landes-

hauptmann Krainer: „Das sagt ausgerechnet der Abgeordnete von Weiz!“ Ja, natürlich. Warum, werde ich Ihnen auch gleich sagen. Diese Beispiele ließen sich ergänzen und fortsetzen. (Landeshauptmann Krainer: „Fortsetzen!“ — Abg. Pözl: „Wie lange?“) Na, ziemlich lang, Herr Kollege.

Das Prunkstück aber, das ich Ihnen nicht vorzuenthalten will, das bleibt die Schule in Peesen. Diese wurde sechsklassig projektiert und . . . (Landeshauptmannstellv. Dr. Koren: „Ich bin doch nicht der Bürgermeister!“) Schauen Sie, wenn Sie solche Lieblingskinder in die Welt setzen, dann wird nichts . . . (Weitere unverständliche Zwischenrufe). Letzten Endes sind das Bedarfszuweisungen gewesen und in irgendeiner Form sind doch die Behörden zuständig. Die Schule wurde also sechsklassig projektiert und auch der Keller wurde sechsklassig gebaut. Als der Keller fertig war, sagte man sich, so viele Schüler werden wir nicht haben, also bauen wir den Rohbau dann vierklassig weiter. Das ist geschehen und aus den anderen beiden Klassen wurde eine Lehrerwohnung gemacht. Als der Rohbau vierklassig fertig war, hat man sich wiederum gesagt, vier Klassen werden wir nicht haben und man hat den zuständigen Architekten beauftragt, wiederum einen Plan zu erstellen. Nun sollte der Rohbau umgebaut werden auf eine zweiklassige Schule. Als ich am 8. Juli dieses Jahres im Hohen Haus die Anfrage stellte, nach welchem Plan die Volksschule Peesen, deren Rohbau seit eineinhalb Jahren fertiggestellt ist, nun tatsächlich gebaut wird, bekam ich folgende Antwort. Ich zitiere nunmehr aus dem Stenographischen Bericht dieser Sitzung, „daß die Volksschule Peesen, der heutigen Gemeinde Tannhausen, die im Rohbau fertiggestellt ist, in Zukunft vierklassig geführt werden soll und daher auch in dieser Größenordnung ausgebaut werden muß“ und weiter unten und abschließend „Vor allem aber steht dann der Gemeinde Tannhausen eine vollorganisierte vierklassige Volksschule zur Verfügung, was den örtlichen Gegebenheiten voll gerecht wird. Die Fertigstellung des Rohbaues wird unter diesen Gesichtspunkten nunmehr vorangetrieben.“ Nur drei Monate später war jedem bekannt, daß diese Schule keine Schule werden wird, sondern daß man sie verkaufen wird und daß man daran ist, den Käufer zu suchen. (Landeshauptmann Krainer: „Er ist schon gefunden!“) Umso besser, Herr Landeshauptmann! Ich danke vielmals. Sie haben das nur bestätigt. Ich habe geglaubt, es wird schwierig sein, diese Frage vor dem 15. März zu lösen.

Man kann nach dieser Sachlage nur sagen, nach der Antwort und nach all dem — ich habe es Ihnen dargelegt und Sie können es nachlesen —, daß wirklich die eine Hand nicht mehr weiß, was die andere tut.

Aber so, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann und soll man eigentlich mit Steuergeldern nicht umgehen. (Landeshauptmann Krainer: „Es ist wohl viel besser, wenn man beispielsweise für eine normale Schule, für die man pro Klasse 1 Million Schilling ausgeben müßte in Weiz 2 Millionen Schilling verbraucht!“) Herr Landeshauptmann, ich bin Ihnen sehr dankbar. Wir wollen uns sofort über diese Schule, Sie meinen die Hauptschule in Weiz, un-

terhalten. Man soll doch in irgendeiner Form auf das eingehen. Der Hauptschulbau in Weiz hat 35 Unterrichtsräume, 2 Konferenzräume, 3 Direktionskanzleien, 1 Turnsaal, der 1100 m<sup>2</sup> groß ist, eine Festhalle, ein Schwimmbecken, zu jeder Klasse ein eigenes Kabinett, hat einen umbauten Raum von 49.000 m<sup>3</sup> und kostet 38 Millionen Schilling. Das ist nicht viel. Das sind ungefähr 800 S pro m<sup>3</sup> umbauten Raumes. Sie ist nicht teurer als jede andere Schule.

Nun, Herr Landeshauptmann, will ich Ihnen noch etwas sagen. Die gesamte Fachwelt hat diese Schule bereits anerkannt. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist keine Frage, aber die Gemeinden bringen Sie damit um. Sie werden schon noch draufkommen!“) Das glaube ich nicht. Ich möchte nur sagen, die Vereinigung österreichischer Architekten und das ist sicher keine sozialistische Vereinigung, hat dem Bauherrn und das ist die Stadtgemeinde, den ersten Preis gegeben. Weiters hat das Bundesministerium für Unterricht — ist auch kein sozialistisches Ministerium; zumindest noch nicht — dem Architekten den ersten Preis gegeben und das im Frühjahr dieses Jahres.

Vor vier Wochen hat es eine Aussendung gegeben „Schulbau und Architektur“ oder so ähnlich war der Titel, um ca. 11 Uhr nachts. In dieser Aussendung des Bundesministeriums für Unterricht wurde die Hauptschule Weiz als eine der wenigen zukunftsweisenden Schulen überhaupt bezeichnet, die wir in Österreich haben. (Landeshauptmann Krainer: „Das war nicht das Unterrichtsministerium, sondern das war der ORF!“ — Abg. Pözl: „Auch nicht sozialistisch!“) Nun, ja gut! Bitte! Aber es war im Zusammenhang mit dem Unterrichtsministerium. Das nur soweit zur Klarstellung bezüglich der Hauptschule Weiz. Ich will Ihnen sagen, daß die Beschlüsse beider Fraktionen im Gemeinderat gemeinsam gefaßt wurden (Landeshauptmann Krainer: „Das ändert ja nichts daran!“) und daß wir durchaus in Weiz darauf stolz sind.

Nun zu dem Zwischenruf Herr Landeshauptmann, daß die konzeptlosen Eltern schuld sind. Die können es nie sein, denn diese sind nie imstande, irgendein Konzept zu erstellen. Es fehlt ihnen jede Möglichkeit, sich die Unterlagen zu beschaffen. Es ist zweifellos niemals die Aufgabe der Eltern, ein derartiges Konzept zu erstellen. Die Planungsfehler, die hier geschehen, sind zum Teil den schwachen Stunden zuzuschreiben, aber auch ebenso der Konzeptlosigkeit der Landesschulpolitik. Das ist umso bedauerlicher wenn man weiß, daß in vielen Orten eine drückende Schulraumnot herrscht, daß die Klassenschülerzahlen sehr, sehr weit überschritten werden, daß man die Schüler zusammenpfercht in Unterkünften, die völlig ungeeignet sind.

Ich will Ihnen ein einziges Beispiel hier noch sagen und zwar das der Hauptschule in Gleisdorf, die weit über 600 Schüler hat und eigentlich bei normalem Betrieb nur 300 Schüler aufnehmen könnte.

Und wie man das nun zustandebringt, daß man die Schulen gerade dort baut, wo man sie nicht braucht, aber dort nicht errichtet, wo sie dringend sind, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist mir bis heute unerklärlich geblieben.

Und darum abschließend meine Forderung nach Schaffung eines Schulkonzeptes über die Errichtung von Schulen unter Berücksichtigung aller jener Erfordernisse, die hier für die künftige Entwicklung maßgeblich sind, um einerseits den Schülern die bestmögliche Schule zu geben, den Gemeinden aber die unnützen Lasten und Kosten von Fehlplanungen zu ersparen und damit das sinnlose Vergeuden von Steuergeldern, Herr Landeshauptmann, zu vermeiden. (Landeshauptmann Krainer: „Ich bitte Sie, nicht nur zu reden! Veranlassen Sie den Gemeinderat von Weiz, daß er nicht ständig die Umgebungsgemeinden zu Tode sekkiert!“)

Herr Landeshauptmann, ich gebe Ihnen da eine Antwort. Sie ist sehr einfach: Die Umgebungsgemeinden — und das sind leider ÖVP-Gemeinden — schulden für diesen Schulbau 1,35 Millionen. Dafür sind da draußen alle Wege asphaltiert.

(Landeshauptmann Krainer: „Sind Sie fertig?“) Eigentlich ja, ich kann ja hier nicht übernachten, Herr Landeshauptmann. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Die Frau Abg. Egger hat das Wort. Abg. Laurich ist der nächste Redner.

**Abg. Egger:** Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Loidl hat über Berufsausbildung gesprochen und ich werde mich auch mit dem gleichen Thema befassen. Nur hat er es hauptsächlich aus der Sicht der Burschen getan und ich werde dieses Gebiet aus der Sicht besprechen, die hauptsächlich die Mädchen angeht.

Ich möchte über einen Bereich unseres Schulwesens sprechen, der noch weniger ausgebaut ist als das übrige berufsbildende Schulwesen und der fast keinen Anteil an der jetzigen so starken Ausweitung des Schulwesens hat, das ist die Hauswirtschaft.

Ich höre Sie alle, meine Herren Kollegen, sagen: „na ja, kochen!“ Aber ich möchte hier gleich eine Klarstellung vornehmen. Wenn ich Hauswirtschaft sage — ich sage ja nicht „Kochen“, ich sage „Hauswirtschaft“ — dann meine ich damit nicht die ehemaligen Kochschulen, sondern Schulen, die unserer Zeit gemäß sind und in denen alle Arbeiten gelehrt werden, die der häuslichen Versorgung der Menschen dienen, sei es in privaten oder in Großhaushalten. Kochen gehört natürlich dazu, ist aber nur ein Teil des Ganzen, das ebenso die Sorge für die Behausung, wie für die Bekleidung, Ernährung, Erziehung der Kinder, die Gesundheit und alles damit verbundene Wirtschaftliche umfaßt.

Die Vielfalt der aufgezählten Lebensbereiche wird Ihnen vielleicht bewußt machen, daß es für junge Menschen da einiges zu lernen gibt, weil sich seit den Zeiten unserer Mütter und Großmütter vieles geändert hat.

Dem trägt unser heutiges Schulwesen leider nicht Rechnung. In der Steiermark ist nur ein einziger Zweig des Schulwesens in dem jetzigen, so großen Ausbau zurückgeblieben, das sind eben diese hauswirtschaftlichen Schulen.

Heute haben wir hier folgende Situation:

Die bestehenden Haushaltungsschulen können seit Jahren den Andrang an Schülerinnen nicht fas-

sen, weil man statt des polytechnischen Lehrganges — eine ähnliche Erscheinung hat ja auch Kollege Loidl aufgezeigt — dieses Schuljahr für die Mädchen in Haushaltungsschulen haben möchte. Bis zu 40 % der Aufnahmewerber müssen abgewiesen werden. Das sind nachgewiesene Zahlen, nicht nur Schätzungen. Und es kommt noch hinzu, daß sehr viele sich gar nicht bewerben, weil es so wenig Schulen gibt, daß ein Besuch oft nicht ohne interne Unterbringung möglich wäre.

Gesetzlicher Schulerhalter für diese hauswirtschaftlichen, also berufsbildenden Fachschulen ist der Bund. Er führt in der Steiermark zwei Schulen dieser Art und hat bisher diese Schulen nicht vermehrt. Wohl hat er der einen dieser Schulen einen sehr schönen Neubau gegeben.

Neben den Haushaltungsschulen des Volksbildungswerkes St. Martin gibt es außer diesen Bundesschulen zwar einige private Schulerhalter, nämlich einige steirische Gemeinden, weiters die Caritas und Ordensgemeinschaften der katholischen Kirche. Diese Schulerhalter tragen freiwillig große Schullasten, für die sie bisher nur wenig Förderung von Bund und Land erhielten.

Die Gemeinden können als Körperschaft der öffentlichen Hand keine Subventionen des Bundes, z. B. für den Bau solcher Schulen, bekommen und die Schulen von Religionsgemeinschaften erhalten wieder nicht mehr vom Bund bezahlte Lehrer als lebende Subventionen als 1962. Das ist eine Bestimmung der damaligen Schulgesetze. Wie soll diesen privaten Schulerhaltern da eine Erweiterung, ein Ausbau ihrer Schulen möglich sein?

Nach den geltenden Gesetzen steht den Eltern aber das Recht zu, die Schulart für die Kinder zu wählen. Die gesetzlichen Schulerhalter haben daher entsprechende Schulen bereitzustellen. Sie sehen, wie da Bedarf und Vorhandensein weit auseinanderklaffen.

Wir müssen uns aber auch fragen, ob der Drang zur Haushaltungsschule ein berechtigter Wunsch der Eltern und ob es im Sinn einer richtigen Entwicklung ist, mehr Möglichkeiten zum Erlernen der Hauswirtschaft zu schaffen. Primär denkt man bei Hauswirtschaft an die Versorgung der Familie. Ich will hier nicht längst Bekanntes wiederholen, sondern nur die Tatsache hervorheben, daß von den Staaten der freien Welt Österreich die höchste Berufstätigkeit der Frauen hat. Über 600.000 österreichische Kinder unter 14 Jahren haben berufstätige Mütter. Für diese Doppelbelastung so vieler Mütter gibt es nur eine Hilfe, nämlich die gekonnte, die gelernte Arbeit für den Beruf und für die Hauswirtschaft.

Ein Zweites kommt hinzu: Zunehmend mit dem steigenden Lebens-Standard beanspruchen fast alle Menschen jene Einrichtungen, die hauswirtschaftlich geschultes Personal brauchen. Fast jeder macht Ferien und benützt dabei Fremdenverkehrseinrichtungen wie Hotels, Gasthäuser usw., jeder will für seine Kinder, für alte Menschen oder sonstige Hilfsbedürftige mehr und mehr Heime aller Art. Der letzte Schrei ist die Ganztags-Schule. Wer wird dort den Kindern ein gesundes Mittagessen geben? Die notwendig zu vergrößernden Krankenanstalten brauchen nicht nur mehr Sanitäts-, sondern auch mehr

Wirtschaftspersonal. So haben wir einen steigenden Bedarf nach Kräften für hauswirtschaftliche Berufe aller Art, von der Wirtschaftsleiterin angefangen bis zu den Hilfskräften in den verschiedenen Arten der Groß-Haushalte.

Drittens wird die Wirtschaft immer komplizierter. Unsere Volkswirtschaft wird umso krisenfester sein, je verständnisvoller alle diejenigen sind, in deren Händen zum größten Teil die Verwendung der Einkommen liegt. Können wir überzeugt sein, daß alle Einkommen in Österreich optimal verwendet werden? Hängt nicht ein Teil der Kapitalknappheit oder des zu geringen Wohnungsbestandes und manches andere auch damit zusammen, wofür in Österreich das Geld ausgegeben wird?

Und viertens gehen alle Voraussagen dahin, daß der tertiäre Sektor der Berufe, also der der Dienstleistungen zunehmen wird, während es besonders in den unteren Kategorien der beiden anderen Sektoren zu Schrumpfung und daher zur Notwendigkeit eines Berufswechsels kommen wird. Darüber wurde hier schon gesprochen. Die wertvollste Mitgift zur Meisterung dieses oft schwierigen Berufswechsels, aber auch für die Ausübung aller Dienstleistungsberufe ist Arbeitsfähigkeit, also eine gute Arbeitshaltung. Nun gibt es kaum ein Gebiet, auf dem ein junges Mädchen so gern und so gut das Arbeiten erlernen kann, wie bei der Hauswirtschaft. Wie oft hören die Lehrer von Frauenberufsschulen „ja Ihre Mädchen können wirklich arbeiten, die kann man überall hinstellen“. Sollte das nicht wirklich die beste Vorbereitung sein für jene Berufe, wo man keine spezifische Fachbildung, sondern eben nur eine grundsätzlich gute Arbeitshaltung braucht? Oder wir hören immer wieder „die Frauenberufsschulen sind die beste Vorbereitung für alle Pflegeberufe“. Auch das sind Mangelberufe. Wer arbeiten kann und eine solide Basis an Allgemeinwissen hat, für den ist die Anpassung an eine neue Aufgabe wie z. B. das Anlernen für einen neuen Beruf nicht mehr so schwer.

Die angeführten Gründe sprechen also für den Wert einer hauswirtschaftlichen Ausbildung. Deshalb und um den Wünschen vieler Eltern Rechnung zu tragen, ist es notwendig, in der Steiermark mehr Möglichkeiten für hauswirtschaftliche Ausbildung zu schaffen, vor allem in der Form, daß das neunte Pflichtschuljahr statt als polytechnischer Lehrgang auch in Form einer hauswirtschaftlichen Ausbildung absolviert werden kann.

Darum ist es außerordentlich erfreulich, daß die Landesregierung den Beschluß gefaßt hat, die notwendigen Vorarbeiten dafür durch den Landesschulrat und weitere zuständige Gremien durchführen zu lassen, um ein entsprechendes Konzept zu erstellen, wobei auch die finanziellen Lasten zu berücksichtigen sein werden. Das alles bedarf sehr gründlicher Überlegungen, insbesondere, weil unser ganzes Schulwesen nun wieder in Bewegung geraten ist und weil bereits bestehende Einrichtungen z. B. des Pflichtschulwesens, des landwirtschaftlichen Schulwesens oder des Volksbildungswerkes St. Martin beachtet werden müssen. Mancher vorhandene Schulraum könnte benützt, anstelle mancher polytechnischer Mädchenklassen könnte eine Haushal-

tungsschule geführt werden. 1968/69 hatten wir in Steiermark 2119 Mädchen im polytechnischen Lehrgang. Eine verhältnismäßig große Zahl, besonders wenn man bedenkt, daß ziemlich viele von diesen Mädchen keine weitere Ausbildung erhalten, sondern nach ihrem Schulabgang Hilfsarbeiterinnen werden und nicht nur werden, sondern wurden, denn das weiß man bereits. Es sind mehr als sechsmal so viele Mädchen als Knaben, die ohne Lehre oder sonstige Ausbildung bleiben und damit zu jenen gehören, denen schon jetzt die schlechtesten Zukunftsprognosen gestellt werden. Wie gut wäre da ein Jahr hauswirtschaftlicher Ausbildung, natürlich immer verbunden mit einer Festigung der Allgemeinbildung, womit sie überall gesuchte Arbeitskräfte geworden wären. Wie notwendig würden unsere Fremdenverkehrsbetriebe, unsere Sozialeinrichtungen und so manche kinderreiche Familien solche Arbeitskräfte brauchen. So ist die Sorge um mehr hauswirtschaftliche Ausbildung eine durchaus zeitgemäße Bemühung, die geeignet ist, die Wirtschaft zu fördern und gerade den Stillen im Lande und so manchen sozial Benachteiligten einen besseren Weg in die Zukunft zu öffnen. Die Initiative von Herrn Landeshauptmann Krainer in der Regierung ist sehr zu begrüßen. Gleichzeitig mit dem genannten Konzept müssen aber auch die Mittel bereitgestellt werden, damit im Herbst 1970 zumindest ein Anfang auf diesem Gebiet gemacht werden kann.

Das ist ein zukunftsweisendes Werk, das nicht nur den Frauen, sondern allen Teilen der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft und der häuslichen Kultur zugute kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Herr Landeshauptmann Krainer hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Nach § 37 der Geschäftsordnung erteile ich ihm das Wort. Die Redezeit beträgt 5 Minuten.

**Landeshauptmann Josef Krainer:** Ich bin immer sehr geschäftsordnungstreu, ich werde mich bemühen, den Herrn Abgeordneten Wuganigg in dieser Zeit zu berichtigen. Ich zeige Ihnen eine offizielle Information der Bundeshauptstadt und zwar in der Nummer 30/4 vom August dieses Jahres. Da steht folgendes zu lesen: „In Meidling (12. Wiener Gemeindebezirk) wurde im Jahre 1965 eine Schule mit 10 Klassenzimmern errichtet. Nach der Eröffnung stellte sich heraus, daß im 1. Jahr nicht einmal die Hälfte der Klassenräume benötigt wurden.“ Es heißt dann noch weiter: „All dies konnte geschehen, obwohl bei den Schulbauten genaueste Berechnungen über die zu erwartende Anzahl der Schulkinder gemacht werden.“ So Wien — der Chef — die Bundeshauptstadt —. Aber es gibt Bereiche, die sich nicht einfach vorplanen lassen. (Abg. Brandl: „Eine Berichtigung war das nicht! Das war ein Vortrag!“ — Abg. Wuganigg: „Ich will ja haben, daß es so etwas nicht mehr gibt!“)

Ich halte Ihnen einmal die Meinung des Wiener Bürgermeisters und des Wiener Gemeinderates gegenüber. Ich tue das nicht zu meiner Entschuldigung. Ich bin nicht der Planer der Volks- und Hauptschulen; bei den Mittelschulen habe ich als Baureferent mitzureden. Die Planung liegt ausschließlich in den Händen der zuständigen Ge-



meinde im Einvernehmen mit dem Bezirksschulrat, mit dem Landesschulinspektor, mit dem Landeschulrat und auch der Abteilung 13. Wir werden dann in die Fragen des Schulbaues eingeschaltet, wenn die Gemeinden Geld brauchen. (Abg. Dr. Klauser: „Dann, wenn es um die Errichtung geht!“) Das ist etwas anderes. (Landesrat Sebastian: „Der Errichtungsakt ist Beschluß der Regierung! Nach Erhebungen durch die Rechtsabteilung 13 und den Landeschulrat!“) Ich sage folgendes zur Berichtigung. Sie haben eine Reihe von Schulen angeführt; von der Granitzer angefangen, eine Schule, die vor 15 Jahren gebaut wurde, vor 15 Jahren! Eine Einschichtschule. Vor 15 Jahren und Sie werfen uns heute vor, daß sie nur mehr eine Klasse besitzt, daß sie leer werden wird. Ist das nicht ein glücklicher Zustand? Wenigstens 15 Jahre wurde sie benützt und zwar in einer Einschicht, wo die Kinder sonst kaum in die Schule hätten gehen können. Das ist die Tatsache.

Oder Wetzawinkel. Nicht wir haben geplant. Wir haben abgestoppt in dem Augenblick, wo wir gesehen haben, daß diese Zahlen nicht stimmen können, weil man den Kindern nicht zumuten kann, daß sie von Gleisdorf nach Wetzawinkel hinausfahren. Dann haben wir gesagt „halt, aus, Schluß!“ Geplant haben wir nicht. Geplant hat die Gemeinde. (Abg. Dr. Klauser: „Aber errichtet hat sie das Land!“) Entschuldigen Sie vielmals. Es wird ja, obwohl diese Schule jetzt eine Fachschule für die Landwirtschaftslehre wird, selbstverständlich eine Volksschule dort gebaut und zwar eine 3klassige, Herr Abgeordneter und Bürgermeister. (2. Präsident Afritsch: „Das stimmt nicht!“) Warum ärgern Sie sich, daß wir Schulen bauen? Das möchte ich gerne wissen. (Abg. Dr. Klauser: „Das stimmt nicht, aber Sie können bauen!“) Wirklich. Scheinbar, weil Sie für alle möglichen Späße etwas übrig haben und wenig für die Schulen. Das muß ich Ihnen sagen. Ich bitte, mit Ernst diese Dinge zu behandeln, Herr Kollege Wuganigg! Soll ich Ihnen jetzt eine Liste sozialistischer Schulen vorhalten, die nicht besetzt sind? (Zwischenrufe). Na selbstverständlich! Ich werde Ihnen gleich vorlesen, was Sie wollen. Kalsdorf hat um 5 Klassen zuviel — ist erst vor kurzem fertig geworden. Bitte das zu notieren!

Fohnsdorf hat um 2 Klassen zuviel; Obdach hat um 4 Klassen zuviel; die Hauptschule Pöls hat um 3 Klassen zuviel; die Hauptschule Weißkirchen hat vorläufig um 3 Klassen zuviel. Vielleicht kommen die Kinder noch dazu, so wie das wo anders ist. Wenn wir glauben, daß wir auf der Linie Wahlpropaganda betreiben können — und sonst haben Sie keine Ursache, hier den Anschein zu erwecken, der Landeshauptmann plant falsch — da sind Sie ins Fettnäpfchen getreten! Es plant nicht die Landesregierung, sondern die Bürgermeister planen! Ich könnte Ihnen zu den einzelnen Schulen einiges noch zur Richtigstellung sagen.

Sie erwähnen beispielsweise die Hauptschule in Mooskirchen. Aber es wäre uns nicht im Traum eingefallen, eine Hauptschule in Mooskirchen zu bauen, wenn Sie, wenn der Bürgermeister von Lieboch eine Hauptschule gebaut hätte. Warum haben Sie sie nicht gebaut? (Abg. Dr. Klauser: „Das

stimmt nicht!“) Was heißt, das stimmt nicht? Natürlich stimmt das! (Abg. Dr. Klauser: „Das ist eine Behauptung!“ — 2. Präsident Afritsch: „Lieboch wollte ja bauen!“) Ich behaupte nicht! Sie behaupten! Sollen wir in der Sache weiterfahren und sollen wir den Doppelunterricht in der Stadtgemeinde Graz aufzählen. Wäre alles dringend und notwendig! (Landesrat Sebastian: „Sie hat immerhin 17 Schulen gebaut seit 1945 und in der 1. Republik ist nur eine Schule gebaut worden, die Fröbelschule.“) Da liegt wohl die Ursache darin, daß es jetzt mehr Kinder gibt als damals. Wollen Sie das bestreiten? Ich werde Ihnen morgen die Zahlen vorlegen.

Aber bitte! Alles in allem, ich lobe es, daß sie 17 Schulen gebaut hat. Ich bin nicht so kleinlich, daß ich einen Neidkomplex entwickle, wenn irgendwo etwas gebaut wird und vielleicht 1, 2 oder 3 Klassen zuviel sind. (Landesrat Sebastian: „Es geht ja nicht darum, daß 2 oder 3 Klassen zu viel gebaut worden sind, sondern darum, daß solche Schulen gebaut worden sind, die nicht hätten gebaut werden sollen!“)

Ich muß mich an die 5 Minuten halten! Ich komme noch einmal darauf zurück.

Ich möchte nur abschließend sagen. Wenden Sie sich dorthin und wenn Sie wollen können Sie die Bürgermeister beschimpfen, wenn sie eine Fehlplanung begehen. Wir werden für die Zukunft sehr sehr darum besorgt sein, indem wir sehr streng darauf achten werden, daß so etwas nicht mehr passieren kann. Vorausgesetzt, daß in der Planung etwa der Zustand, den man 5 Jahre vorausberechnen kann, auch eingehalten wird. Wenn ich gesagt habe, wir können die Familie nicht planen, so habe ich es sehr ernst gemeint. Wir sind in einer unerhörten Bewegung in der Entwicklung des ganzen Bildungswesens von der Volksschule zur Hauptschule oder zur Mittelschule oder zu einer höheren mittleren Lehranstalt bis zu den Hochschulen. Es kann niemand sagen, so wird es in den nächsten 5 Jahren sein. Man kann bestenfalls ein Modell aufstellen. Aber was Ihnen dabei passiert, das ist Ihren Bürgermeistern genauso passiert, wie den Bürgermeistern der Volkspartei. Ich will mich in die Polemik, darauf komme ich später noch einmal zu sprechen, hinsichtlich Weiz nicht einlassen. Aber ich werde Ihnen die Unterlagen, auf die Sie stolz sind, auf den Tisch legen. Selbstverständlich! (Abg. Wuganigg: „Es gibt keine anderen Unterlagen!“)

Ich möchte nur abschließend sagen. Wir haben ständig geplant auf Grund der Berichte, die uns zugegangen sind. Wir haben später festgestellt, daß beispielsweise Bezirksschulräte oder der Bezirksschulinspektor oder war es der Bezirkshauptmann — ich weiß nicht, wer es war —, Unterlagen mit falschen Zahlen geliefert haben, wodurch die Errichtung von Hauptschulen verhindert worden ist. Versuchen Sie, diese Leute zur Verantwortung zu ziehen. Ich bin in dem Fall nicht Disziplinarbehörde.

Ich möchte nur abschließend sagen. Wenn wir uns in der Frage der Schulbauten vorzuhalten hätten, was nicht gebaut wurde, so ist es mir lieber, Sie sagen, wir haben zuviel gebaut.

Ich danke Ihnen für diese Anerkennung. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Am Wort ist Herr Abg. Laurich. Nächster Redner ist der Abg. Dr. Moser.

**Abg. Laurich:** Meine Damen und Herren!

Hier im Hohen Haus wurde bereits mehrmals der dringende Elternwunsch zum Ausdruck gebracht, daß dem Englischunterricht im 2. Klassenzug der Hauptschule größere Bedeutung zuerkannt wird und Schüler desselben die Möglichkeit haben, nicht nur in der 1. Klasse, sondern bis zur 4. Klasse diesen Unterrichtsgegenstand zu besuchen.

Diese Forderung wird deshalb erhoben, weil eine nicht geringe Zahl von Schülern weiterbildende Schulen besucht und diese gegenüber jenen, die bereits gute Englischkenntnisse haben, in bedeutendem Nachteil sind.

Um dieses Ziel erreichen zu können, müßte die Rechtsabteilung 13 des Amtes der Landesregierung im Erlaßwege Ausnahmen von der Mindestschülerzahl für den Freigegegenstand Englisch genehmigen.

Ein wichtiges pädagogisches und organisatorisches Anliegen wäre ferner die verstärkte Errichtung selbständiger Polytechnischer Lehrgänge bzw. Schulen. In der gesamten Steiermark gibt es bisher nur 15 solche Schulen, während es 40 Schulorte mit nur einer Klasse Polytechnischer Lehrgang, 25 mit 2 Klassen und 6 mit 3 Klassen gibt. Eine unbedingte Voraussetzung für diese geforderte Konzentration müßte eine gesetzliche Regelung der Kostentragung für den Zubringerdienst zu diesen Schulen sein, wie dies bereits in anderen Bundesländern, z. B. Wien und Tirol, der Fall ist.

Der seinerzeit umstrittene Polytechnische Lehrgang ist heute voll anerkannt und auch die Wirtschaft weiß den Wert dieses berufsvorbereitenden Jahres zu schätzen. Im Schuljahr 1968/69 haben 2913 Knaben und 2140 Mädchen, zusammen 5053 Schüler, die polytechnischen Lehrgänge der Steiermark besucht. Davon gingen 2411 Knaben und 1391 Mädchen in die Facharbeiter- und Lehrlingsausbildung. 36 Knaben und 228 Mädchen wollten Hilfsarbeiter werden, 367 Knaben und 429 Mädchen verblieben in der Landwirtschaft und 99 Knaben und 92 Mädchen, zusammen 191 Schüler, wollten eine weiterführende Schule besuchen. Allen Lehrern, die vor 4 Jahren als Pioniere in die Polytechnischen Lehrgänge gingen, wäre der Dank für ihre mustergültige Unterrichtsarbeit auszusprechen.

In einer Sitzung des Kollegiums des Landesschulrates für Steiermark wurde mitgeteilt, daß die Rechtsabteilung 13 ein Konzept ausgearbeitet hat, welches einen Reorganisationsplan der Pflichtschulen beinhaltet. Ich ersuche, daß dieses sogenannte „Planungsprogramm“ dem Hohen Landtag zur Beratung vorgelegt wird.

Gestatten Sie nun abschließend einige Worte zum Hauswirtschaftsunterricht in den steirischen Volksschulen. An 450 Volksschulen, das sind zwei Drittel aller steirischen Volksschulen, werden Oberstufen geführt, die mit Mädchen besetzt sind. 250 Schulen verfügen über eigene Schulküchen. Schülerinnen von Schulen, die keine Schulküche haben, müssen am Unterricht einer Nachbarschule teilnehmen.

Es ist vielleicht von Interesse zu hören, daß es 102 Schulen in der Steiermark gibt, die nur bis zu 4 Schülerinnen in der Oberstufe haben, 201 Schulen mit 5 bis 10 Schülerinnen und nur 28 Schulen mit über 20 Schülerinnen. Es gibt Schulen, die eine modern eingerichtete Schulküche, aber keine Mädchen in der Oberstufe haben, so daß für diese Unterrichtsräume kein Bedarf vorhanden ist. Bei Schulneubauten wäre daher unbedingt darauf zu achten, daß nicht teure Schulküchen eingerichtet werden, für die dann kein Unterrichtsbedarf besteht. Vielleicht könnten dafür manche Schulen den so dringend notwendigen Turnsaal leichter erhalten.

Zur Vermehrung der Hauswirtschaftsgruppen und das wird bereits in anderen Bundesländern mit Erfolg praktiziert, müßte interessierten Schülern, also Knaben, die Teilnahme am Unterrichtsgegenstand „Hauswirtschaftskunde“ ermöglicht werden. Eine Teilnahme am Hauswirtschaftsunterricht könnte für diese Knaben nicht nur für die Berufswahl von Vorteil sein und den allgemeinen Lerneifer heben, sie wird auch Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die die späteren Männer in ihrem Leben sicherlich gut gebrauchen können. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abg. Dr. Moser. Die nächste Wortmeldung ist Abg. Schön.

**Abg. Prof. Dr. Moser:** Meine Damen und Herren!

Ich werde sehr kurz sein. Ich möchte zu den Feststellungen des Herrn Abg. Heidinger in seiner Generalrede, die er zur Bildungspolitik gemacht hat, einige Bemerkungen hier deponieren. An die Spitze hat er ein Bekenntnis zum Schulgesetz 1962 gestellt. Das ist sein gutes Recht. Er hat allerdings behauptet, daß er das Bekenntnis im Namen seiner Partei hier ablegt und das hat mich eigentlich überrascht, weil ich die offiziellen Sprecher seiner Partei in der Schulreformkommission wiederholt gehört habe, z. B. den Nationalrat Zankl oder den Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Hofrat Schnell, die immer wieder gesagt haben, das Schulgesetz 1962 ist durch die Dynamik der Entwicklung einfach überrollt worden. Ein starres Schulgesetz können wir in Österreich nicht mehr installieren. Eine Weiterführung des Schulgesetzwerkes 1962 ist nicht zielführend. Ich habe das Gefühl, Herr Abg. Heidinger, Sie sind nicht ganz am laufenden. Da muß man annehmen, daß das auch für andere Teile Ihrer Rede der Fall gewesen ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie müssen nachlesen, wozu ich mich bekannt habe!“) Sie haben den 1. Entwurf des SPO-Schulprogramms; inzwischen sind schon andere Ausführungen erschienen. Sie müssen sich halt neu informieren.

Nun gleich zu einer zweiten Behauptung des Herrn Abgeordneten Heidinger. Er hat hier besonderen Wert darauf gelegt, daß für alle gleiche Bildungschancen . . . (Abg. Gerhard Heidinger: „Was haben Sie mit dem Volksbegehren erreicht, das Sie lanciert haben, was haben Sie erreicht?“) Der Herr Minister hat in der ersten Tagung der Schulreformkommission gesagt, „ohne Volksbegehren hätte es keine Schulreform in Österreich gegeben.“



(Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist nicht wahr. Das ist eine historische Lüge!“ — Landesrat Sebastian: „Da war der Piffel noch Minister!“) Herr Abg. Heidinger erlauben Sie mir, daß ich eine zweite Sache aus Ihrer Rede kurz erwähne. Sie haben gesagt, gleiche Bildungschancen seien das große Ziel der Schulpolitik der SPÖ. Das ist das Ziel aller Bildungspolitik heute in der ganzen Welt. Nur haben Sie hier offeriert, die Einheitsschule der 10- bis 14-jährigen wäre die Lösung. Sie haben uns verschwiegen, daß im SPÖ-Schulprogramm klar drinnen steht, daß bei den derzeitigen Verhältnissen dieses Modell nur in den größeren Städten möglich wäre. Es wäre in vielen Bezirksstädten nicht durchführbar.

Aber noch etwas viel Gravierenderes, Herr Abgeordneter Heidinger. Mein Kollege Schaller hat schon hier erwähnt, daß die moderne Erziehungswissenschaft erkannt hat, daß die Intelligenzförderung etwa mit dem 8. Lebensjahr zum größten Teil abgeschlossen ist, daß man beginnen muß beim Kleinkind, beim Vorschulalter und beim Grundschulalter. In der ganzen Welt bemüht man sich daher um Lösungen, hier die Bildungschancen gleichziehen für Kinder, die aus einem niedrigeren Niveau kommen. Das kann man bei den 10- bis 14-jährigen aber nicht mehr erreichen. Daher ist man dazu übergegangen, heute zu überlegen, was mache ich, um hier ein Maximum an Begabung der Kinder zu erreichen.

Herr Abg. Loidl hat ein Thema angeschnitten, das ebenfalls dagegen spricht, daß man das Schulgesetzwerk 1962 fortführen kann. (Präsident Afritsch: „Aber wo denn?“) Der Polytechnische Lehrgang, das ist eine einhellige Meinung der Schulreformkommission, war eine Fehlplanung. Die organische Eingliederung des 9. Pflichtschuljahres in das Schulwesen muß versucht werden und zwar aus einer Betrachtung des Zusammenhanges der Allgemeinbildung, der Berufsbildung und der berufskundlichen Orientierung. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Herr Landeshauptmann hat ganz was anderes gesagt vor einem Jahr!“)

Aber zurück zum Herrn Abgeordneten Heidinger. Am meisten verblüfft war ich, als Sie einige Sätze später gesagt haben, Sie begrüßen den 1. Bericht der Schulreformkommission, den der Herr Unterrichtsminister dem Parlament in diesen Tagen vorgelegt hat. Da kann ich nur sagen, Herr Abg. Heidinger, „alle Achtung, ein sehr wendiger Mann!“ Aber ich meine — und entschuldigen Sie mir diese abschließende Bemerkung — (Abg. Heidinger: „Reden Sie mir nicht etwas ein, was ich nicht gesagt habe!“) nur Wendigkeit, ohne sachliche Substanz scheint mir für eine Generalrede doch ein bißchen zu wenig zu sein. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Am Wort ist der Herr Abg. Schön, nächster Redner ist Abg. Ritzinger.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß in der Gruppe noch 11 Redner zu Wort gemeldet sind. Vielleicht ist es möglich, im Interesse der Straffung der Debatte die Reden zu kürzen.

**Abg. Schön:** Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich auch

ganz kurz zu den Polytechnischen Lehrgängen Stellung nehme und hier zu einer Besonderheit. Man mag sich zu den Polytechnischen Lehrgängen stellen wie man will, eines muß gesagt werden, wer nicht direkt bildungs- oder schulfreundlich ist, muß zugeben, daß sie doch dazu dienen, unseren jungen Leuten eine bessere Ausbildung zu geben und daß sie eine Vorschule für den Beruf darstellen. Und das ist sehr wichtig. Ich brauche nur zu erinnern an den Kollegen Loidl, der beim Thema Berufsausbildung aufgezeigt hat, daß es doch von höchster Wichtigkeit ist, diese Vorschulung durchzuführen. Aber eines wird sehr vernachlässigt und das sind die Freigegegenstände in diesen Polytechnischen Lehrgängen. Und zwar wird hier schon durch einen Erlaß der Landesregierung eine Schülerzahl festgelegt und damit zementiert, ob der betreffende Lehrgang im Freigegegenstand stattfindet oder nicht. Und hier sei ein ganz besonderer Fall herausgegriffen: Es ist dies der Maschinschreibkurs des Polytechnischen Lehrganges in Eisenerz. Weil nur 19 Meldungen gekommen sind, hat man den Lehrgang einfach nicht durchgeführt, obwohl — und das möchte ich auch hier betonen — die Eltern für die Lehrmittel, in diesem Falle für eine Schreibmaschine zuerst gekommen mußten. Sie wären natürlich daran interessiert gewesen, daß ihre Kinder diesen Unterricht erhalten, denn ich glaube, es ist nicht unbekannt, daß heute insbesondere Bürolehrlinge sehr gefragt sind, da ja die allgemeinen Handelsschulen gar nicht imstande sind, diesen Bedarf für die Büros zu decken. Dieser Lehrgang wurde nicht durchgeführt. Und ich glaube, es kann nicht im Sinne des Gesetzgebers sein, hier Zahlen einzuzementieren. Gegenüberstellen möchte ich hier die anderen Lehrgänge, für die viel niedrigere Schülerzahlen festgelegt sind wie z. B. ein sogenannter Spielmusik-Lehrgang oder auch der Bienenlehrgang, für die alle nur 15 Schüler festgelegt sind. Hier wird, wenn man den Lehrgang nicht führt, gesagt, man habe erstens nicht die Schülerzahl, zum zweiten aber auch nicht die Lehrkräfte und man verweist nun diese Kinder oder diese Jugendlichen an die sogenannte Volkshochschule. Dazu möchte ich sagen, daß an diesen Volkshochschulen dieselben Lehrkräfte, die im Polytechnischen Lehrgang wohl unterrichten, aber für die Freigegegenstände keine Zeit haben, dort an der Volkshochschule unterrichten und dort wohl Zeit haben. Ich glaube, daß dieser Zustand abgeschafft werden kann und daß gegenüber diesen Lehrgängen eine größere Freizügigkeit herrschen soll. (Beifall.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist Abg. Ritzinger. Weiter zum Wort gemeldet ist Abg. Klančnik.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir heute Gelegenheit haben, über die Gruppe 2 im Rahmen des Landesvoranschlages 1970 zu diskutieren und diese zu analysieren, so geschieht dies unter dem Gesichtspunkt, daß im Rahmen dieser Gruppe unser Land jene Investitionsmittel veranlagt, wofür keine Sicherstellung im kaufmännischen Sinne verlangt wird, die aber letzten Endes die größte Verzinsung und, wenn Sie wollen, auf lange Sicht gesehen, die größte Renta-

bilität bringen. Jährlich stellt unser Land in dieser Gruppe für die Bildung unserer steirischen Jugend große Beträge zur Verfügung.

Ich habe nun schon einige Jahre hindurch die Ehre, diesen Beratungen beizuwohnen und konnte hierbei eindeutig feststellen, daß diese Ansätze einer immerwährenden Steigerung unterworfen sind, ja man könnte förmlich von einer finanziellen Bildungsdynamik sprechen. Die Ansätze lassen aber auch klar und deutlich erkennen, daß die vom Lande zur Verfügung gestellten Mittel der steirischen Jugend in allen Bereichen zur Verfügung stehen und zugutekommen. Es spannt sich ein weiter Bogen, von unseren Kleinsten in den Kindergärten angefangen über die Pflichtschulen, über die berufsbildenden Pflichtschulen, über den kaufmännischen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Sektor bis hinauf zum akademischen Boden.

Wenn wir ohne Überheblichkeit feststellen, daß nie zuvor in der Geschichte unseres Landes so viel für die Bildung unserer Jugend getan und ausgegeben wurde als zu unserer Zeit, drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, werden die gebotenen Chancen von der Jugend auch wirklich genutzt?

Wollte man die Dinge nur sehr oberflächlich betrachten, und, wenn Sie wollen, von einer kleinen Minderheit auf die Mehrheit schließen, so könnte man mit „nein“ antworten. Sind wir aber objektiv, müssen wir bekennen, daß beinahe die gesamte steirische Jugend dort, wo sie hineingeboren wurde, dort, wo sie tätig ist, die ihr gebotenen Chancen in Blickrichtung auf Beruf und Bildung nützt und Großes für unsere Heimat leistet.

Wir haben eine große Anzahl von jungen Leuten, ganz egal, wo sie stehen, an der Drehbank, am Verkaufspult, im Service des Fremdenverkehrs, am Bankschalter, hinter dem Schreibtisch, im Studierzimmer, im Laboratorium, die überdurchschnittliche Leistungen erbringen und so mithelfen, das Ansehen unseres Landes hier und in der Welt, in Europa, zu festigen.

Bei dieser Feststellung wollen wir aber nicht übersehen, daß in der ganzen Welt, vor allem unter der studierenden Jugend, Unruhe und Unrast ausgebrochen ist. Wenn wir uns heute mit der unruhigen Jugend beschäftigen, das möchte ich gleich vorwegnehmen, meine Damen und Herren, dann tun wird es nicht mit jener Minderheit, die sich der Anarchie und dem Nihilismus verschrieben hat und die Mao oder Ho-chi-Minh zu ihren Ersatzgöttern erhoben hat. Es geht vielmehr darum, zu untersuchen, worin die Ursachen der Unruhe in der Jugend zu finden sind. Sie liegen einmal bei uns selbst. Es gibt in unserer heutigen Gesellschaft, ganz gleichgültig, ob in der Politik, ob im Bereiche der Kammer, aber auch in der Wirtschaft ganz wenige, die den Mut haben zu einem ehrlichen und offenen Wort und Bekenntnis. Aber, meine Damen und Herren, nehmen wir uns selbst einmal zum Beispiel, die wir im politischen Leben tätig sind und betrachten wir uns selbst einmal sehr, sehr kritisch! Die Volkspartei Niederösterreichs läßt auf ihren Plakaten einen Mann von zwei Polizisten am Kragen und Hosenboden packen und ins „Rote“ schmeißen, in die Hölle, wenn Sie wollen, ins Verderben.

Zur selben Zeit findet Ihr Herr Dr. Kreisky in Wahlversammlungen, daß es die Regierung auf die Säkel der Rentner und der Arbeiter abgesehen habe, weil die Volkspartei-Kapitalisten solche Gruppen grundsätzlich benachteiligen. Und nun, meine Damen und Herren, fragen wir uns an Hand dieser Beispiele: Haben wir der Jugend wirklich nichts Besseres zu bieten? Ist das die Wahrheit? Sind wir wirklich schon so weit, daß wir glauben, daß die Jugend uns eine solche Politik abnimmt?

Die ältere Generation, die in den Wirren der Vergangenheit abgehärtet wurde, die emigriert nach Hause in ihre Welt zwischen Fernseher, Jugoslawien- und Italienreise, in die Rentendynamik oder schaltet ab. Die Jugend, die offen und dynamisch, leistungswillig und kritisch ist, ist enttäuscht durch die Lauheit und Seichtheit, die leider in erschreckendem Maße auf allen Ebenen unseres Lebens zu finden ist.

Geben wir aber auch weiter zu, daß sich die Studenten vor den Unruhen auf den Hochschulen viele Jahre lang bemüht haben, mit den Professoren in ein Gespräch zu kommen und daß diese Bemühungen immer wieder gescheitert sind, so daß schließlich als Alternative nur die Provokation blieb. Allerdings eine Provokation in etwas anderer Form wie in der Deutschen Bundesrepublik, ich möchte fast sagen, in österreichischer Form.

Wir müssen aber bekennen, daß der Startschuß zur Reform unserer Hochschulen gegeben wurde und daß das Signal nicht von den hohen Lehrern, sondern von den Studenten ausging.

Der Jugend selbst aber, meine Damen und Herren, müssen wir sagen, daß wir Sauereien und Schlägereien nach Art der „Wiener Schule“ in unserem Land nicht dulden und daß damit kein Staat zu machen ist.

Wie immer in Zukunft das menschliche Zusammenleben auch aussehen mag, niemals werden wir dulden, daß unser Land durch solche Experimente weichgeschlagen wird. Den jungen Leuten müssen wir außerdem gleichzeitig deutlich machen, daß der von ihren Eltern unter den schwierigsten Bedingungen erarbeitete Wohlstand nicht dazu dient, um eine „Wohlstandsverwahrlosung“ entstehen zu lassen. Wir lehnen es ab, daß Suchtgifte, Alkohol, Nikotin und, wenn Sie wollen, auch die Anti-Baby-Pille zum täglichen Lebensbedürfnis unserer Jugend werden und dort in immer stärkerem Maße Eingang finden. Wir haben die Pflicht, die Jugend unserer Tage auch aufzufordern, ihre Blicke hinaus in andere Länder und Kontinente zu richten. Denn dort ist die materielle und soziale Sicherheit der jungen Menschen noch lange nicht Allgemeingut auf dieser Welt. Für große Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind die Länder des Westens Oasen des Wohlstandes. Indische, algerische und peruanische Studenten haben kein Mitleid mit den westlichen Rebellen ohne Motive, die der Wohlstand langweilt und den jungen Intellektuellen, die die Gesellschaft der Eisschrank- und Wohlstandsmaschinen-Anbeter verachten. Überall in den Notstandsgebieten dieser Welt, in Asien, Afrika und Südamerika verlassen Millionen Menschen ihre Dörfer und Stammes-Siedlungen und strömen in

die Städte, um wenigstens die Chance des Überlebens wahrzunehmen.

Gestatten Sie mir einige Beispiele hiezu: Sao Paolo schluckt jeden Tag 5000 dieser Ankömmlinge. In Bombay lebt eine Millionen Menschen in einräumigen Schuppen ohne Wasser und sanitäre Anlagen. 60.000 bis 70.000 liegen aber auf Gehsteigen, in Viehschuppen, unter dunklen Treppen oder unter Brückenbögen. Aus Chile ist bekannt, daß von 5000 Landmädchen, die jeden Monat in die Slums von Santiago einwandern, 500 in den städtischen Bordellen enden. Es ließen sich diese Beispiele noch vielfach fortsetzen.

Außerhalb der Wohlstandsoasen bedeutet das Jugendproblem meistens noch immer die einfache und schreckliche Frage, kann man den Kindern genug zu essen geben, kann man sie Lesen und Schreiben lehren?

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Versuchen wir, aus den vorher von mir aufgezeigten Fehlern und Tatsachen zu lernen. Beginnen wir gemeinsam die Mißverständnisse abzubauen und auszuräumen und dort, wo es möglich ist, zu helfen. Die langen Haare und der Rollkragenpullover sind für uns kein Wertmaß, ob es sich in unserem Lande um eine gute oder irreführende Jugend handelt. Dies ist für mich nur ein äußeres Zeichen unserer Zeit. Wenn Sie wollen, wir brauchen nur in der Geschichte zurückzublättern und finden dort auch genügend Beispiele. In der Steiermark ist die Jugend fast vollständig in unserer Gesellschaft integriert. Bekennen wir uns dazu, indem wir die Jugend auffordern, dort, wo ihrer Meinung nach etwas nicht in Ordnung ist, aktiv dafür zu sorgen, ob nun in Politik oder anderen Bereichen, daß Veränderungen herbeigeführt werden.

Wir haben von unserer Seite viel getan, damit der Jugend alle Bildungswege offen stehen, so daß sie sich eine klare Urteilsfähigkeit aneignen kann. Wir müssen ihr daher auch das Recht zugestehen, davon Gebrauch zu machen. Wir haben aber auch gleichzeitig den jungen Menschen darauf aufmerksam zu machen, daß nicht alles mehr in den gewohnten Bahnen verläuft. Vieles vollzieht sich in einem stürmischen Tempo. Das Leistungsprinzip steht in der Zukunft noch mehr als bisher im Vordergrund. Es müßte daher jedem jungen Menschen unseres Landes eine faszinierende Aufgabe sein, noch stärker als bisher an der modernen Gestaltung unserer Heimat mitzuarbeiten.

Die heutige Zeit läßt es nicht mehr zu, daß ein Land sich abkapselt. Auch unsere Nachbarn schlafen nicht, weder im Osten noch im Westen. Je mehr wir unsere Blicke über unsere Grenzen richten, je bessere persönliche Kontakte wir mit Europa und der Welt haben, umso größer sind unsere Chancen. Für diese große Aufgabe soll unsere Jugend gerüstet sein.

Dies ist aber nur möglich, wenn man die Sprache des Nachbarn spricht. Wir haben durch die schrittweise Einführung der 40-Stundenwoche dafür gesorgt, daß alle noch mehr Freizeit haben. Wäre es nicht eine sehr schöne Aufgabe für die steirische Jugend, diese gewonnene Freizeit — zumindestens teilweise — zur Weiterbildung zu verwenden? Mei-

ne Damen und Herren, setzen wir der steirischen Jugend einen gemeinsamen Zielpunkt, nämlich: bis 1975 soll jeder junge Steirer, ganz egal, wo er steht, eine Fremdsprache erlernen. Vielleicht sagen wir es noch besser und geben wir dieser Aktion, wenn Sie wollen, auch einen Namen. Nennen wir sie „Europa-Matura“! Die jungen Menschen sollen sich nicht nur die Fremdsprache selbst aussuchen und das Land, das ihnen sympathisch ist, sondern ich glaube, es wäre auch notwendig, daß sich die Leute mit diesem Lande eingehend auseinandersetzen, mit der wirtschaftlichen Struktur, mit der gesellschaftlichen Struktur, mit der Geschichte und mit der Kultur. Kurz und gut, die Jugend soll sich die Freigegegenstände ihres Lebens suchen. Aber es soll nicht nur dabei allein bleiben. Die jungen Leute sollen das Land ihrer Sympathie selbst kennenlernen. Nicht nur, meine Damen und Herren, im Urlaub badender- und bratenderweise. Sie sollen dort, soweit es möglich ist, einige Zeit arbeiten oder studieren und sich neues Wissen anreichern und wieder in die Heimat zurückkehren, um dieses hier zu verwerten und die aufgenommenen Kontakte zum Land ihrer Sympathie weiterhin zum Wohle unseres Landes aufrecht-erhalten. Ich fordere hiermit die Steiermärkische Landesregierung auf, alle Voraussetzungen für die Aktion „Steirische Jugend suche das Land deiner Sympathie — Europamatura 1975“ zu schaffen und alle Institutionen, wie die Schulen, Kammern, Gewerkschaften, Jugendverbände und die Erwachsenenbildungsinstitutionen einzuladen, an dieser Aktion mitzuwirken. Sehr wesentlich erscheint mir, daß nicht nur die Geldmittel für das Erlernen der Fremdsprache von der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden, sondern daß die Jugendverbände zur größeren Entfaltung der Kontaktaufnahme mit dem Ausland in Form von Studien- und Informationsreisen höhere Dotierungen erhalten.

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, meinen Vorschlag eingehend zu prüfen und diesen, wenn es geht, in die Tat umzusetzen, damit die steirische Jugend für die Herausforderung von morgen gewappnet und gerüstet ist. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Am Wort ist Abg. Klancnik. Nächster Redner ist Abg. Schrammel.

**Abg. Klancnik:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich erachte es als eine Auszeichnung, heute meinen ersten Diskussionsbeitrag liefern zu können, gerade zum Kapitel Unterricht. Ich werde mich aber auch an die Empfehlung des Herrn Präsidenten halten, mich kurz zu fassen, damit andere Redner auch noch zu Wort kommen.

Meine Damen und Herren, alle Redner haben bereits zum Ausdruck gebracht, daß in Zukunft noch größere Anforderungen an die Jugend gestellt werden. Es erhebt sich sofort die Frage, ob die derzeitigen Ausbildungsstätten genügen, daß die Jugend dieser Aufforderung wirklich nachkommen kann. Dies wird aber nur möglich sein, wenn man zu den derzeit bestehenden allgemeinbildenden Schulen berufsbildende mittlere und höhere Schulen baut. Ich darf nur einige Beispiele aufzeigen, welche Probleme in den Bezirken entstehen, in denen Indu-

strieetriebe bereits bestehen oder Gründungen vorgesehen sind. Das Verlangen der Industrie und selbst des Gewerbes nach gut ausgebildeten Fachkräften wird immer größer. Die Möglichkeit, eine höhere Schule, z. B. die Höhere Technische Lehranstalt zu besuchen, besteht für viele nur dann, wenn der Schüler die Belastung eines Fahrschülers auf sich nimmt, denn die Heimplätze auf Grazer Boden sind nicht in diesem Ausmaß vorhanden, wie es notwendig wäre. Seit 1965 werden Erhebungen gepflogen, eine Höhere Technische Lehranstalt in Voitsberg zu errichten. Diesbezügliche Gespräche wurden mit der Stadtgemeinde geführt und auch von zuständigen Stellen für notwendig erachtet. Selbst die Tagespost hat in einer ihrer Ausgaben davon zu berichten gewußt, daß eine Höhere Technische Lehranstalt in Voitsberg Aussicht hätte. Die Errichtung einer solchen Schule würde auch für die allgemeinbildende Mittelschule in Köflach entlastend wirken. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß am Beginn des Schuljahres 1969/70 die Gefahr bestand, daß nicht alle Bewerber in Köflach unterkommen könnten, da der nötige Schulraum nicht vorhanden ist. Sollte eine solche Situation tatsächlich eintreten, müßten sehr viele begabte Jugendliche vom Besuch einer höherbildenden Schule ausgeschlossen werden. Schon aus dieser drohenden Situation heraus und um dem Verlangen der Industrie nach Fachkräften gerecht zu werden, ist es notwendig, eine Höhere Technische Lehranstalt in Voitsberg zu errichten. Es wird umso notwendiger, wenn die Jugend sich in einer Zeit zurechtfinden soll, in der Gefahr besteht, von der Technik überrollt zu werden. Aber auch der Erhebungsakt hat bereits ein Alter erreicht, daß keine Gefahr mehr besteht, daß man sich an den scharfen Kanten eines neuen Stückes Verletzungen zuziehen könnte!

Mein Ersuchen: Die Landesregierung möge bei den zuständigen Stellen vorstellig werden, eine Höhere Technische Lehranstalt in Voitsberg zu errichten, um einer echten Notwendigkeit gerecht zu werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Koller:** Der Herr Abg. Schrammel hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Nächster Redner ist Herr Abg. Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Klobasa:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist eigenartig, daß man in diesem Hohen Haus immer wieder Ausbesserungen entgegennehmen muß, die eigentlich gar nicht der Wahrheit und dem Gesagten entsprechen. Im vergangenen Jahr sprach ich über Bezirksbildstellen und erwähnte (im Protokoll auf Seite 1666 nachzulesen), daß, nachdem der Filmbeitrag für Bezirksbildstellen nicht mehr eingehoben wird, der Herr Landesfinanzreferent helfend in dankenswerter Weise eingegriffen hat. Der Kollege Abg. Moser hat mich daraufhin berichtigt, daß ich kein Wort von den 400.000 S sagte oder erwähnt habe. Genauso ging es heute dem Kollegen Heidinger, der wider besseres Wissen von Ihnen berichtigt worden ist.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren! Die Schule und die Lehrer stehen immer im Interesse der Öffentlichkeit. Warum, glaube ich, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Aber seit der Verabschiedung des Schulgesetzwerkes 1962 stehen die Schule und natürlich auch die Lehrer im besonderen Blickfeld der Öffentlichkeit. Das Schulgesetzwerk 1962 hat weit mehr Vorteile geschaffen, als ursprünglich angenommen wurde. Daß auch etwas Lehrgeld bezahlt werden mußte, kann natürlich nicht von der Hand gewiesen werden. Fast jede Bezirkshauptstadt hat nun ihre Mittelschule. Das Berufsschulwesen wurde ebenfalls beträchtlich erweitert. Mit der Errichtung der Schulen konnte die personelle Besetzung oft sehr schwer Schritt halten. Es mangelt nicht nur an der Menge, sondern manchmal auch an der Qualität der Lehrer und Erzieher. Es darf uns daher nicht wundern, wenn da und dort einmal über die Stränge geschlagen wird und Zeitungsberichte die Öffentlichkeit etwas beunruhigen.

Vor einigen Jahren war die Landesberufsschule Mureck Ursache dazu. So gibt zur Zeit die Berufsschule in Feldbach Anlaß zu Berichten, die die Gemüter etwas erhitzen. Rund 350 Schüler und Schülerinnen beherbergt das Internat in Feldbach je Jahrgang. Wir wissen, daß es nicht leicht ist, gerade immer die richtigen Erzieher zu finden. Aus dem Standesnachweis ist zu ersehen, daß die Landesberufsschule Feldbach mit verhältnismäßig vielen jungen Kräften besetzt ist. Das ist zu begrüßen. Aber, wie so oft die Kinder den Eltern über den Kopf wachsen, dürften die Schüler manchmal ihren Lehrer ebenso vor unlösbare Aufgaben stellen. Eine Anzahl von Fachkräften hat darauf verwiesen, daß mit den akzelerierten jungen Leuten nicht immer leicht auszukommen ist. Die Folgen der Akzeleration sind manchmal erheblich. Ich weiß aber auch nicht, nach welchen Gesichtspunkten hier die Erzieher bestellt werden und ob dafür eine Ausschreibung erfolgt. Welcher Befähigungsnachweis ist für die Einstellung eines Erziehers erforderlich und wo werden sie ausgebildet? Welche Hausordnung und im besonderen Fall für das Internat in Feldbach, welche Schulstrafen sind konkret erlaubt und nicht erlaubt?

Meine Damen und Herren, das sind lauter Fragen, die unwillkürlich auftreten und die man gerne beantwortet wissen möchte. Einem Erzieher oder Lehrer kann einmal die Hand ausrutschen, aber im Falle Feldbach wurde manchmal vielleicht doch zu hart durchgegriffen — so aus den Zeitungsberichten zu entnehmen. Als ich mich darnach mit Schülern in Verbindung setzte, wurde mir das eine oder andere einmal bestätigt, bejaht, manchmal verneint. Leider mußte ich auch erfahren, daß das Briefgeheimnis nicht immer gewahrt blieb. Einer Schülerin wurde am 13. November d. J. die Post vorenthalten und man hat fünf Ansichtskarten und einen Brief zum Gaudium der Mitschüler öffentlich vorgelesen. Als die Schülerin der Erzieherin entrüstet ihr gesetzwidriges Verhalten vorhielt, waren zwei Ohrfeigen die Antwort. Ebenfalls kann ich Ihnen einen ähnlichen Exzeß mit Ohfeigen vom 11. November d. J. schildern. Ebenfalls bestätigte mir ein jetzt be-

reits im Staatsdienst Stehender, daß auch er ein Empfänger von Ohrfeigen war, als er die Schule besuchte.

Wieder ein anderer Bursche aber meinte, „na ja“. — er besuchte früher die Landesberufsschule in Eibiswald — dort sei alles noch wesentlich anders als in Feldbach, in Feldbach sei alles wieder in Ordnung.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, unwillkürlich tritt die Frage auf, ob wir nicht doch ab und zu im Land einen Bericht über das Berufsschulwesen erhalten können. Denn ich kann mich erinnern, im Schuljahr 1962/63 erhielten wir vom Gewerblichen Berufsschulbeirat den Entwurf über die Gesamtplanung des Berufsschulwesens. Vielleicht wäre es möglich, daß wir nun über die erfolgte Durchführung dieser Planung einen Bericht erhalten könnten und daß dann das eine oder andere Mal im Ausschuß über Wesen und Erfolge bzw. Mißerfolge in den Berufsschulen und Internaten berichtet werden würde.

Weil ich diesmal schon beim Ankreiden bin, so möchte ich noch eines sagen: nämlich, daß die Schüler mit der Verpflegung oder dem Essen nicht immer zufrieden sind. Es ist natürlich bei der Jugend sehr schwer, immer das Richtige zu treffen. Mengemäßig sei genug, wird gesagt, aber die geschmackliche Zubereitung sage nicht immer zu. Ich persönlich halte aber auch die Zeit des Beginnes der Nachtruhe im Internat Feldbach, die für 20.30 Uhr angesetzt ist, für etwas zu früh. Die Schüler haben — das konnte ich feststellen — den Willen, im eigenen Interesse in der Berufsschule etwas zu lernen. In diesen acht Wochen wird doch der Stoff eines ganzen Jahres dargeboten. Wenn nun die Schüler am Vormittag und am Nachmittag beschäftigt sind, wann sollen sie dann eigentlich lernen? Die Schüler sind ja noch jung, sie brauchen auch noch eine gewisse Entspannung. Und es bleibt oft nur der Abend zum Lernen übrig. Und weil die Nachtruhe verhältnismäßig früh angesetzt ist, kommt es nicht selten vor, daß Burschen und Mädchen mit brennender Taschenlampe schlafend, ein Buch oder ein Heft im Arm, angetroffen werden. In der Berufsschule Bad Gleichenberg z. B. ist es so eingeführt, daß die Schüler Lernstunde von 19.30 Uhr bis 20.30 Uhr haben und dann für die persönlichen Bedürfnisse noch eine Freizeit im Heim bis 21.15 Uhr haben. Es wäre begrüßenswert, wenn das auch in der Berufsschule und im Internat Feldbach eingeführt werden könnte.

Ich habe schon erwähnt, daß sicher manches übertrieben war, aber allzu harte Strafen führen auch nicht immer zum Erfolg. Körperliche Züchtigung ist bei Schülern dieses Alters schon gar nicht angebracht. Man bedenke doch, daß die Burschen oft unmittelbar die Schultasche mit dem Waffenrock eintauschen müssen und daß viele Mädchen und Burschen bei den kommenden Wahlen zur Mitentscheidung aufgerufen werden. Alle Parteien werden um ihre Gunst werben und diese Jugend wird uns alle später in jeder Lage vertreten und ablösen müssen. Daher, sehr geehrte Damen und Herren, wäre es an der Zeit, daß man den jungen Menschen

so behandelt, wie er es verdient, als tüchtigen Mitbürger und Mitgestalter unseres Landes. Das wäre das eine.

Nun habe ich noch etwas anderes: Vor fünf Jahren hatte man in der Südost-Tagespost und auch von Seite der ÖVP — und wir alle waren dafür — geschrieben und gesprochen — und es wurde uns dann auch bestätigt, allerdings nur mündlich — daß die Handelsakademie in Feldbach gegründet wird und daß der Bund die bestehende Handelsschule in Feldbach übernehmen wird. Das ist nun geschehen. Aber gleichzeitig wurde auch darauf verwiesen, daß mit dem ersten Matura-Jahrgang, heuer im Jahre 1970, gleichzeitig die Schüler und die Lehrer das neu erbaute Haus betreten werden können. Vor zwei Wochen entnahm ich einem Zeitungsbericht, daß dem Herrn Bürgermeister der Stadt Feldbach mitgeteilt wurde, daß der Bau der Handelsakademie im Bauprogramm 1970 enthalten sei. Das stand in einer ganz kleinen Notiz, wohl aber unter einer großen Überschrift. Im Juni d. J. hat der Unterrichtsminister auf eine Anfrage des FPÖ-Abgeordneten Meisel mitgeteilt, daß der Landesschulrat für Steiermark das Projekt an die siebte Stelle gerieht habe und es daher vor dem Jahre 1973/74 nicht in Angriff genommen werden könne. Im Mai d. J. teilte der Herr Minister für Bauten und Technik dem Nationalrat Exler auf Grund einer Anfrage mit, daß ein Planungsauftrag bisher nicht erteilt wurde und daß auch der Zeitpunkt der Planung nicht abgeschätzt werden kann. Es heißt weiter: „Es liegt vom Bundesministerium für Unterricht für dieses Bauvorhaben weder ein Raum- noch ein Funktionsprogramm vor.“ Nun hat aber der Bund seinerzeit, wie ich anfangs erwähnte, zugesagt, daß bis annähernd 1970 in Feldbach ein eigenes Gebäude für diese Schule zur Verfügung stehen wird. Das war vor den Wahlen 1966. Der Herr Landeshauptmann hat selbst in einem Brief an seine lieben steirischen Landsleute geschrieben, daß die Verwirklichung des Schulneubaues von Feldbach von der Einsicht des neuen Nationalrates bzw. der neuen Bundesregierung abhängen wird. Das war am 22. Februar 1966. Es wird wörtlich in seinem Brief geschrieben, der mit seiner Unterschrift versehen ist: „Der Schulneubau ist bereits geplant.“ Nun, im Jahre 1969 muß man auf Grund von Anfragen — ich habe gestern auf der Bahn mit Nationalrat Meisel gesprochen, er und Nationalrat Exler haben je zwei Anfragen an den Minister gerichtet — erfahren, daß weder das eine noch das andere geschehen ist. Aber im Jahre 1966, vor der Wahl, hat man das alles versprochen. Weiters steht: „Seine Verwirklichung wird in erster Linie von der Einsicht des neuen Nationalrates, die Mittel für Schulbauten zu erhöhen, abhängen.“ „Die Sozialisten haben dafür leider kein Verständnis gezeigt.“ „Nur eine Mehrheit der Volkspartei im Parlament wird daher imstande sein, die Verwirklichung der Schulbaupläne zu sichern und damit natürlich auch den Bau der Handelsakademie in Feldbach.“

Es ist nur schade, daß der Herr Landeshauptmann selbst nicht hier ist. Denn so etwas wird von der ÖVP immer vor den Wahlen fabriziert und Versprechungen am laufenden Band hatten wir ja im

Jahre 1966 genug miterleben müssen. Wie nun die Wirklichkeit aussieht, das habe ich kurz geschildert. Ich danke. (Beifall.)

**Präsident:** Die Frau Abg. Egger hat als nächste Rednerin das Wort. Ihr folgt Frau Abg. Lendl.

**Abg. Edda Egger:** Ich möchte ganz kurz eine Angelegenheit aufzeigen. Im Abschnitt 24, im betreffenden Untervoranschlag und in den Erläuternden Bemerkungen sind die Krankenpflegeschule und die anderen Fachschulen des Landes mit den Zahlen ihrer Schülerinnen genannt. Es geht den Herrn Landesrat Sebastian an. Nicht genannt ist die Zahl der Vorschülerinnen; nirgends scheint auch nur das Wort Vorschule auf. Einzig im Untervoranschlag dieser Fachschulen findet sich eine Post 791, Verpflegung der Vorpraktikantinnen, mit 1.001.000 S. Abgesehen davon, daß es nach dem Krankenpflegegesetz keine Vorpraktikantinnen mehr gibt, sondern Vorschülerinnen, ist die Höhe des Betrages unklar. Damit scheint nur die Kost der der freien Fachschaft zugehörigen Vorschülerinnen bezahlt zu werden und nicht die der Theresien- und Luisenschwestern. Ähnlich ist es mit der Unterbringung. Die Vorschülerinnen der freien Fachschaft werden auf Kosten des Landes in den Landesinternaten untergebracht, während für die der Theresien- und Luisenschwestern anscheinend kein Betrag vorgesehen ist. Denn der Herr Landesrat Sebastian konnte mir auf meine ganz exakt gestellte Frage im Finanz-Ausschuß keine Antwort geben. Wenn, wie sich aus der Art der Budgetierung ergibt, die Vorschule ein Bestandteil der Krankenpflegeschule ist und auch die Theresien- und Luisenschwesternschülerinnen ebenso wie die Schülerinnen der freien Fachschaft insgesamt auf Kosten des Landes ausgebildet werden, dann muß das auch für die Vorschülerinnen der Theresien- und Luisenschwestern gelten. Es sind also auch für diese Vorschülerinnen anteilige Unterbringungskosten vom Land zu zahlen. Sonst wird mit zweierlei Maß gemessen. Es ist eine Ungerechtigkeit und schwere Benachteiligung dieser der katholischen Kirche zugehörigen Schwesternschaften. An Herrn Landesrat Sebastian wird es liegen, hier eine gerechte Ordnung zu schaffen. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Frau Abg. Lendl hat das Wort. Nach ihr Frau Prof. Hartwig.

**Abg. Hella Lendl:** Hohes Haus! Vor einigen Jahren habe ich in der Budgetdebatte darüber Beschwerde geführt, daß wir als Abgeordnete keine Formulare zur Antragstellung für Lehrlingsbeihilfen erhalten, während im OVP-Bezirkssekretariat diese Anträge aufliegen und die Eltern aufgefordert wurden, sich diese im OVP-Bezirkssekretariat zu besorgen. Die Ausfolgebestimmungen wurden dann gelockert und es war möglich, daß auch wir Abgeordnete diese Antragsformulare bei der zuständigen Stelle erhalten konnten. Dann kam wieder eine Verschärfung und im heurigen Jahr habe ich wiederholt vorgeschlagen und um Ausfolgung von Anträgen ersucht. Ich erhielt jedesmal die Antwort, daß die Formulare nur den Eltern oder den Lehr-

herren über schriftliche Anforderung direkt zugehen. Ich habe die schriftlichen Beweise, daß die OVP-Abgeordneten aus dem Mürztal diese Anträge erhalten und an die Eltern weitergeben, ohne daß diese den OVP-Abgeordneten darum ersucht haben. In dem Schreiben wird auch erwähnt, daß der Antrag an den OVP-Abgeordneten zurückzusenden ist und er diesen mit seiner Befürwortung persönlich in Graz abgibt. Auch in der Betriebszeitung des OAAB der Schöller-Bleckmann-Werke werden die Eltern aufgefordert, sich wegen Erreichung der Lehrlingsbeihilfe an die OAAB-Betriebsräte und an die Bezirksleitung der Volkspartei zu wenden. Mir ist auch bekannt, daß Abgeordnete aus anderen Bezirken diese Formulare ohne Angabe des Namens des Lehrlings von der zuständigen Stelle ausgefolgt bekommen.

Ich frage nun den zuständigen Referenten, den Herrn Landesrat Peltzmann, ob die Abgeordneten nach zweierlei Maß behandelt werden und ob nur für mich das Verbot der Ausfolgung von Anträgen gegeben wurde, damit es im Bezirk Mürzzuschlag einzig und allein dem OVP-Abgeordneten und dem OVP-Bezirkssekretariat vorbehalten bleibt, die Anträge für Lehrlingsbeihilfen zu erhalten, um der Bevölkerung damit zu zeigen, was der OVP-Abgeordnete alles erreicht, während dem Abgeordneten der SPÖ die Hände gebunden sind und dies nur deshalb, weil eine unterschiedliche Behandlung von seiten der Abteilung erfolgt, aus der eindeutig hervorgeht, daß der OVP von Amts wegen die Möglichkeit gegeben wird, mit den Lernbeihilfen, also mit öffentlichen Mitteln, Propaganda zu betreiben. (Landesrat Sebastian: „Das OVP-Bezirkssekretariat als Außenstelle der Landesverwaltung!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Warten Sie, was Landesrat Peltzmann dazu sagt!“)

**Präsident:** Frau Abg. Prof. Hartwig hat als nächste Rednerin das Wort. Nach ihr der Abg. Scheer.

**Abg. Prof. Traute Hartwig:** Hohes Haus! Ich werde mich sehr bemühen, die Nachtschicht jetzt nicht zu verlängern. Ich hoffe, es ist kein Zufall, daß in den Voranschlägen der Gebietskörperschaften das Schulwesen vor dem Kulturwesen behandelt wird. In dieser Anordnung spiegelt sich wahrscheinlich doch die Erkenntnis, daß die Schule die Grundlage für das kulturelle Niveau des Volkes schafft. Es hat schon in Zeiten kulturelle Höchstleistungen gegeben, in denen es kein geregeltes Schulwesen gab, aber das waren Zeiten mit völlig anderen sozialen Strukturen, in denen nur eine kleine Gruppe von Menschen geistige Ansprüche stellte und auch geistige Leistungen erbrachte. Die heute schon einmal mit viel Erfolg zitierten Griechen waren keine Ausnahme, denn weder bei ihnen, noch etwa später bei den Römern hat die breite Volksmasse irgendeinen Anteil an den geistigen Errungenschaften ihrer Zeit gehabt.

Heute liegen die Verhältnisse natürlich längst anders. Wir haben in Österreich seit 100 Jahren eine allgemeine Schulpflicht. Seit 7 Jahren haben wir eine 9jährige Schulpflicht. Ich weiß, daß die allgemeinbildenden höheren Schulen bei der Behandlung des Landesvoranschlages eigentlich nichts



zu suchen haben. Ich glaube aber doch, daß die Tatsache, daß steirische Kinder diese Schulen besuchen und vor allem auch die Tatsache, daß steirische Gemeinden sehr zur Mithilfe beim Bau und der Erhaltung dieser Schulen herangezogen werden, doch ein Wort zu ihnen rechtfertigt. Sicher ist der gegenwärtige Zustand dieses Typs vor allem für die oberen Klassen nicht sehr glücklich. Es war verhältnismäßig einfach, das 9. Schuljahr auszusetzen. Es war aber nicht ganz so einfach, die eben neu erstellten Lehrpläne wieder umzuändern. Aber wie dem auch sei! Die Schulverhandlungen werden geführt und wir müssen hoffen und die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schaller erfüllen mich sehr mit der Hoffnung, daß sie zu einem für alle befriedigenden Abschluß kommen mögen. Ich hoffe auch weiter, daß wir uns nicht damit begnügen, an dem Kleid, daß das Schulwesen jetzt trägt, heute zu flicken, sondern, daß wir uns doch entschließen, wirklich ein neues Kleid zu schaffen, das freilich kein starrer Panzer wird sein dürfen, sondern sozusagen aus einem dehnbaren Gewebe, das den sich ständig ändernden Bedingungen — und auch das ist heute schon gesagt worden — angepaßt werden kann. Ich würde weiters wünschen, daß Österreich die Zeichen der Zeit erkennen möge und den Weg zur Gesamtschule beschreitet, die in den Industriestaaten des Westens zum größten Teil bereits verwirklicht ist. Wir werden sicher auch in unseren Budgets dann bedeutende Umschichtungen vornehmen müssen. Aber wir glauben, daß wir diese Notwendigkeit möglichst schnell einsehen und dann auch erfüllen sollten.

Wir Sozialisten glauben, daß ein zeitgemäßer Ausbau oder Aufbau des Schulwesens von der Grundschule über eine Mittelstufe zu den Formen der höheren Schulen, also der berufsbildenden oder allgemeinbildenden bzw. zu den Fachschulen zu führen hätte und daran anschließend dann die Hochschulen, deren Reform aber auch möglichst bald aus dem Stadium der Diskussion heraus und in das Stadium der Verwirklichung eintreten wird müssen, wenn wir nicht doch dazu kommen wollen, daß die Studenten, die den ersten Anstoß dazu gegeben haben, schließlich wieder zu radikaleren Formen der Durchsetzung ihrer Veränderungswünsche ihre Zuflucht nehmen.

Um aber zu den allgemeinbildenden höheren Schulen zurückzukommen, es gibt in der Steiermark — das ist schon gesagt worden — bis auf die Bezirke Feldbach und Graz-Umgebung in jedem Bezirk eine solche Schule. Diese Schulen werden alle — natürlich vorläufig — nach dem herkömmlichen Schema mit starren Klassenverbänden geführt. Aber auch das Bundesministerium für Unterricht erstellt jetzt Raumprogramme, in denen von diesem starren Klassensystem abgegangen wird und zu einem sogenannten System der Fachstammklassen und der angeschlossenen Kursräume übergangen wird. Ich weiß das, weil der Herr Unterrichtsminister, bei dem wir, meine Direktorin und ich, vorgesprochen haben, um endlich die Frage des Schulbaues des Bundesgymnasiums für Mädchen in Graz in der Pestalozzistraße wieder in Gang zu bringen, uns dann freundlicherweise mit der Zusicherung, daß dieser Bau im nächsten Jahr geplant und wenn die

Budgetmittel es erlauben, im Jahr 1971 begonnen werden kann, auch ein solches Raum- und Funktionsprogramm zugeschiedet hat, sehr großzügig und sehr erfreulich. Daß ich auf diesen geplanten Schulbau zu sprechen komme, hat einen, wenn Sie wollen, persönlichen Grund. Wir warten nämlich seit 25 Jahren auf ein solches neues Gebäude. Tausend Grazer Familien sind täglich von diesem Wechselunterricht betroffen, denn die Knabenschule hat 800 Schüler, die Mädchenschule 600 und wenn man nun sehr großzügig eine gewisse Anzahl von Geschwistern usw. einrechnet, bleiben 1000 Familien, die unter recht unleidlichen Bedingungen ihre Kinder in diese Schule schicken müssen. Der Herr Unterrichtsminister hat uns also diese Planung und diesen Baubeginn in Aussicht gestellt. Er hat aber dazu gesagt — und deshalb rede ich jetzt hier darüber — daß er sich bezüglich einer Reihung der Schulbauten natürlich am liebsten an die Vorschläge hält, die aus den Ländern kommen. Und ich bitte sehr, daß wir nicht noch einmal umgereiht, zurückgereiht oder irgendwo eingereiht werden, sondern daß es jetzt bei der vom Herrn Unterrichtsminister uns zugesicherten Möglichkeit doch auch vom Land Steiermark her bleiben möge.

Wenn ich gemeint habe, daß auch das Unterrichtsministerium beginnt, das Schulsystem flexibler zu gestalten, so glaube ich aber, daß das allein noch nicht genügt, sondern daß ohne Zweifel auch die Lehrer werden umlernen oder umdenken müssen; sie werden erkennen müssen, daß nicht so sehr das Auslesen der ungeeigneten Schüler ihre Aufgabe ist, sondern das Fördern der Schüler. Jetzt sind sie manchmal zu einer solchen Auslese einfach durch die Lehrpläne und auch durch die innere Schulorganisation gezwungen.

Ich habe schon im vorigen Jahr hier davon gesprochen, daß die Sozialisten glauben, daß eine gemeinsame Schule der Zehn- und Vierzehnjährigen und auch ein Vorschuljahr richtig wäre und kommen möge, weil wir meinen, daß diese Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen, die dann nicht in Oberstufe der Volksschule, Hauptschule oder allgemein bildende höhere Schule, also in drei Teile sozusagen zerfällt, mit einem verstärkten Ausbau des pädagogisch-psychologischen Dienstes die Möglichkeit geben würde, eine richtige Schulbahnberatung der Kinder in diesem Alter und der Eltern durchzuführen. Man müßte dann erst nach diesen Jahren entscheiden, welche Kinder weiter ein Gymnasium, welche eine berufsbildende mittlere oder höhere Schule besuchen sollten und welche nach dieser Schulstufe direkt in den Beruf gehen sollten. Wie wichtig eine richtige Schulbahnberatung wäre, zeigt ja wohl auch die Tatsache, daß gegenwärtig fast 50 % der Schüler, die eine allgemein bildende höhere Schule besuchen, die Schule nicht abschließen. Das ist ein Luxus, den wir uns, glaube ich, nicht leisten können. Wenn wir eine richtige Schulbahnberatung hätten, würde auch sicherlich sehr bald die Erkenntnis durchdringen, daß wir auch das berufsbildende Schulwesen stärker ausbauen müßten. Ich glaube, daß wir das schon deshalb tun müßten, weil jetzt sehr viele Maturanten einfach, weil sie die Matura haben, auf die Hochschule gehen, dort aber das Studium dann vorzeitig abbrechen. Jedes

abgebrochene Studium ist aber natürlich eine Fehl-investition, die die Gemeinschaft bezahlen muß und wenn man richtig planen würde oder die Kinder richtig beobachten und richtig lenken könnte, dann könnte man da wahrscheinlich manches verhindern.

Nach den Untersuchungen über das Wirtschaftswachstum und die Bildungsplanung in Österreich müßten etwa 25 bis 30 % jedes Geburtsjahrganges eine berufs- oder allgemeinbildende höhere Schule besuchen, wenn man das Ansteigen des Wirtschaftswachstums erreichen will. Derzeit besuchen aber nur etwa 10 % der Jugendlichen eines Geburtsjahrganges eine solche Schule, in manchen Teilen Österreichs sind es nicht einmal 5 %.

Ich glaube, daß wir also hier wirklich alles ändern müßten, wenn wir zu einem befriedigenden Ergebnis kommen wollen. Wie wenig übrigens — weil heute von der Ausschöpfung der Begabtenreserve gesprochen wurde — diese Begabtenreserven gegenwärtig ausgeschöpft sind, zeigt sich auch darin, daß z. B. die weibliche Studentenquote nur ein Drittel der männlichen beträgt. Bei den Mädchen wird sie also keineswegs ausgeschöpft. Das zeigt sich aber auch etwa darin, daß 36 % aller inländischen Hörer der Hochschulen aus Wien kommen, das sind 9,2 % der 18- bis 26jährigen Wohnbevölkerung. Im Burgenland sind nur 2,3 % der gleichaltrigen Bevölkerung Studenten. Im ganzen sind, wie man aus dem Hochschulbericht 1969 ersehen kann, die Bewohner oder die Mitglieder kleiner Gemeinden an den Hochschulen stark unterrepräsentiert und da besonders auch wieder die weiblichen. Aus diesem Hochschulbericht geht übrigens auch klar hervor, daß sich die soziale Struktur der Studenten prozentuell gesehen, nicht geändert hat, obwohl sich die Studentenzahlen bedeutend erhöht haben.

Im Wintersemester 1967/68 waren 8 % der Studenten Arbeiterkinder, 32 % Akademikerkinder und 21 % Kinder, deren Eltern selbst Mittelschulbildung hatten. Ich habe leider nicht die Zahlen für die Kinder aus bäuerlichen Familien. Aber ich glaube, daß da die Verhältnisse schlechter liegen als bei den Arbeiterkindern. Wenn man dann dagegen hält, daß der Anteil der Arbeiterkinder an den Maturanten in Schweden 30 %, in England 24 % beträgt und dazu hält, daß beide Staaten das Gesamtschulsystem in den staatlichen Schulen verwirklicht haben, dann sieht man sehr deutlich, wie sehr ein offenes Schulsystem die echte Chancengleichheit, die wir alle anstreben, fördert. Wir glauben, daß das Schulwesen das der Entwicklung der Gesellschaft immer ein bißchen nachhinkt, dieser Entwicklung sobald wie möglich wird stark folgen müssen, wenn wir unsere Kinder nicht zu einem verhängnisvollen Zurückbleiben gegenüber anderen vergleichbaren Völkern verurteilen wollen. Eine Bildungspolitik, die jedem Kind die volle Entwicklung seiner ihm mitgegebenen Fähigkeiten gewährleisten würde, wäre, glaube ich, auch die beste Sozialpolitik für die Zukunft. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis morgen 9 Uhr. Erster Redner ist der Abgeordnete Scheer.

Unterbrechung der Sitzung: 21.10 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 17. Dezember 1969, 9 Uhr.

**Präsident Koller:** Hoher Landtag! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Bevor ich aber dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich zu den gestrigen Ausführungen des Herrn Abg. Scheer, betreffend Handhabung der Fragestunde im Landtag sowohl durch den verstorbenen Präsidenten Dr. Kaan, als auch durch mich sachlich richtigstellen, daß der § 58 a der Geschäftsordnung des Landtages eine andere Handhabung bzw. Auslegung nicht zuläßt. Die Geschäftsordnung wurde vom Steiermärkischen Landtag beschlossen und kann daher nicht vom Präsidenten, sondern nur wiederum vom Hohen Landtag abgeändert bzw. reformiert werden. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Als erster Redner hat der Herr Abg. Scheer das Wort.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich habe nicht gedacht, daß meine Anfrage im Finanz-Ausschuß anlässlich der Budgetberatung an den Herrn Landeshauptmann bzw. an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren solche Wellen schlagen würde, wie es im Zusammenhang mit den nicht widmungsgemäßen Schulbauten der Fall ist. Ich habe mir dort die Frage erlaubt: „Welche Schulen sind in der Steiermark seit dem 2. Weltkrieg errichtet worden, die einer anderen Zweckbestimmung zugeführt wurden, als der für die sie gebaut wurden und für welche Schulbauten soundsoviele Steuergelder aufgebracht wurden?“ Diese bescheidene Frage, die ich mir erlaubt habe zu stellen, wurde vom Herrn Landeshauptmann und vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren abgelehnt zu beantworten. Dabei frage ich jetzt noch einmal, wieso konnte man das überhaupt tun. Der Herr Landeshauptmann ist Präsident des Landesschulrates. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren ist der Amtsführende Präsident des Landesschulrates. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Koren ist Vorstand auch der Rechtsabteilung 13, also der politische Referent. Laut dem Schulerhaltungsgesetz wird keine Schule errichtet, ohne daß die Landesregierung über die Rechtsabteilung 13 als vorschlagende Institution eine Schule überhaupt installieren kann. Genauso aber geht es über die gleiche Rechtsabteilung und über den Landesschulrat und über die Regierung zurück, wenn eine Schule eine Widmungsänderung erfährt. Sei es durch Auflassung oder durch Einzug einer anderen Schule und dergleichen mehr und daher ist die Frage berechtigt und ich wundere mich, Herr Landeshauptmann, wo Sie sich sonst immer als Hüter der demokratischen Ordnung bezeichnen, dann müßten Sie auf die Frage eines Abgeordneten antworten. (Landeshauptmann Krainer: „Ich kann Ihnen nicht für 560 Bürgermeister eine Antwort geben!“) Das Unverständliche dabei ist, daß nur bei Ihnen diese Fäden zusammenlaufen und Sie von mir gefordert haben, ich soll 500 oder 600 Bürgermeister fragen, wie ihre Schule jetzt ver-

wendet wird, dabei gehen nach der Rechtslage alle Fäden bei Ihnen zusammen. (Landeshauptmann Krainer: „Daß Sie als Abgeordneter nicht wissen, wie die Fäden verlaufen, wundert mich!“ — Landesrat Dr. Niederl: „Nur die Pläne genehmigen wir!“) Das weiß ich und das können Sie mir nicht ausreden und nicht verdrehen. Das Schulerhaltungsgesetz sagt genau, daß die Landesregierung und der entsprechende . . . (Landesrat Sebastian: „Der Errichtungsakt wird durch die Landesregierung gesetzt!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Aber doch nicht der Bau!“) Schauen Sie, Sie können sich um die Paragraphen herumwinden . . . (Landeshauptmann Krainer: „Daß Sie, Herr Landesrat Sebastian, stellvertretender Präsident des Landesschulrates, das nicht wissen, das wundert mich!“) Eben, jetzt sind wir schon so weit, Herr Landeshauptmann.

Was soll jetzt ein kleiner Abgeordneter tun? Der Präsident des Landesschulrates hat die Meinung und der Vizepräsident hat zufällig meine Meinung. Wem glaube ich? Natürlich dem, der meine Meinung hat. Wem sonst? Das ist doch selbstverständlich. (Abg. Dr. Klauser: „Der Herr Landeshauptmann entscheidet ex cathedra, da gibt es das nicht!“) Die Wahrheit scheint wirklich von der ÖVP gepachtet zu sein. (Landesrat Peltzmann: „Daß der Herr Abg. Scheer heute die Meinung der Sozialisten vertritt ist bekannt!“) Oh je, Oh je! Maria und Josef! (Landeshauptmann Krainer: „Das steht alles in der SPO-Weisung drinnen! Haben Sie sie gelesen?“) Solche Einwendungen sind so wenig stichhaltig. Da kann ich genausogut sagen, Herr Landeshauptmann, Sie sind einmal ein Reformator gewesen und jetzt sind Sie es nicht mehr; Sie waren einmal ein sprühender junger Mann und jetzt sind Sie es nicht mehr. Ich auch nicht. Das kann alles passieren. Wir sind gemeinsam älter geworden, Herr Landeshauptmann.

Aber das geht an der Tatsache vorbei Herr Landeshauptmann, daß Sie sonderbarerweise einen Bogen um die Antwort machen, die Ihnen gar nichts ausmachen dürfte, wenn Sie ein reines Gewissen haben in dieser Sache und indem Sie sagen, bitte sehr, soundsoviele Schulen sind in der Steiermark seit 1945 gebaut worden und anderen Widmungen zugeführt worden. Was ist denn da dabei, wenn Sie das sagen? Die Schlußfolgerungen daraus werden wir dann schon ziehen, wie beispielsweise (Landeshauptmann Krainer: „Was das mit Gewissen zu tun hat, möchte ich wissen!“) bei der Gemeinde Pürgg und anderen Gemeinden, die hier bereits angezogen wurden, die ich nicht wiederholen möchte. Die Tatsache bleibt bestehen Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß Sie die Frage eines Abgeordneten nach den Schulen nicht beantworten wollen und daß daher der Verdacht besteht, daß da mehr dahinter ist, als ich zuerst selbst geglaubt habe.

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abg. Vinzenz Lackner. Nach ihm spricht Herr Abg. Dr. Götz.

**Abg. Vinzenz Lackner:** Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die zahlreichen Wortmeldungen zum Kapitel Schule, ich bin bereits der 16. wenn ich nicht irre,

beweisen, daß das Schulproblem und alle damit aufgeworfenen Fragen quer durch diesen Landtag die gleiche Beachtung finden und damit ist wohl unbestritten, daß das Land Steiermark und seine Abgeordneten positiv zum Schulproblem stehen. Wenn auch da und dort Fehlplanungen passiert sind oder was immer, so zeigt das nur, daß das sogar bis zu einem gewissen Übereifer gegangen ist, wobei aber nebenher Dinge vernachlässigt wurden oder versäumt. Für einen solchen Fall möchte ich hier das Wort reden.

Ich spreche für eine Gruppe von Steirern, die noch nicht das Wahlrecht hat, hier auch nicht vertreten ist, wohl aber früher oder später den einen oder anderen Abgeordneten in diesem Haus stellen wird. Es ist unsere Schuljugend, unsere Zukunft. Hier möchte ich eine besondere Sparte herausgreifen und das ist die ländliche Schuljugend in unseren Hochgebirgs- und Seitentälern, die heute noch einen Schulweg bis über 2 Stunden hat. Wenn Sie sich vorstellen, daß ein Elementarschüler, der in die erste Klasse hineinkommt, (Landeshauptmann Krainer: „Wuganigg, passen Sie auf! Hören Sie zu! 3 Stunden Schulweg!“) einen Schulweg von 2½ Stunden hat, so wird dieses Kind um 5 Uhr morgens aus dem Schlaf gerissen und muß zur Schule und wenn Wetterunbilden noch eintreten, kommt es trotz alledem noch zu spät. Und in diesem Sinne war meine Anregung im Finanz-Ausschuß zur Budget-Debatte 1969 gemeint, daß man doch daran denken sollte, Schüler-Omnibusse einzuführen. Ich wurde damals unterbrochen mit den Worten: „Vielleicht gar mit Hubschraubern!“ Wir leben im Zeitalter der Technik, fliegen hinauf zum Mond und bei uns in Österreich, wo wir an diesen Programmen mitbeteiligt sind und sei es nur mit dem Füllhalter für den schwerelosen Raum, der ja ein österreichisches Patent ist, müssen wir feststellen, daß das Bildungsprivileg, auf das ja alles ausgerichtet ist und das ja scheinbar gebrochen ist, noch lange nicht für alle zutrifft. Diese Kinder aus den ländlichen Gebieten haben es am schwersten. Mit Mühe und Not können sie oft nur die Elementarschule hinter sich bringen, von einer Hauptschule ist in vielen Fällen nicht zu reden, die heute für jeden Beruf schon gefordert wird.

Wenn ich daran denke, daß man das Netz der Verkehrsmittel ausbauen und ausdehnen könnte auch für die Schüler in diesen Gebieten, so wäre das ja irgendwie parallel zu koordinieren mit den Schulrichtungen. Wenn sie schon die Pflichtschule stundenweit entfernt besuchen müssen, wie weit liegt dann erst die Hauptschule entfernt? Diese Kinder müssen oft 14 bis 15 km zurücklegen, bis sie die Hauptschule erreichen.

Und daß man für 2 oder 3 Kinder aus einem so entlegenen Gebiet keinen Omnibus einführen kann, das ist klar. Aber wenn man das mit den Volksschulen kombiniert, würde es bereits rentabel sein und auch diese Kinder aus den ländlichen Gebieten, die gewiß mit einem gesunden Hausverstand ausgestattet sind, hätten auch die Möglichkeit, am Bildungsaufstieg unseres Volkes teilzunehmen.

Daß die Kinder aus diesen Gegenden nicht die schlechtesten sind, beweist ja unser „Naturbursche“,

mein Freund und Namensvetter Lackner Karl, der auch in diesem Hause sitzt und noch viele andere.

Dazu kommt aber noch, daß es heute das Bestreben der Junglehrer ist, nur in der Stadt zu leben und nur nicht hinaus aufs Land zu gehen. Auch jene, die vom Land kommen, wollen nicht mehr am Lande bleiben, weil sie die Bequemlichkeiten der Stadt und ihrer Umgebung kennen gelernt haben. Ich würde daher dafür plädieren, selbst wenn ich mir dabei noch nachträglich etwas zuziehe, daß jeder Junglehrer ein Pflichtjahr in einer Landschule zu machen hätte. (Zwischenruf: „Fünf mindestens.“) Bitte, von mir aus auch fünf. Damit wäre unserer Landjugend auch geholfen. Aber es wäre fehl am Platze, das allein durchzuführen ohne auf den Schulweg Rücksicht zu nehmen. Denken Sie an die weiten Strecken, an die Gefahren, die am Schulweg heute lauern. Nicht selten liest man in den Zeitungen von Schülern, die unterwegs von abwegig Veranlagten überfallen werden. Oder wenn ein entsprungener Häftling, wie es vor kurzem der Fall war, eine Gegend unsicher macht, da waren es die Lehrer, die heute noch in diesen Schulen aushalten, die den stundenweiten Weg mit den Schülern mitgemacht haben, um die Schüler zu betreuen und nach dem Unterricht ihre Schüler denselben Weg zurückbegleiteten und sich nachher erst über ihre Arbeit, die Kontrolle der Hefte usw. machen mußten. Auch bei Wetterunbilden, bei Schneesturm und dergleichen und Lawinengefahr in diesen Gräben sind es auch wieder die Lehrer, die ihre Kinder oft bis nach Hause begleiten und betreuen.

Ihnen gebührt unser besonderer Dank.

Und hat nicht unser Waldschulmeister, unser Heimatdichter Peter Rosegger in seinen Büchern dies auch beschrieben und hat er nicht diesen Kindern in seiner „Waldlilie“ ein Denkmal gesetzt? Hat nicht die Stadt Graz und haben nicht die Freunde Peter Roseggers ihm ebenso ein Denkmal im Stadtpark gesetzt? Hat er doch dieses Problem in seinen Schriften immer wieder behandelt.

Tausende ziehen täglich daran vorbei ohne sich darüber Gedanken zu machen. Und ich bitte daher den Hohen Landtag, sich mit diesem Problem der Schüler-Omnibusse und der Bildungsmöglichkeit für die Schüler auf dem Lande und in den Seitentälern ernstlich zu befassen und es einer Lösung im Sinne unserer steirischen Heimat zuzuführen. (Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat der Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz das Wort. Nach ihm spricht Abg. Ing. Koch.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bekenne, daß ich mich gerade bei dieser Gruppe wesentlich lieber mit jenen Problemen beschäftigen würde, die ich andeutungsweise im Zuge der Generaldebatte angeschnitten habe, vielleicht noch ergänzt um einige zusätzliche Details, so um die Details der Lehrplangestaltung, wozu es ja sicher auch eine Menge zu sagen gäbe. Einer Lehrplangestaltung zu einem Zeitpunkt, an dem nach Berechnungen der Soziologen sich der Gesamt-Wissensstoff in immer rascherer Folge vermehrt und

angenommen wird, daß bis zum Jahre 1975 der Gesamt-Wissensstoff verdoppelt sein wird. Ich sage das deshalb, weil darin auch die Problematik aufklingt, etwa durch Verlängerung der Schulzeiten dieses Mehr-Wissen auffangen zu wollen, vermitteln zu wollen. Ich glaube, daß allein diese Entwicklung zeigt, daß auch bei raschster und bester Information und Ausbildung des Schülers diese Möglichkeit einfach nicht mehr gegeben ist. Und daß es daher darauf ankommt, ein grobmaschiges Informationsnetz, aber möglichst eines ohne Löcher zu schaffen und daß dieses grobmaschige Informationsnetz in vielen Punkten gegenüber dem heutigen Lehrplan eben einschneidende Abänderungen bringen muß. Wie gesagt, es wäre mir viel lieber, mich etwas ausführlicher diesem Problem widmen zu können. Aber, meine Damen und Herren, es gab gestern eine Diskussion über Schulbauten und eine Berichtigung des Herrn Landeshauptmannes. Und zu dieser Berichtigung darf ich vielleicht etwas sagen und zwar deshalb, weil ich als eifriger Zeitungsleser heute dem ÖVP-Organ entnommen habe, daß in dem Augenblick, wenn etwa von der sozialistischen Fraktion und von den Freiheitlichen Kritik geübt wird, natürlich die Vorzeichen, die deutlichen Hinweise der blauen Koalition gegeben seien. Ich muß sagen, ich habe aus diesem zwingenden Grund und auf Grund dieser Schlußfolgerungen im Stile eines Nick Knatterton meinen gestrigen blauen Anzug mit roten Streifen gewechselt, weil das wäre natürlich ein unwiderlegliches Indiz gewesen.

Und, meine Damen und Herren, ich gebe ohne weiters zu, daß bei den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes gestern zu einigen Schulbauten folgende Probleme aufgeklungen sind, die gar nicht bestritten werden sollen: die Probleme, daß es sehr schwer möglich ist — es ist nicht unmöglich, aber es gibt gewisse Unsicherheitsfaktoren dabei — etwa die Schülerentwicklung, die ja Hand in Hand geht mit der Bauentwicklung, die Hand in Hand geht mit wirtschaftlichen An- oder Absiedlungen, wirklich so vorherzusagen, so vorherzuschätzen, daß nun jeder Schulbau mit jener Klassenanzahl versehen wird, die dann benötigt wird, ganz abgesehen davon, daß die Schwankungen der einzelnen Geburtsjahrgänge eine derart genaue, programmierte Erfassung wirklich nicht zulassen.

Es ist daher keineswegs so, daß nun jede Schule, die etwa um eine Klasse zu viel oder um eine Klasse zu wenig hat, als Fehlplanung angesprochen werden kann. Ich glaube, hier muß man offen genug sein, zu sagen, daß die Probleme nicht so einfach überschaubar sind und vor allem nicht über Jahrzehnte überschaubar sind und daß der Schulraumbau wirklich Hand in Hand geht mit dem Bedarf und noch dazu mit dem lokal fixierten Bedarf. Nachdem aber unter diesen Schulen eine ist, auf die das eben Gesagte nicht zutrifft und zwar weitgehend nicht zutrifft, möchte ich Sie, meine Damen und Herren, doch etwas näher mit dem Problem der Schule Pürgg beschäftigen; in 15 kurzen Akten.

Akt Nr. 1: Vor der Nationalratswahl 1959 besucht Herr Landeshauptmann Krainer Pürgg und verspricht in einer Rede den Bau einer neuen Volksschule. (Abg. Klobasa: „Wie in Feldbach!“)

Akt Nr. 2: Ein Grundstück wird von der Gemeinde Pürgg angekauft; ursprünglich mit 60.000 S präliminiert, dann um etwa das Doppelte erworben. Gleichzeitig wird neben der alten 1-klassigen Volksschule ein sogenannter Holzschuppen mit Keller errichtet, wobei die Preismeinungen auseinandergehen. Die Gemeinde behauptet, es hätte nur 77.000 S plus 5000 S seitens der Postverwaltung gekostet, andere behaupten, es hätte dieser Zubau 100.000 S gekostet. Egal, jedenfalls in dieser Größenordnung.

Akt Nr. 3: Anfang Jänner 1963 erfolgt eine Warnung seitens eines Gemeindegürgers von Pürgg auf Grund des vorliegenden Voranschlags der Gemeinde 1963, in dem für diesen Schulhausbau 1 Million Schilling eingesetzt sind, wobei in dieser Warnung beinhaltet ist die Feststellung, daß die Schülerzahl 20 bis 25 betragen wird.

Akt Nr. 4: Ebenso im Jänner 1963 wird von der Gemeinde Pürgg ein offener Brief an alle werten Gemeindegürgers veröffentlicht, in dem es bezugnehmend auf das vorherige Schreiben, das von mir erwähnt wurde heißt, „die größten Vorwürfe richten sich gegen den geplanten Schulneubau in Pürgg“. Dazu ist folgendes zu bemerken: Weder die Gemeindevertreter, noch der Schulleiter überzeugten sich, daß ein derartiger Neubau dringend geboten ist. Es waren der zuständige Herr Bezirksschulinspektor, der Herr Bezirkshauptmann, der Herr Landesrat — verzeihen Sie — Dr. Koren sowie der Herr Landeshauptmann Krainer persönlich, die die Notwendigkeit dieses Vorhabens betonten.

Akt Nr. 5: Am 28. Jänner 1963 wird wieder von diesem Gemeindegürgers eine Beantwortung dieses Briefes durchgeführt, wobei er darauf hinweist, daß auch die Wahl des Bauplatzes eine äußerst schlechte gewesen sei.

Akt Nr. 6: Das stellt sich übrigens unmittelbar nachher heraus, nachdem der Bau auf einem Fehlorizont errichtet wird und schon die Fundierungskosten erheblich höher als veranschlagt sind.

Akt Nr. 7: Das ist jetzt ein etwas längerer. Er zieht sich von 1963 bis 1968 und läuft unter dem Titel „Rohbauherstellung“. Im Frühjahr 1968 letzte Maßnahmen.

Akt Nr. 8: In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß die Prognose für diesen Schulbau seitens der Gemeinde im Jahre 1963, nämlich 40 Kinder für 1969, nicht zugetroffen ist, sondern es sind tatsächlich nur 20 — siehe die frühere Behauptung dieses Gemeindegürgers. (Landeshauptmann Krainer: „Jetzt müssen Sie auch sagen, warum es nur mehr 20 sind!“) Ja, kommt gleich Herr Landeshauptmann.

Akt Nr. 9: Am 24. März 1967 schreibt die hier schon oft zitierte und in dem Fall gratis umworbene kleine Zeitung „Ende der Schulraummisere“ — 1,7 Millionen Schilling für die Fertigstellung, also plus 1 Million Schilling bereits 2,7 Millionen Schilling.

Akt Nr. 10: Die nicht gerade erfreuliche finanzielle Situation der Gemeinde Pürgg führt unter anderem zur Zusammenlegung mit der Gemeinde Neuhaus am Grimming zur neuen Gemeinde Pürgg-Trautenfels.

Akt Nr. 11: Am 10. März 1968 wird im Österreichischen Rundfunk und zwar in der Watschenmannsendung ein Interview der Frau Vernunft mit dem Bürgermeister von Pürgg gebracht, wobei darauf hingewiesen wird, daß die einklassige Volksschule (Rohbau) nicht zeitgemäß ist und, nachdem eine Viertelstunde entfernt in Unterburg eine zweiklassige moderne Volksschule besteht, diese auch ohne weiteres auf eine dreiklassige hätte erweitert werden können.

Akt Nr. 12: Am 3. Mai 1968 antwortet der Regierungskommissär und Bezirkshauptmann in der obersteirischen Zeitung „Der Ennstaler“, wobei er darauf hinweist, daß die Kosten, die seinerzeit von der Gemeinde mit 1 Million Schilling in diesem zitierten Schreiben angegeben wurden, nun 3,5 Millionen Schilling betragen, für eine Schule für die keine Verwendung gegeben ist. Der Regierungskommissär hat jetzt eine harte Nuß zu knacken. Wörtlich heißt es im „Ennstaler“: „Alles wäre gut und schön, wenn die neue Gemeinde Trautenfels nicht mit einer schweren Hypothek belastet wäre, mit dem Neubau der Volksschule Pürgg, die 3,5 Millionen Schilling kostet und im Rohbau einschließlich sämtlicher Installationen fertiggestellt ist und die wohl kaum ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden wird. 2 Millionen Schilling sind bisher bar bezahlt. 1,5 Millionen Schilling stehen noch offen. Dieser Betrag ist seitens der Landesregierung bereitgestellt. Ehe man jedoch weiterbaut und zahlt, muß Klarheit darüber herrschen, was mit der Schule geschieht. Darüber muß sich nun der Regierungskommissär den Kopf zerbrechen, der durch seine Berufung zum Handkuß gekommen ist und wirklich die harte Nuß nun aufknacken muß.“ Ich darf vorwegnehmen, er hat sie nicht aufgeknackt.

Akt Nr. 13: Am 7. März schreibt „Der Ennstaler“ wieder ein ernstes Wort zu einem ernstem Problem, zur Auflösung der Volksschule Pürgg. Warum Lehrermangel? So steht jetzt die Auflösung der Volksschule Pürgg ins Haus. Um sich mit diesem wahrscheinlich unumgänglichen Vorgang auseinanderzusetzen, wird der Bezirksschulinspektor Broer das Geschehen begründen. Broer sagt: „Wenn die Oberstufe der Volksschule Pürgg abgezweigt wird, verbleiben vielleicht 12 bis 15 Kinder in Pürgg, die genaue Zahl ist mir augenblicklich nicht bekannt. Jedenfalls verbleiben so wenige, daß für sie, zumal eine andere Volksschule nur 15 Minuten entfernt liegt, diese für sie keinen Lehrer abzustellen vermag. Wenn die Kinder nach Unterburg umgeschult werden, muß auch der Schulsprengel eine Abänderung erfahren. Die Schule wird für immer aufgelassen.“

Akt Nr. 14: 31. Oktober 1969 „Der Ennstaler“: Über Antrag von Bürgermeister Ing. Meinx wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, den in Pürgg vor einigen Jahren mit einem erheblichen Kostenaufwand errichteten Rohbau des ursprünglich versprochenen Volksschulhauses so rasch wie möglich zu veräußern, da an einen Weiterbau aus finanziellen Gründen nicht gedacht werden kann.“

Akt Nr. 15: 6. November 1969: Das Fernsehteam nimmt für die „Horizonte“ die Volksschule Pürgg, die alte und den Rohbau und die 15 Minuten entfernte zweiklassige Volksschule Unterburg auf.

Meine Damen und Herren! Warum ich das im Detail gebracht habe? Ich bin der Auffassung, daß man hier wirklich nicht behaupten kann, daß so eine Entscheidung dieser Gemeinde allein, sei es ohne Wissen und ohne Zutun des Landes, zu einer jedenfalls im Jahre 1963 vorhersehbaren Situation geführt hat. Ich glaube, daß hier eine echte Fehlentscheidung vorliegt und daß diese nicht nur der Gemeinde Pürgg und dem Bürgermeister der Gemeinde Pürgg aufgelastet werden kann. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Ing. Koch als nächsten Redner das Wort.

**Abg. Ing. Koch:** Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Von der Qualifikation, dem Umstellungs- und dem Anpassungsvermögen und der geistigen Mobilität des Unternehmers wird es abhängen, ob wir in der Lage sein werden, die großen Probleme der Wirtschaft von morgen zu bewältigen. Es wird aber auch in weitem Maße davon abhängen, daß wir genug Fach- und Führungskräfte von entsprechender Qualität heranzubilden vermögen. Es wird zu prüfen sein, ob es genügt, wenn wir wie derzeit etwa 60.000 solcher innerhalb von 4 bis 6 Jahren ausbilden.

Zum gewerblichen Berufsschulwesen möchte ich folgendes berichten: Das neunte polytechnische Schuljahr und die geburtenschwachen Jahrgänge hatten zur Folge, daß die Lehrlingszahl von 26.292 im Schuljahr 1965/66 auf 21.250 im Schuljahr 1968/69 zurückfiel. In der Wirtschaft hat dies beachtliche Schwierigkeiten verursacht. Nach dem Einpendeln des neunten polytechnischen Schuljahres und dem Heranwachsen geburtenstärkerer Jahrgänge werden wir erfahrungsgemäß wieder den alten Lehrlingsstand erreichen können, obgleich wir auch bemerken müssen, daß in immer größerer Zahl die Jugendlichen dem Studium sich zuwenden. Von 21.250 Lehrlingen erhalten derzeit 7897 in den 6 Landesberufsschulen mit angeschlossenen Internaten aufsteigenden Fachunterricht. Weitere 1475 Lehrlinge erhalten in Graz Fachunterricht. Dieser Schule ist kein Internat angeschlossen. Somit sind dies zusammen etwa 9370 Lehrlinge, die bereits jetzt schon verfachlichten Unterricht erhalten können.

Die 6 Landesberufsschulen wurden außer Murau bewußt im Grenzland errichtet, weil dort die jungen Menschen in gesunden klimatischen Verhältnissen leben können, dabei das Grenzland und seine Schwierigkeiten kennen lernen und von schädlichen städtischen Einflüssen unbelastet bleiben. Nicht zuletzt taten wir dies, um auch das Grenzland damit wirtschaftlich zu stärken.

Als zweiter Schwerpunkt gilt das moderne Berufsschulzentrum in Graz-St. Peter. In diesen 4 Berufsschulen sind 6313 Schüler untergebracht. Das Land hat allein in den letzten 6 Jahren dazu einen Sach- und Personalaufwand von 55 Millionen Schilling geleistet. Weitere 4 Landesberufsschulen sind im Bau. Die größte davon entsteht in Fürstenfeld. Sie wird in allernächster Zeit der Vollendung entgegengehen und ist für Tischler, Tapezierer und

Schuhmacher vorgesehen. Die anderen drei Berufsschulen sind im Bau und zwar in Hartberg, in Radkersburg und in Voitsberg. Sie sollen den kaufmännischen Lehrlingen und zwar den Buben und in Voitsberg den Mädchen dienen. Mit der Vollen- dung und Fertigstellung dieser 4 Landesberufsschulen werden wir deren elf besitzen. Damit wird etwa die Hälfte aller Lehrlinge in der Steiermark verfachlichten Unterricht erhalten können. Übrig bleiben dann noch die 30 sogenannten Bezirksberufsschulen, welche durch den laufenden Abzug der Lehrlinge in die Landesberufsschulen bis zur Aktionsunfähigkeit schrumpfen. Allein aus dieser Tatsache muß der letzte Schritt zur Verfachlichung größer und umfassender sein, um eine gute Ausbildungskontinuität gewährleisten zu können. Über dieses gewaltige Projekt wird Herr Landesrat Peltzmann sicher eingehend berichten.

Die Hotelfachschule in Bad Gleichenberg ist eine mittlere Lehranstalt mit Öffentlichkeitsrecht. Zum Unterschied von den übrigen Berufsschulen müssen die Fremdenverkehrsbetriebe, das ist in diesem Fall der Hotelfachschulverein, die Kosten dieser Schule tragen. Ähnlich ist auch die Situation der gastgewerblichen Fachschule ebenfalls in Bad Gleichenberg. Fallweise werden diesen Schulen allerdings auch von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, dem Land und dem Bund Beihilfen gewährt.

Diese Bad Gleichenberger Schule mit derzeit 316 Schülern zählt zu den führenden Schulen dieser Art in Österreich, wenn auch ihre Absolventen zum Großteil nach der Ausbildung ins Ausland gehen, so kommen sie nach vier bis fünf Jahren erfahrungsgemäß als erstklassige Fachkräfte der internationalen Gastronomie wieder zurück. Vielfach reichen ihre Ersparnisse bereits aus, um einen eigenen Betrieb zu pachten oder gar einen solchen zu kaufen. Durch Bad Gleichenbergs Fachschule werden die Grundlagen für den internationalen Fremdenverkehr unseres Landes gelegt.

Nun darf ich vielleicht noch einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen bringen, die gestern hier der Herr Kollege Loidl gemacht hat. Er hat die Meinung vertreten, daß auf dem Berufsschul- sektor sehr wenig geschehen sei in den letzten 50 Jahren, wenn ich richtig verstanden habe. (Abg. Loidl: „An der Stellung der Berufsschule innerhalb des Bildungswesens hat sich nichts geändert!“) Es gibt keinen Schultyp im Lande Steiermark und weit darüber hinaus, der nur einen ähnlichen Fortschritt zu verzeichnen hätte wie das steirische Berufsschulwesen. (Abg. Loidl: „Das habe ich auch betont!“) Das muß ich eindeutig dazu sagen. Und wenn Sie vom System gesprochen haben, es gehe um das System, so hoffe und wünsche ich, daß Sie nicht etwa die gleiche Meinung wie vor 17 Jahren vertreten, als man von sozialistischer Seite von Lehrlings- Ausbildungs-Fabriken und ähnlichem gesprochen hat. Ich hoffe nicht, daß Sie das meinen. Sollte dies der Fall sein, Herr Kollege, so muß ich Ihnen sagen, daß wir von der soliden, individuellen Ausbildung durch die Meisterlehre und einer modernen Schule . . . (Abg. Loidl: „Dann ist die Universität eine Fabrik zur Ausbildung von Akademikern, wenn Sie so meinen!“)



Herr Kollege, das kann man damit nicht vergleichen! Sie haben ja selbst von einer dualen Ausbildung gesprochen, wobei die Meisterlehre und die Schule sich ergänzen und zwar in der Qualifikation des Lernens. Es wäre ein Widerspruch Ihrerseits, wenn Sie diesen Vergleich anstellen. Das möchte ich zur Berichtigung sagen.

Nun, die solide individuelle Ausbildung mit Meisterlehre und Schule, damit ist, glaube ich, der beste Weg beschritten.

Ich darf zusammenfassen: Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß das Land Steiermark Gewaltiges für die fachliche Ausbildung seiner Jugend geleistet hat und nach dem großen Konzept noch leisten wird.

Das steirische Landesberufsschulwesen verfügt über ein modernes Gesetz. Es besitzt geprüfte Lehrer in genügender Zahl. Wo anders haben wir überall Lehrermangel. Wir haben rechtzeitig vorgesorgt und diese Lehrer erhalten laufend aktuelle Weiterbildung in Seminaren, im berufspädagogischen Institut, beim Wirtschaftsförderungsinstitut und sie fahren in den großen Ferien in die Fabriken im In- und Ausland, um dort jeweils das Neueste kennen zu lernen und den jungen Menschen das aktuelle Wissen dann weiter vermitteln zu können. Ebenso werden die neu erstellten Lehrpläne laufend den Erfordernissen angepaßt. Wir haben beim Kapitel 2 schon einigemal gehört, daß es im wesentlichen darauf ankommt, daß gerade die Lehrpläne aktuell erstellt werden müssen. Das hat man zu Beginn vor 15 Jahren bereits getan, man hat sie auch immer wieder erneuert und aktuell gehalten. Praktisch aus dem Nichts wurde das ganze Berufsschulwesen in diesem Lande trotz der tausendfältigen Schwierigkeiten erarbeitet und ins Leben gerufen. Es wurde zu einem beweglichen, anpassungsfähigen Ausbildungsinstrument.

Damit haben wir nicht nur die Voraussetzung der immerwährenden aktuellen Wissensvermittlung geschaffen, sondern auch erreicht, in den jungen Menschen die Freude am Beruf und an der Weiterbildung zu wecken.

Mit dem neuen Berufsausbildungsgesetz, welches am 1. Jänner 1970 in Kraft tritt, ist sicherlich ein weiterer großer Schritt für die Zukunft getan.

Wenn heute bereits das steirische Berufsschulwesen weit über die Grenzen unseres Landes hinaus zu den fortschrittlichsten und modernsten zählt, so ist das in erster Linie dem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Peltzmann zu danken, dem es gelungen ist, alle Beteiligten in ihrer Vielfalt zu koordinieren und auf das große Werk zu konzentrieren. Mit viel Schwung und Begeisterung hat er sich als Handwerksmeister eingehend diesem Problem gewidmet. Aber auch den Innungen, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, den Kuratorien, den Schulsitzgemeinden, dem Landesberufsschulbeirat, dem Landesschulrat, dem Berufsschulreferat und nicht zuletzt der Landesregierung und diesem Hohen Hause darf, glaube ich, im Namen der Jugend der Dank ausgesprochen werden. Ich bin überzeugt, daß die Jugend diese mustergültigen Einrichtungen nutzen wird. Ich glaube aber auch, daß sie mit diesem Rüstzeug befähigt sein wird, ihre Welt von morgen zu bauen. (Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. Schrammel das Wort. Nach ihm hat sich der Abg. Brandl gemeldet.

**Abg. Schrammel:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In der Gruppe 2 des Landesbudgets sind auch Beiträge für Schüler- und Studentenheime ausgewiesen und es sei mir gestattet, dazu einige Bemerkungen hier anzubringen.

Durch eine zielstrebige Bildungspolitik des Landes Steiermark wurde es ermöglicht, daß in den bevölkerungsmäßigen Ballungszentren Ausbildungsstätten geschaffen wurden, die die Voraussetzung bilden, daß man den Begabungen entsprechende Ausbildungswege beschreiten kann. Höhere und mittlere Schulen gibt es begreiflicherweise nur in diesen Ballungszentren und so bilden die Schüler- und Studentenheime vielfach erst die Voraussetzung für den Besuch einer Schule für jene jungen Menschen, die nicht in diesem Gebiet wohnen. Das Land Steiermark hat sich gemeinsam mit Privatstellen bemüht, Schüler- und Studentenheime zu errichten und auch für die Erhaltung Sorge zu tragen und Zuschüsse zu geben. So gibt es jetzt in der Steiermark 1794 geförderte Studentenheimplätze, davon 1464 in Graz und 330 in Leoben, für die nunmehr 11.928 in der Steiermark Studierende. Von 10.500 Studenten sind in Graz rund 1500 in Heimen untergebracht. Das wären etwa 16%. Dieser Prozentsatz liegt weit unter den Werten von Wien oder Innsbruck. Günstiger ist die Situation in Leoben, wo von den 800 Studierenden 300 in Heimen einquartiert sind.

In die Schülerheime wurden für das Jahr 1969/70 752 Schüler aufgenommen. Der Sach- und Personalaufwand beträgt hier für die Erhaltung dieser Studenten- und Schülerheime etwa 15 Millionen Schilling. 7 Millionen Schilling werden durch Einnahmen gedeckt, während der Abgang von 8 Millionen Schilling aus Zuschüssen des Landes ausgeglichen wird. Das würde heißen, daß für jeden Schüler pro Jahr etwa 10.600 S an öffentlichen Geldern für diese Heimplätze ausgegeben werden. Es ist erfreulich, daß die Heime im laufenden Jahr mit den zur Verfügung stehenden Krediten ausgebaut wurden und weiterhin die Möglichkeit besteht, diese Heime den Notwendigkeiten entsprechend weiter auszubauen. Es wäre aber notwendig, noch mehr Heimplätze zu schaffen, vor allem für Mädchen. Es kann gesagt werden, daß es bei Schulbeginn vor allem bei den Mädchen immer wieder Schwierigkeiten gegeben hat, sie in Heimen unterzubringen. Jeder, der dann private Quartiere im letzten Moment beanspruchen muß, weiß, wie kostenaufwendig diese Quartiere für die Eltern sind.

Auch zu den Studienbeihilfen für Schüler höherer und mittlerer Anstalten kurz einige Bemerkungen. Es liegen zur Zeit für das Schuljahr 1969/70 rund 1800 Gesuche vor und weitere 300 sind noch für das 2. Schulhalbjahr zu erwarten. Von den zur Verfügung stehenden 2,8 Millionen Schilling des Jahres 1969 wurden für — das 2. Schulhalbjahr 1968/69 inklusive — 60 Freiplätze in den Landesschülerheimen rund 1,5 Millionen Schilling verbraucht, während der Rest von 1,3 Millionen Schilling nicht

voll ausreicht, um alle Gesuche für das erste Schulhalbjahr 1969/70 einer Erledigung zuzuführen. Im Voranschlag 1970 — und das ist erfreulich — ist eine Erhöhung der Post 291,701 ausgewiesen. Somit kann ab dem zweiten Schulhalbjahr 1969/70 eine Erhöhung der Einkommensgrenze von bisher 3000 S auf 3600 S vorgenommen werden. Von den im Schuljahr 1968/69 eingebrachten 2053 Ansuchen wurden 1449 aufrecht erledigt. Ablehnungen erfolgten aus verschiedenen Gründen und zwar in 215 Fällen wegen Einkommensüberschreitung, nur 98 wegen mangelhaften Lernerfolges, während 170 Fälle nur deshalb abgewiesen werden mußten, weil die Unterlagen trotz wiederholter Mahnungen nicht rechtzeitig eingebracht wurden. Zu bemängeln wäre eines bei dieser Förderung und zwar, daß die Einkommensbewertung bei der Einreichung von Anträgen auf Studienbeihilfen scheinbar nicht als gerecht befunden wird. Insbesondere bei studierenden Bauernkindern gibt es Härten, da scheinbar der Einheitswert, der als Grundlage zur Ermittlung des Einkommens aus der Land- und Forstwirtschaft gilt, wesentlich überbewertet wird. Es wäre daher notwendig, daß jene Beamten, die hier das Einkommen auf Grund des vorgelegten Einheitswertes berechnen, sich von Fachkräften vielleicht der Kammer oder sonstigen Fachkräften aus der Landwirtschaft beraten und sich hier dann eine Angleichung geben lassen. Es ist notwendig, daß dies eingeführt wird, denn sonst könnte es passieren, daß die Begabtenförderung zu einem leeren Gerede wird. Es wurde dazu auch eine gemeinsame Resolution eingebracht und ich fordere daher die Landesregierung auf, daß insbesondere hier bei der Einkommensbewertung zur Erreichung von Studienbeihilfen eine gerechte Regelung gefunden wird. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Brandl hat als nächster Redner das Wort. Nach ihm Herr Abg. Dr. Klausner.

**Abg. Brandl:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Februar dieses Jahres ist mit den Stimmen der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei eine Regierungsvorlage beschlossen worden, die einen Antrag auf Errichtung einer allgemeinbildenden Schule im Raum Mariazell abgelehnt hat. Ich muß dieses Problem aus mehreren Gründen noch einmal zur Sprache bringen. Ich muß in Erinnerung rufen, daß das Mariazeller Gebiet ein in sich abgeschlossenes Gebiet ist, das verkehrsmäßig sehr schwierig zu erreichen ist; daß darüber hinaus das Einzugsgebiet für die Schulen sowohl jetzt schon für die Hauptschule, aber auch noch stärker für eine Mittelschule weit hineinreicht in den niederösterreichischen Raum und daß bei den Begründungen dieser Regierungsvorlage gänzlich außer acht gelassen wurde, daß in Mariazell selbst bereits ein neues Bundesschullandheim gebaut wurde, das derzeit überhaupt nicht ausgelastet wird und wo ohne weiteres die Möglichkeit bestünde, die ersten Klassen für eine Mittelschule unterzubringen. Es hat sich auch der Bürgermeister von Mariazell — wiederum inbegriffen Bürgermeister aus dem niederösterreichischen Raum — mit diesem Problem be-

schäftigt, eine eigene Resolution wurde beschlossen und diese an das zuständige Referat der Landesregierung eingesandt, aber er hat, soweit ich informiert bin, keine Antwort darauf erhalten.

Die Bürgermeister stellen in ihrer Resolution fest: „Dieses Heim — sie meinen damit das Bundesschullandheim — könnte nicht nur aus schulischen Gründen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gemeinden sondern auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Bundes jederzeit teilweise in ein Internat verwandelt und sehr leicht für den Betrieb der ersten Klassen einer höheren Lehranstalt verwendet werden. Es ist den Bürgermeistern nämlich bekannt, daß ein solches Mittelschulinternat in Mariazell bei der Auswahl der entsprechenden Schultype entsprechenden Zuspruch aus allen Teilen der Elternschaft in Österreich haben würde.“

Es ist auch noch eine dritte, sehr entscheidende Frage, die in dieser Regierungsvorlage unberücksichtigt geblieben ist, die Schultype selbst. Hier würde es selbstverständlich den Fachleuten obliegen, jene Schultype auszusuchen, die für diesen Raum am geeignetsten wäre. Ich darf also ersuchen, daß hier noch einmal ernste Überlegungen angestellt werden und daß bei einem künftigen Mittelschulkonzept für Steiermark auch diese Begründungen berücksichtigt werden. (Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Dr. Klausner hat das Wort. Nach ihm Herr Abg. Karl Lackner.

**Abg. Dr. Klausner:** Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, noch einmal das Thema „Pürgg“ hier zu wiederholen. (Abg. Karl Lackner: „Das mache ich dann!“) Lieber Freund, Du hast mir das Wort aus dem Munde genommen, mir ist bewußt, daß Dir die sicherlich nicht leichte Aufgabe zugefallen ist, das, was dort vorgegangen ist, zu verteidigen. Wie das geschehen wird, darauf bin ich neugierig. (Landeshauptmann Krainer: „Wie klein-kariert ist das alles. Eine solche Diskussion hier abzuführen! Das Negative wird aufgezeichnet, darüber werden Listen geführt. Sie haben ja schon von Pürgg gesprochen!“) Nein, Herr Landeshauptmann, ich wärme das nicht auf. Warten Sie es ab, Herr Landeshauptmann. Sie wissen überhaupt noch nicht, was ich sagen will. Nicht ich werde darüber weiterreden, das wird also dem Freund Lackner überlassen bleiben, zu klären, was dort vorgegangen ist. Ich möchte nur eines sagen, Herr Landeshauptmann: Der Anspruch auf Unfehlbarkeit, den Sie gestern erhoben haben in Sachen der Schulbaupolitik und die Art und Weise, wie Sie hier die Verantwortung auf die Gemeinden überwältigt haben, kann zwar vielleicht bei manchen Bewunderung erwecken, richtig ist es deswegen trotzdem nicht. (Beifall bei der SPO.)

Darin liegt es ja in Wirklichkeit, meine Damen und Herren, daß hier einerseits sicherlich den Gemeinden, was den Umfang, die Art und Weise des Baukostenaufwandes und vielleicht auch den Zeitpunkt der Errichtung betrifft, manchenmal zu große Vögel vorschweben und sie über das Maß dessen, was vernünftig ist, hinausgehen. Auf der anderen Seite kann ja wirklich nicht bestritten werden, daß

die Gemeinde-Autonomie auf dem Sektor in Wirklichkeit nur im Zahlen besteht und sonst nur in sehr wenig. Letzten Endes ist es nun einmal so, daß in Wirklichkeit die Fehler der vergangenen 15 Jahre deswegen bis heute noch nachwirken und bis heute noch nicht behoben werden können, weil wir uns bis jetzt noch nicht zu einem Konzept der Konzentration entschlossen haben, das meiner Meinung nach unvermeidlich ist.

Ich könnte ja dem Herrn Kollegen Schaller einerseits meinen Dank dafür aussprechen, wie sehr er hier die Gedanken vertreten hat, die völlig dem sozialistischen Schulkonzept entsprechen (Abg. Ritzinger: „Das von der ÖVP abgeschrieben ist!“), ich möchte aber ruhig zugeben, daß es sehr erfreulich ist, diesen Ausführungen entnehmen zu können, daß wir im Sachlichen heute gar nicht weit auseinander sind.

Da wird ja in Wirklichkeit vielleicht noch um die eine oder andere Bezeichnung oder um das eine oder andere Detail gestritten, aber ich muß durchaus unterschreiben und unterstreichen, daß wir mit dem, was der Herr Kollege Schaller gestern hier gesagt hat, vollkommen einverstanden sind. Allerdings, meine Damen und Herren, kann ich das wirklich erst begrüßen und sehe ich einen Fortschritt erst dann, wenn wir uns auch über die Details einig geworden sind.

Denn von der Gemeindeebene her — und daran krankt ja das Thema Schulbau und Schulbauplanung besonders — ist es nun einmal so, daß man vom Generellen nicht sehr viel hat. Wo es ums Geld geht, geht es um die Details und nicht nur um die Details, sondern auch um Termine.

Schauen Sie, es ist hier sehr Schönes und auch Richtiges — und nicht nur Weihrauch — über die Berufsschulen gesagt worden und über das Berufsschulkonzept. Aber von der Gemeindeebene muß ich sagen, wir haben doch davon nur dann etwas, wenn wir auch zeitlich sehr genau wissen, wann wir die Bezirksberufsschulen auflassen können. In keiner Gemeinde gibt es heute praktisch — in keiner ist nicht richtig, aber in den meisten — genug Schulraum. Ich brauche nur meine eigene als Beispiel anführen. Wir müssen das „Mupäd“ — eine herrliche Abkürzung übrigens — provisorisch unterbringen. Rundherum gibt es zu wenig Schulraum. Wir haben 8 Klassen in der Bezirksberufsschule und wissen nicht, wann werden sie frei. Wir wissen zwar, daß wir sie zur Verfügung bekommen werden, aber was hilft uns das? Und da zu vermeiden, Gelder fehlzuinvestieren und einen Bauaufwand zu treiben, der dann womöglich überflüssig ist, das geht ja nur, wenn man sich auf eine Terminplanung einigen kann. Wie soll man das denn sonst machen?

Und auf der anderen Seite wissen Sie alle, daß die Gemeinden das Drängen der Eltern ja kaum aushalten. Wechselunterricht! Darüber brauche ich gar nichts zu sagen. Sie wissen ja alle, wie das ausschaut.

Ich möchte also doch vielmals bitten, daß es nicht nur bei den generellen, wenn auch sehr schönen und richtigen Ausführungen des Herrn Kollegen Schaller bleibt, sondern daß man sich über das Ge-

nerelle hinaus auch zur Erarbeitung der Details entschließt und daß diese Details auch die Terminfragen mit umfassen, weil uns auf der Gemeindeebene nur dann eine Fehlplanung erspart bleibt und geholfen werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Karl Lackner hat sich als nächster Redner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm Herr Landesrat Sebastian.

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Eine Einleitung ist, glaube ich, nicht mehr notwendig. Es ist hinlänglich bekannt, um was es geht.

Aber nachdem der Herr Abg. DDr. Götz, der jetzt leider nicht da ist — der zieht sich wahrscheinlich ein Steirergwandl an, stünd ihm a besser an, damit er ein bißchen steirischer denken könnt — so freundlich war und die Schule Pürgg richtig an den Haaren herbeigezogen hat und sich die Zeitung der FPÖ sogar die Freiheit genommen hat — das kommt wahrscheinlich von den „Freiheitlichen“ — eine Parte für die Schule in Pürgg hineinzugeben: „Die gestorbene Volksschule Pürgg und die tieftrauernden Hinterbliebenen, Landeshauptmann Kraizner und Karl Lackner“ — so muß ich schon dazu sagen: das Gebäude der Schule Pürgg ist nicht tot, das lebt und es lebt sogar sehr und wir werden dafür sorgen, daß dieses Gebäude bestimmt wieder einem Verwendungszweck zugeführt wird, der der Bevölkerung in Pürgg wirklich dient. (Abg. Scheer: „Baumschule!“) Wenn es auch keine Schule ist, das macht in dem Fall nichts.

Ich muß dazu folgendes sagen: Wenn man so draußen im Leben herumkommt, so wird gerade in der letzten Zeit sehr viel über die Politik und über die Mandatare gesprochen. Und man hat da oft nicht den besten Eindruck. Und ich muß sagen, daß wir steirischen Abgeordneten auch nicht alle Format haben oder daß wir mit Abstand stolz sein könnten, wie wir unsere Arbeit machen. Suchen wir nicht Läuse, die gibt es nicht mehr, meine Damen und Herren, seit wir DDT-Pulver haben. So besteht die Gefahr, daß wir irgendwo an Niveau verlieren, denn was man da jetzt tut, ist Läuse suchen! Fehler macht nur der, der etwas gearbeitet hat und der den Mut hat, etwas zu verantworten. Der nichts tut, kann nichts verantworten. (Beifall bei der ÖVP.) (Zwischenrufe von der FPÖ.) Warten Sie! Lassen Sie mich einmal reden. Wenn das alles als Fehlinvestition bezeichnet wird, dann muß man genau untersuchen, ob es wirklich so ist. Wieviele Fehlinvestitionen hat es in der letzten Zeit gegeben! Die Zeit rennt uns davon. Im Falle Pürgg dasselbe. Herr Kollege Lackner hat mit so treffenden Worten die Bedeutung der ländlichen Volksschulen geschildert, weil wir so viele Kinder in den hintersten Gräben haben, die begabt sind und auch Anspruch auf eine entsprechende Bildung haben und die Möglichkeit dazu haben müssen und genau der Fall trifft auf Pürgg zu. Ich will da jetzt keine Fremdenverkehrswerbung betreiben, aber Pürgg ist hinlänglich bekannt als das Kripperl der Steiermark oder des Ennstales, wo fleißige Bergbauern und tüchtige Menschen wohnen. Damals, als geplant

worden ist — Du hast es ja gesagt, der Herr Landesrat Koren —, das war schon vorgestern. Also vorgestern ist mit der Planung dieser Schule begonnen worden. Da waren die Verhältnisse ganz anders. Da hat kein Mensch davon geträumt oder gedacht, daß man Kinder mit einem Schulautobus woanders hinführen kann, weil die Mittel nicht dagewesen sind. Damals war die Gemeinde Pürggg nicht einmal in der Lage, im Winter die Schneeräumung durchzuführen und die Bevölkerung ist wochenlang abgeschlossen gewesen. In dieser Zeit ist der Bau dieser Schule begonnen worden. Inzwischen hat sich die Gemeinde freiwillig aufgelöst, sie hat sich angeschlossen und dadurch hat sich diese Situation ergeben. Es ist kein Versager! Das gibt es überall. (Abg. Scheer: „Das ist ja nicht nur in Pürgg so!“) Diese Dinge treten auf. Wieviele haben sich einen Fernseher gekauft, haben sich darüber gefreut und 14 Tage später ist der Farbfernseher dagewesen. Solche Böcke werden laufend geschossen. In diesem Fall ist es dasselbe. Man hat das Beste gewollt. Wenn wir an diesem Wollen festhalten, dann ist es möglich, daß vielleicht hie und da etwas passiert, was nicht sein soll. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Herr Landesrat Sebastian hat das Wort. Nach ihm Herr Abg. Schaller.

**Landesrat Sebastian:** Meine Damen und Herren!

Die Frau Abgeordnete Egger, die von mir so sehr geschätzt wird (Dr. Klausner: „Keinen Flirt im Landtag!“), hat schon im Finanz-Ausschuß gemeint, daß ich mich um die von der katholischen Kirche geführten Heime zu wenig bemühen würde, daß ich sie benachteilige und Sie haben gefragt, ob die Vorschulen dieser Internate von mir auch eine Subvention bekämen. Ich habe gesagt „nein“. Ein Nein ist meinem Dafürhalten nach eine sehr klare Antwort. Ich habe allerdings auch gesagt, sie bekommen eine Subvention im direkten Wege und ich überlasse das der Schwesternschaft, ob sie die Schule oder die Vorschule damit finanziert. Ich habe darauf hingewiesen, daß außerdem die Landesregierung dadurch eine indirekte Förderung vornimmt, daß die Schülerinnen dann die Verpflichtungen dem Land gegenüber nicht zu erfüllen brauchen und habe gemeint, diese Aufklärung würde sowohl der Institution dienen, als auch der Frau Abgeordneten. Die Frau Abgeordnete Egger hat aber gestern hier im Hause auch wieder so die Frage an mich gerichtet, daß die Öffentlichkeit den Eindruck haben müßte, daß ich bewußt diese von der katholischen Kirche geführten Schulen benachteiligen würde. Sie haben auch so geschlossen.

Wenn Sie es genau wissen wollen und mich nicht verstanden haben im Ausschuß, dann bekommen Sie jetzt die genaue Antwort.

Neben den Subventionen, die im Budget vorhanden sind und die Sie ausgewiesen gesehen haben, machen wir bei der Werbung, die vom Land her gemacht wird, sei es die Pressewerbung, Film, Rundfunk oder Fernsehen, keinen Unterschied. Auch in unseren Prospekten werben wir nicht nur für die

Schulen des Landes, sondern nehmen auch diese Internate hinein, das heißt daß diesen Vorschulen und Internaten keinerlei Werbekosten erwachsen. Diese werden vom Land getragen. Das Land bezahlt weiters ohne Unterschied ob das eine Rote-Kreuz-Schwester, eine Luisenschwester oder Theresianschwester ist, das Taschengeld für diese Schülerinnen. (Abg. Egger: Für die Vorschülerinnen habe ich gesagt!“) Ich komme noch zu den Vorschülerinnen. Haben Sie Geduld! Ich sage es Ihnen jetzt ganz genau. Ich hoffe, Sie werden es verstanden haben. Das Land bezahlt die Sozialversicherung, das Land bezahlt die Ausbildung all dieser Schwestern, das Land bezahlt die Dienstkleidung und dazu kommt die Freistellung. (Abg. Egger: „Das habe ich gestern festgestellt!“)

Wenn ich jetzt den Schnitt nehme, so kostet uns die Ausbildung einer Schwester 3 Jahre hindurch 30.000 S — ohne Werbekosten. Multiplizieren Sie das mit 237 Luisenschwestern z. B., dann kommen Sie auf einen Betrag von 7.110.000 S in 3 Jahren oder wenn Sie es durch drei dividieren auf 2.307.000 S im Jahr. Wenn Sie die Theresianschwestern mit 86 nehmen, brauchen Sie nur mit 86 multiplizieren. Sie sehen dann, was diese Schwesternschaften bekommen, ohne daß es ausgewiesen ist.

Nun sagen Sie, ja die Vorschule, von der habe ich gesprochen. Das ist es, was ich Ihnen ersparen wollte und was ich in meiner Antwort gesagt habe, daß ich es der Schwesternschaft überlasse, was sie mit der Subvention tut. Nach dem Krankenpflegegesetz, nach der Novelle 1969, § 24 Abs. 1, wäre weder die Luisenschwesternschaft noch die Theresianschwesternschaft berechtigt, eine Vorschule zu führen. Eine Vorschule kann nämlich nur der Rechts-träger einer Krankenschwesternschule führen, also das Land Steiermark. Erwarten Sie von mir nicht, daß ich an Institutionen Steuermittel gebe, die nach dem Gesetz nicht bestehen dürfen. (Landeshauptmann Krainer: „Subsidiaritätsprinzip!“) Stehen Sie zum Gesetz Herr Landeshauptmann! Auch subsidiär darf sie keine Vorschule führen. (Abg. Egger: „Was würden Sie machen, Herr Landesrat, wenn wir nicht die katholischen Schwestern hätten? Wie groß wäre das Defizit der Landesspitäler, wenn wir nicht die Ordenschwestern hätten!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Hier geht es um die Vorschule. (Abg. Pözl: „Herr Landesrat, diese Arroganz einem Abgeordneten gegenüber steht einem Regierungsmitglied nicht zu.“ — Beifall bei der ÖVP — Zwischenrufe von der SPÖ — Pözl: „Wir wollen keine Belehrungen, wir wollen Aufklärungen!“ — 2. Präsident Afritsch: „Von mir hätten Sie einen Ordnungsruf bekommen!“ — Abg. Scheer: „Diese Aufklärung habe ich auch verlangt!“ — Präsident: Glockenzeichen — „Ich bitte die Herren Abgeordneten, sich zum Wort zu melden und die dauernden Zwischenrufe zu unterlassen!“ — Zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe — Glockenzeichen des Präsidenten.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus! Ich fürchte sehr, daß ich nicht in der Lage sein werde, die Wo-

gen etwas zu glätten. Ich wollte mich eigentlich kein zweites Mal zu Wort melden. Aber ich muß schon sagen, ich bin ein wenig erschüttert über das zeitweilige Niveau der Schuldiskussion, angefangen vom Herrn Abg. Heidinger bis zum Herrn Abg. DDr. Götz. Es ist doch wirklich ein Anachronismus, meine Herren, daß heute Probleme diskutiert werden, die wirklich nicht unsere Probleme sind. Die Diskussion zur Frage der Schule und Pflichtschule ist doch auf die Vergangenheit ausgerichtet gewesen. Sind denn das wirklich die einzigen Probleme dieses Landes und dieses Hohen Hauses hier? Ist es das einzige, was Sie uns vorzuwerfen haben, daß eine, zwei, oder vielleicht auch fünf Schulen zu viel gebaut worden sind? Wenn in der Zeit von 1945 bis 1965 vielleicht zweihundert oder dreihundert oder fünfhundert Schulen gebaut worden sind? Ich werde den Verdacht nicht los, daß hier billige Wahlmunition geliefert werden soll, um dem Herrn Landeshauptmann bei dieser Gelegenheit einiges auszuwischen. Wo sind denn die Fragen der Zukunft der Bildung unseres Landes? Wo werden also hier Probleme diskutiert, wie etwa die gewaltigen Anstrengungen zur Bildungsreform oder zur Errichtung zentraler Schulmittelpunkte? Oder wo ist etwa ausführlich und gediegen die Frage der Beseitigung von immer noch bestehenden Bildungsgefällen diskutiert worden? Oder wo gab es eine Diskussion zur Frage der Finanzierung der Bildungsgesellschaft? Hohes Haus! Wir haben viele andere Probleme. Ich denke auch an das Verkehrsproblem. Im Zeitalter der Mondfahrt muß es doch auch möglich sein, das Verkehrsproblem für Schüler aus Berggebieten zu lösen.

Es wäre dem Hohen Haus und auch dem Land Steiermark zu wünschen, nicht nur einzelne Fehler der 50er oder 60er Jahre genüßlich auszukosten, sondern lieber am Beginn des siebenten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts die Probleme des Jahres 2000 zu diskutieren. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident** Herr Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren hat als nächster Redner das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren:** Hohes Landtag! Ich möchte zunächst ein Mißverständnis beseitigen, das vielleicht nach den Ausführungen des Herrn Abg. Scheer jetzt im Hohen Hause vorhanden sein könnte.

Es liegt mir völlig fern, das Fragerecht oder die Fragepflicht eines Abgeordneten überhaupt nur anzutasten. Ich möchte mich dagegen wehren, daß ich irgend etwas bagatellisiere, weder den Landtag, noch den Präsidenten, noch irgendein Mitglied dieses Hohen Hauses. Denn ich bin mir vollkommen bewußt, welcher Ordnungsfaktor unserer demokratischen Freiheit auch in dieser Institution verkörpert ist, an dessen Integrität wir alle interessiert sind. Wenn ich die Frage des Herrn Abg. Scheer nicht sozusagen „postwendend“ im Ausschuß beantwortet habe, so liegt das zunächst einmal an der Unklarheit in der Formulierung, weil ich wirklich nicht gewußt habe, wer hier zuständig ist. Es sind die Begriffe der Errichtung und der Erbauung nicht klar voneinander getrennt gewesen. Das war das

eine. Und das andere, daß muß man mir wohl auch zugute halten, ich bin wirklich nicht in der Lage, aus dem Gedächtnis das, was vom Jahre 1945 an geschehen ist, einfach zu präsentieren. Ich mußte mich natürlich — soweit ich mich jetzt hier angesprochen fühle — erkundigen und es ist mir selbstverständlich möglich gewesen, festzustellen, wieviele Schulen seit 1945 gebaut worden sind, aber es ist mir nicht möglich gewesen, festzustellen, wieviele Schulbauten durch diese Neu- und Umbauten überflüssig geworden sind und einem anderen Zweck zugeführt worden sind. Aber vielleicht ist das auch nicht das Entscheidende gewesen.

Ich möchte nur der Ordnung halber feststellen, um diese Antwort zu geben, es wurden in der Steiermark bis 1969 170 Volksschulen und 66 Hauptschulen neu gebaut. Das ist die Erhebung von 1955 bis 1969. Es wurden umgebaut und instandgesetzt 341 Volksschulen und 7 Hauptschulen. Zubauten wurden errichtet an 41 Volksschulen und an 5 Hauptschulen. Durch diese Neubauten sind, wie ich gesagt habe, verschiedene alte Schulbauten überflüssig geworden. Sie wurden entweder verkauft oder weggeschoben, wie etwa in Lieboch oder leider manchmal auch als Wohnungen vermietet und vergeben: ein altes Schulhaus ist ja kein ideales Wohnhaus.

Die wirkliche Zweckentfremdung, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, weil er ja gefallen ist, eines neu errichteten Gebäudes ist mir lediglich bekannt aus Pürgg, aus Pesen und aus Wetzawinkel. Über die Dinge ist aber gestern, glaube ich, ausgiebig verhandelt worden. Soviel zur Anfrage des Herrn Abg. Scheer.

Auch Frau Abg. Prof. Hartwig wird sicher der Meinung sein, daß ich ihre Rede von gestern nicht bagatellisiere, wenn ich auf sie nicht eingehen kann. Sie hört mir nicht zu. Das kränkt mich sehr. Aber ich nehme an, das, was Sie gestern an schulkritischen Aspekten vorgetragen haben, haben Sie eigentlich hier im Hause nicht zur Diskussion gestellt. Ich würde mich auch aus der Verantwortung, die ich auf diesem Platze vertrete, nicht kompetent fühlen. Sie wissen, daß der ganze Fragen-Komplex, den Sie angeschnitten haben, jenseits der außerhalb dieses Hauses behandelt wird. Was Sie gesagt haben, gehört ja zu den Problemen, mit denen sich die Schulreformkommission beschäftigt, die auf Grund eines Parlamentsbeschlusses eingesetzt wurde und in deren Rahmen diese Fragen auch immer wieder diskutiert werden.

Aber zu Ihrem konkreten Anliegen darf ich vielleicht ganz kurz Stellung nehmen: Es ist Ihnen, oder den Damen und Herren, die dem Landesschulrat angehören, wohl bekannt, daß der von der Landesschulbehörde 1958 aufgestellte Reihungsplan für Neubauten von höheren Schulen eingehalten wurde. Eine einzige Ausnahme wurde gemacht und zwar handelte es sich dabei um das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium in Köflach, das vorgereicht werden mußte, weil einfach die sogenannte „Explosion“ der Schülerzahl das notwendig machte und weil andererseits auch die mit großen Opfern der Stadtgemeinde Köflach durchgeführte provisorische Lösung einmal ein Ende finden mußte.

Was nun Ihr Gymnasium anlangt, das Bundesgymnasium für Mädchen, wird es nach der Durchführung des Neubaus des Bundesgymnasiums in Judenburg zum Zuge kommen. Dieser Komplex fand auch dadurch Verzögerung, weil die Grundstücksfrage — einmal Dominikanerkaserne, einmal Karlauerplatz — nicht rasch genug geklärt werden konnte. (Abg. Prof. Hartwig: „Ich habe nur gebeten, daß es jetzt dabei bleiben kann!“) Es bleibt dabei.

Den Herrn Abg. Klobasa möchte ich bitten, in Erinnerung zu rufen, daß der Herr Unterrichtsminister Dr. Mock die Errichtung vordringlicher Schulbauten im Leasing-Verfahren auch bei Bauten für höhere berufsbildende Schulen angewendet wissen will. In diesem Zusammenhang wurde auch der Landesschulrat für Steiermark vor etwa 4 Wochen beauftragt, Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Feldbach zu führen. Das Raum- und Funktionsprogramm für die zu errichtende Handelsakademie und Handelsschule in Feldbach wurde längst aufgestellt und es fand auch in dieser Sache vor 3 Wochen eine entsprechende Verhandlung im Bundesministerium für Unterricht statt. Und es wird eine solche auch am kommenden Donnerstag und Freitag im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Schulen in der Steiermark im Bundesministerium neuerlich stattfinden.

Das Raum- und Funktionsprogramm wurde bereits am 19. 2. 1968 dem Bundesminister für Unterricht vorgelegt. (Abg. Klobasa: „Der Minister kann doch im Jahre 1969 nicht das Gegenteil behaupten!“)

Nun, was die Frage des Englisch-Unterrichtes im zweiten Klassenzug anlangt, so kennen wir den Wunsch aus der Eisenwurzen, Herr Abg. Laurich, zwischen St. Peter-Freienstein und Vordernberg Sie wissen, daß die Führung des Englisch-Unterrichtes im zweiten Klassenzug der Hauptschulen ein Freigegegenstand ist und nur dann geführt werden darf, wenn eine entsprechende Schüleranzahl zustandekommt.

(Abg. Gerhard Heidinger: „Der Herr Ritzinger fordert die Europamatura!“ — Landeshauptmann Kraimer: „Warum nicht?“)

Nun haben wir aber einen großen Mangel an Englischlehrern. Es ist der Umstand zu berücksichtigen, daß kaum 2 oder 3 Schüler von der 1. Klasse 2. Klassenzug in die 2. Klasse 1. Klassenzug übertreten. Daher ist es nicht vertretbar (analog wie auch in den anderen Bundesländern), derzeit Englischunterricht im 2. Klassenzug bis zur 4. Hauptschulklasse zu führen. Wohl aber hat der Landesschulrat generell keinen Einwand erhoben, daß zumindest in der 1. Klasse 2. Klassenzug Englisch geführt wird, damit vielleicht dem einen oder anderen Schüler die Übertrittsmöglichkeit in die 2. Klasse 1. Klassenzug nicht genommen wird.

Zur Frage des Maschinschreibunterrichts in Eisen- erz: Auch hier handelt es sich um einen Freigegegenstand. Nach den gesetzlichen Richtlinien ist eine Mindestschülerzahl dafür erforderlich, daß dieser Freigegegenstand genehmigt wird. Ich gebe ihnen recht, daß hier ein Mißverhältnis mit der Realität zu finden ist, denn wenn eine ganze Klasse sich für einen Freigegegenstand meldet, dann wird dieser Freigegegenstand akzeptiert, auch dann, wenn etwa

nur 17 Schüler in dieser Klasse sind. Hier in Eisen- erz sind es die 25 Schüler, für die es nicht möglich ist, die generelle Genehmigung für die Führung dieses Freigegegenstandes zu erhalten. (Abg. Schön: „Herr Landeshauptmann, warum werden diese Schüler an die Volkshochschulen verwiesen und dort von Lehrern aus Volks- oder Hauptschulen unterrichtet?“) Ich habe Ihnen gesagt, es bestehen die zwingenden gesetzlichen Bestimmungen, daß ein Freigegegenstand nur dann geführt werden kann, wenn die entsprechende Schülerzahl vorhanden ist. Diese ist nicht vorhanden. Der einzige Weg, den wir gehen können — ich bestreite nicht die Berechtigung Ihres Wunsches — ist es, das Gesetz zu novellieren, daß es uns hier eine größere Elastizität gibt, um solchen Wünschen gerecht zu werden. (Abg. Schön: „Auf zur Novelle!“)

Die Vorbereitungsarbeiten für den Baubeginn des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums Köflach und Judenburg sind abgeschlossen, so daß, wie aus Pressemeldungen des Unterrichtsministeriums hervorgegangen ist, 1970 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Meine Damen und Herren, ich hätte Sie gerne von meiner Ansprache erlöst, aber es sind Fragen aufgeworfen worden, zu denen ich Stellung nehmen muß. Es sind Unklarheiten, nicht nur im Hohen Haus, wo, so glaube ich, wir uns letzten Endes verstehen, sondern auch in der Bevölkerung: vor allem was die Errichtung von Pflichtschulen und Schulbauten anlangt, die immer wieder verwechselt werden. Ich muß feststellen, daß Irrtümer und Begriffsverwechslungen hinsichtlich der Errichtung von Pflichtschulen und der Bewilligung von Bauplänen für Schulbauten auftreten. Bei der Errichtung von Pflichtschulen und dem Bau von Schulgebäuden ist folgende Vorgangsweise zu unterscheiden:

Errichtung von Pflichtschulen. Hier kommt praktisch nur die Errichtung von Hauptschulen in Frage, meine Damen und Herren, da bei Volksschulen nur mehr Auflassungen zu behandeln sind, weil es im Sinne unserer Schulgesetzgebung und im Sinne einer Entwicklung darum geht, die niederorganisierten Volksschulen womöglich aufzulassen und die Kinder in höher organisierte Schulen zu bringen. Die Errichtung einer Pflichtschule ist ein formeller Akt, der nur die Gründung und Festsetzung der örtlichen Lage der zu errichtenden Pflichtschule umfaßt. Zuständig für die Errichtung ist einzig und allein die Gemeinde im eigenen Wirkungskreis. Die Landesregierung hat dann zwar dem gefaßten Gemeinderatsbeschluß auf Errichtung einer Pflichtschule noch die Bewilligung zu erteilen, aber es sind ihr hier nach den Bestimmungen des steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetzes sehr enge Grenzen gesetzt. Vor allem für eine allfällige Ablehnung, da die Gemeinde beim Vorliegen einer bestimmten Schülerzahl einen Rechtsanspruch auf die Errichtung von Pflichtschulen hat und die Landesregierung daher bei Erfüllung der Mindestvoraussetzungen keine Möglichkeit einer Ablehnung besitzt. Das Amt kann daher nur vor der Durchführung entsprechender Gemeinderatsbeschlüsse bezüglich der Gründung von Pflichtschulen insofern Einfluß nehmen, als es auf Grund des vorliegenden Gesamtschulkonzeptes einerseits den vorgesehenen Standortgemeinden von Pflichtschulen nahelegt, ent-



sprechende Errichtungsbeschlüsse zu fassen und andererseits jenen Gemeinden, die nach dem erwähnten Gesamtschulkonzept für die Errichtung einer neuen Pflichtschule nicht in Frage kommen, empfiehlt, von dieser Schulgründung Abstand zu nehmen. Diese Vorgangsweise wird seit längerer Zeit praktiziert und hat die besten Erfolge gezeigt. Auf diese Art wurde eine Reihe von Schulgründungen in solchen Orten in die Wege geleitet, in welchen auf Grund der gegebenen Voraussetzungen ihr Bestand gerechtfertigt ist. Soviel über das Verfahren bezüglich der Errichtung von Pflichtschulen.

Nun die Bauplanbewilligungen: Nach Durchführung des formellen Aktes der Gründung einer Pflichtschule (des Rechtsaktes) fällt der Bau dieser Pflichtschule wieder in die alleinige Zuständigkeit der betreffenden Gemeinde. Die Landesregierung ist nach den einschlägigen Bestimmungen des Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetzes zwar zur Erteilung der Bewilligung von Bauplänen für Schulbauten berufen. Aber es sind ihr ebenfalls gewisse Grenzen gesetzt, da sie die Baupläne lediglich vom Standpunkt der pädagogischen Schulhygiene zu beurteilen hat. Wenn die Voraussetzungen in dieser Hinsicht erfüllt sind, so ist die Landesregierung verpflichtet, die Baupläne zu bewilligen oder die Gemeinde hat einen Rechtsanspruch auf Bewilligung der von ihr vorgelegten Baupläne. Wird also ein entsprechend großes Bauvorhaben zur Entscheidung vorgelegt, so hat nach der derzeitigen Gesetzeslage, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, die Landesregierung keine Möglichkeit, zu aufwendige Baupläne aus diesem Grund abzulehnen. Das muß eindeutig und ausdrücklich festgestellt werden. (Abg. Dr. Klauser: „Aber Geld muß sie ihr keines geben, Herr Landeshauptmann!“) Von mir hat leider noch keine eines bekommen. (Landesrat Sebastian: „So billig kann man es nicht machen!“ — Landeshauptmann Krainer: „Was ist billig?“ Landesrat Sebastian: „Es ist keine Schule, die in den Aufsichtsbereich des Landesrat Bammer gehört, zur Diskussion gestanden!“ — Landeshauptmann Krainer: „Fürchtbar, wie Ihr angerührt seid! Das ist schrecklich!“ — Präsident: „Herr Landesrat Sebastian, der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat das Wort!“)

Um aber die Gemeinden zu verhalten, in ihrem eigenen Interesse Schulbauten in einem vernünftigen Maß durchzuführen, hat die Schulabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung in den letzten Jahren für die Bewilligung von Bauplänen folgende Vorgangsweise eingeführt und zwar Erstellung eines Raumerfordernisprogrammes der Gemeinden. Die Gemeinden wurden eingeladen, vor der Planung von Schulbauten das Raumerfordernisprogramm dem Amt bekanntzugeben. Dieses wird von der Schulabteilung des Amtes im Hinblick auf die Geburtenentwicklung und mit Rücksicht auf das bestehende Schulkonzept geprüft. Es wird dann unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ein Mindestraumprogramm aufgestellt und dieses der Gemeinde bekanntgegeben. Damit erfolgt bereits eine Einschränkung des Bauvorhabens. Dann kommt die Verhandlung an Ort und Stelle. Vor der bescheidmäßigen Erteilung der Bauplanbewilligung wird an Ort und Stelle eine mündliche Verhandlung durchgeführt, bei der neuerlich alle

Aspekte in diesem Zusammenhang von den zuständigen Sachverständigen geprüft werden. Erst nach Durchführung dieser Verhandlung, bei der die Gemeinde Gelegenheit hat Stellung zu nehmen, erfolgt die bescheidmäßige Erledigung auf Grund der Bestimmungen des Steiermärkischen Pflichtschülerhaltungsgesetzes. Die Schulabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung hat alle Rechte und Möglichkeiten ausgenutzt, um Fehlinvestitionen bei Schulbauten hintanzuhalten, wobei die von der Schulabteilung getroffenen Maßnahmen noch insofern unterstützt werden, als durch den Herrn Landeshauptmann bei der Ausschüttung von Bedarfszuweisungen an die ihm unterstellten Gemeinden auf die entsprechenden Berichte der Schulabteilung Bedacht genommen wird.

Es wäre noch manches zu sagen über die Reorganisation des Pflichtschulwesens, aber das will ich Ihnen ersparen. Ich möchte nur ganz kurz und abschließend dem Herrn Abgeordneten Schrammel danken, daß er als einziger Redner in der ganzen Schuldebatte auch die Landesschülerheime erwähnt hat. Ich glaube, es ist so, wie bei einer anständigen Frau, von der man nicht spricht, aber man weiß, wie notwendig ihre Arbeiten sind. Ich glaube, daß es sich hier um eine Einrichtung des Landes handelt, um die uns andere Bundesländer beneiden. Es gibt kein Bundesland, das als freiwillige Leistung 9 Schülerheime unterhält, in denen fast 800 Schüler eine Wohnstätte finden und zwar solche, die nicht bei ihren Eltern wohnen können, wenn sie eine höhere oder mittlere Schule besuchen. Unter diesen 800 befinden sich 60 Freiplätzeinsassen, die Freiplätze konsumieren, die im steirischen Gedenkjahr 1959 als Erzherzog-Johann-Stiftung und dann im Hans-Kloepfer-Gedenkjahr für die Grenzlandkinder insbesondere von der Steiermärkischen Landesregierung gestiftet worden sind. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß wir diese Heime haben. Es ist erfreulich, mit welchem Vertrauen die Eltern ihre Kinder in diese Heime schicken. Natürlich sind auch diese Heime mit Sorgen beladen. Zu diesen Sorgen gehört es, daß ja gerade die Eltern, die ihre Kinder in unsere Heime schicken, nicht zu den finanziell bestgestellten Kreisen gehören und daß daher für sie die Bezahlung der Heimgebühr von 850.— S in manchen Fällen eine schwere Belastung ist. Ich kann Ihnen mitteilen, daß wir in Erkenntnis dieser Tatsache ab 1. 2. 1970 die Erhöhung der Einkommensgrenze für Stipendien vorgesehen haben, obwohl wir jetzt auch schon großzügig und elastisch die Richtlinien behandelt haben, damit doch ein größerer Kreis von Studierenden oder Eltern von Studierenden in den Genuß dieser Beihilfen und dieser Bonifikationen in den Schülerheimen kommt.

Das wollte ich noch sagen, weil es sich hier auch um einen besonderen Posten im Landesvoranschlag handelt. Es ist auch eine Sache, die wir nicht nur übernommen haben, um sie als notwendige Pflicht weiterzupflegen, sondern Sie sehen aus der Million Schilling, die im ao. Voranschlag für die Errichtung eines Schülerheimes in Admont vorgesehen ist, daß wir auch am weiteren Ausbau und an der weiteren Entwicklung dieser segensreichen Einrichtung des Landes interessiert sind und bestrebt sind, ihr zu dienen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Landesrat Peltzmann hat sich als nächster Redner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Peltzmann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1964 haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Berufsschulorganisationsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz war die Grundlage geschaffen, um das Berufsschulwesen, die Errichtung und Einrichtung von Berufsschulen in der Steiermark vor auszuplanen. Das ist seit 1965 auf Grundlage des Zahlenmaterials von 1964 geschehen. Ich habe 1965 diesen Entwurf einer Gesamtplanung des Berufsschulwesens in der Steiermark der Regierung und ich glaube, auch beim Voranschlag 1965 dem Hohen Hause vorgetragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie es mit jeder Planung geschieht und wenn es sich um ein lebendiges Wesen handelt — und das stellt auch der Berufsschulsektor dar — geht die Zeit darüber hinweg und es ändert sich das eine oder das andere. Ich bin stolz darauf, daß wir heute sagen können, daß wir im Grundsätzlichen dieser Planung gerecht werden konnten, obwohl sich inzwischen ein Wandel in der Lehrlingszahl in der Steiermark ergeben hat. Wir können aber heute — und das ist das, was ich begrüße — fast wieder mit den gleichen Zahlen rechnen, die uns die Grundlage zu dieser Planung gegeben haben. Natürlich — und hier möchte ich auf die Gesamtplanung im Schulwesen überhaupt zurückkommen — hat sich auch bei uns manches geändert. Waren in der Planung noch 2 Landesberufsschulen für den Handel vorgesehen, so hat die Entwicklung gezeigt, daß wir mit zweien nicht auskommen, sondern daß wir auch noch eine dritte dazuplanen müssen, um allen Lehrlingen der Sparte „Handel“ eine lehrgangsmäßige Ausbildung zu gewährleisten.

Nach dieser Planung und nach der Finanzierung konnten wir feststellen, daß wir zur Endlösung, d. h. um alle Lehrlinge in lehrgangsmäßige Schulen einzuschulen, ca. noch 6—7 Jahre benötigen würden. Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß durch die Errichtung einer zusätzlichen Handelsschule sich dieser Termin noch weiter hinausschieben würde — die dritte Schule war nicht vorgesehen — so daß wir bei gutem Willen erst 1979 in der Lage gewesen wären, den Großteil der steirischen Lehrlinge in lehrgangsmäßigen Schulen einzuschulen.

Ich habe darauf der Rechtsabteilung 13 den Auftrag gegeben, zusammen mit der Bauabteilung eine neue Berechnungsgrundlage aufzustellen, um den Zeitraum zu verkürzen. Und hier komme ich auf die Anregung von Herrn Abgeordneten und Bürgermeister Klausner. Nur, wenn wir die Aktion abschließen, zu dem Zeitpunkt sind auch wir erst in der Lage, den Gemeinden zeitmäßig an die Hand zu gehen, indem wir feststellen, die und die Bezirksberufsschule wird wahrscheinlich mit dem und dem Schuljahr aufgelöst. Die Berechnungen ergaben: Wenn in den nächsten drei Jahren 120 Millionen Schilling für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden, könnten die noch fehlenden Berufsschulen und zwar die für die Kleidermacher, für die Friseure und das Nahrungsmittelgewerbe, in einem kürzeren Zeitraum errichtet werden, so daß mit der Ein-

schulung in lehrgangsmäßigen Schulen im Schuljahr 1974, spätestens 1975 gerechnet werden kann.

Ich habe diesen meinen Standpunkt dem Regierungsklub der Österreichischen Volkspartei vorgetragen und habe bei meinem Klub volles Verständnis gefunden.

Nun, Herr Abg. Loidl, ich werde jetzt die einzelnen Fragen, die an mich gerichtet wurden, beantworten. Wenn Sie hier dem Herrn Finanzreferenten den Dank ausgesprochen haben für die Einsicht, muß ich sagen, daß es sehr lange gebraucht hat. (Abg. Loidl: „Sie behaupten immer etwas Falsches! Ich habe nicht den Dank ausgesprochen, sondern ich habe gesagt, ich hoffe, daß es dem Finanzreferenten gelingen wird, die Mittel zeitgerecht und ausreichend zur Verfügung zu stellen! Das ist nicht das Gleiche, was Sie gesagt haben!“)

**Präsident:** Herr Abg. Loidl das war ein langer Zwischenruf.

**Landesrat Peltzmann:** Herr Abg. Loidl, ich schließe mich dann Ihrer Hoffnung an, weil es mir leider Gottes nicht möglich war, . . . (Abg. Loidl: „Dann sind wir uns einmal einig!“) — bitte, ich habe mir das so aufgeschrieben, aber wir können ja im Protokoll nachschauen, wer recht hat — (Abg. Loidl: „Sie richten es sich immer so, wie es Ihnen paßt!“) ich muß also sagen, ich bin leider nicht so weit, daß ich sagen kann, die finanziellen Mittel sind gesichert, im Voranschlag 1970 wurde die erste Tranche als Anleihe aufgenommen. Ich glaube, das sehen Sie dadurch, daß im Voranschlag des Finanzreferenten für diesen Zweck noch 20,7 Millionen Schilling drinnen waren und heute haben wir 40,7 Millionen Schilling für den gleichen Zweck im außerordentlichen Haushalt.

Nun, was wollen wir damit bezwecken? Wir wollen den Zeitraum verkürzen, die Übergangszeit von Tagesschulen in lehrgangsmäßige Schulen, um damit auch echte Einsparungen zu erzielen und dem größten Teil der steirischen Lehrlinge eine bessere und gediegenere Ausbildung zuteil werden zu lassen.

Nun, Sie sagten auch, Herr Abg. Loidl, — ich glaube nicht, daß ich Sie zwanzigmal mißverstanden habe — daß man sich um den Lehrling an und für sich zu wenig kümmere und daß die Ausbildung in den einzelnen Betrieben sehr unterschiedlich vor sich gehe. (Abg. Loidl: „Das habe ich gesagt!“) Das muß ich vollkommen bestätigen, denn es wäre anders auch gar nicht möglich bei einer Lehrlingszahl von 26.000, wovon rund 24.500 beim Handel, im Gewerbe und in Fremdenverkehrsbetrieben ausgebildet werden.

Leider Gottes —, und ich muß das heute wieder feststellen — daß die Industrie auch zur Zeit nur rund 1500 Lehrlinge in der Steiermark ausbildet. (Abg. Loidl: „Im Betrieb kümmert man sich oft zu wenig, habe ich gesagt, nicht Sie kümmern sich zu wenig!“) So lassen Sie mich doch weiterreden, Herr Abg. Loidl. Ich will ja Ihre Fragen beantworten. Ich bin ja gerade dabei, aber Sie lassen mir nicht die Zeit dazu. Warum sind Sie so nervös heute? Es ist ja erst vormittag. Ich würde das nach acht Uhr abends verstehen!

Nun, ich glaube, daß das Lehrlingswesen, wie es sich in Österreich und in den meisten europäischen Staaten entwickelt hat, auf einen Dreiklang aufzubauen ist: Das ist das Elternhaus, der Betrieb und die

Schule. Und dieser Dreiklang muß irgendwie zusammenstimmen, denn wenn nur eines davon nicht in Ordnung ist, gibt es natürlich einen Mißklang, den man von unserer Seite her schwer ausbügeln kann. Sie sagten auch, daß wir zu wenige Lehrlinge haben und daß die Lernberufe zu wenig attraktiv sind. Hier sind wir gewissen Modeerscheinungen unterworfen. (Zwischenruf des Abg. Loidl.) Entschuldigen Sie, ich widerspreche Ihnen ja nicht, daß Sie etwas falsch gesagt haben. Daß keiner Rauchfangkehrer werden will, Herr Loidl, das wissen wir leider Gottes, obwohl es auch ein schöner Beruf ist. Fast jeder will Mechaniker lernen. Das ist auch bekannt. Aber wir können vor allem feststellen, daß die Lehrlingsberufe Koch und Kellner von Jahr zu Jahr zunehmen; obwohl das ein sehr harter Dienstleistungsberuf ist, spricht er doch viele junge Menschen in der Steiermark an. Dadurch können wir die Weiterführung unserer Fremdenverkehrsbetriebe sichern. Es zeigt sich, daß die Schulplanung für Bad Gleichenberg und zwar für die Gastgewerbeschule in Bad Gleichenberg mit der Entwicklung nicht Schritt halten konnte, so daß wir gezwungen waren, voriges Jahr noch Klassenzimmer zur Verfügung zu stellen und von seiten der Internatsleitung her Internatsstockbauten auszuführen. Ich möchte nur sagen, daß es immer wieder vorkommen wird, weil eine Schule ein lebendiges Wesen ist und wir uns diesem Wesen anzugleichen haben und nicht umgekehrt, so daß es auch bei bester Planung geschehen kann, wie das Gleichenberg zeigt, wo man es vor drei Jahren nicht für möglich gehalten hat, daß eine derartige Zunahme auf diesem Sektor stattfinden wird, die unsere Planung über den Haufen wirft. Die Frage, ob die heutigen Berufsschulen in der Lage sind, mit der modernen Entwicklung Schritt zu halten, bejahe ich. Ich möchte feststellen, daß hier besonders die technischen Berufsschulen eine moderne Einrichtung aufweisen, wie sie selten ein Ausbildungsplatz, ganz gleich, ob beim Handwerk oder in der Industrie, hat. Daß unsere Lehrer hier mithalten können, möchte ich ebenfalls feststellen. Die Berufsschullehrer sind der einzige Sektor auf dem Pflichtschullehrergebiet, die ein Jahr bezahlten Urlaub bekommen, um ihrer Ausbildung in der berufspädagogischen Anstalt nachzukommen. Nicht nur das, sondern ich muß immer wieder feststellen — mit Freude —, daß viele Berufsschullehrer einen Teil ihrer Ferien dazu verwenden, um im Handwerk und in der Industrie ihre Fähigkeiten der neuen technischen Entwicklung anzupassen. (Abg. Loidl: „Das habe ich nicht gefragt, sondern genauso festgestellt!“) Ich beantworte nicht Ihre Frage, sondern mache eine Feststellung. (**Präsident:** Herr Abg. Loidl, ich bitte um eine Wortmeldung. Nicht dauernd die Zwischenrufe!)

(Abg. Feldgrill: „Er muß ja nicht immer mit Dir reden, er kann ja sonst auch noch was sagen. Es sind ja immerhin 56 Abgeordnete hier und nicht nur einer!“ — **Präsident:** „Das Wort hat der Herr Landesrat Peltzmann!“)

Herr Abg. Klobasa hat Feldbach angezogen. Ich glaube, es ist jedem der Damen und Herren der unschöne Akt bekannt, der sich in der Landesberufsschule Feldbach abgespielt hat. Er ist durch die

Zeitungen gegangen. Hier kann ich Ihnen folgendes sagen: Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft als Internatsträger bei der Landesberufsschule Feldbach hat eine eigene Dienstvorschrift herausgegeben und jeder Erzieher hat in seinem Anstellungsvertrag zu bestätigen, daß er diese Dienstordnung kennt und daß er sich danach hält. In dieser Dienstordnung steht ausdrücklich, daß jede körperliche Züchtigung untersagt ist. Es kommt vor, daß einem die Hand ausrutscht. Ich bejahe es bei Gott nicht. Es tut mir leid, daß ein Erzieher nicht mit anderen Methoden in der Lage ist, mit ungestümen, jungen Menschen zu Rande zu kommen. Es wurde auch gegen den Erzieher Trummer auf meine Weisung hin das Disziplinarverfahren eröffnet und dieses wurde am 12. Dezember durchgeführt. Die Disziplinarkommission bestand aus fünf Personen. Ich habe darauf Wert gelegt, daß ein Herr vom freien Wirtschaftsbund, also der SPO zugehörig, in diese Disziplinarkommission eingeladen wird. Das Strafverfahren endete mit einem Verweis. Als Milderungsgrund wurde folgendes von der Kommission angegeben: Der ehemalige Lehrling Wildl, das ist der junge Mann, dem dieser Schaden zugefügt wurde, ist nach Bekanntwerden des Verfahrens in den Zeitungen (er hat es nicht angezeigt) von seinem Wohnort in Vorarlberg nach Graz gereist, um hier seinen ehemaligen Lehrer Trummer in Schutz zu nehmen. Der junge Mann, der heute immerhin 22 Jahre alt ist, sagte selbst, daß er sich echt ungebührlich benommen hat und daß ihm der ganze Vorfall genauso leid tut, wie jedem anderen und er selbst nicht den Kläger spielen will, sondern er möchte sich bei seinem Erzieher bedanken, für das, was er ihm in den letzten Jahren beigebracht hat. Ich erwähne das nur, weil das ein Milderungsgrund war und es deswegen nur zu einem Verweis gekommen ist. Ich selbst lehne das rundweg ab, denn das sind keine Methoden, wo die Züchtigung mit der Hand und dem Stock durchgeführt wird. Wir werden auf jeden Fall — es ist traurig, daß diese Fälle erst nach fünf oder sechs Jahren bekannt wurden — dafür Sorge tragen, daß das nicht mehr vorkommt. Die Lehrlinge sind diesen Lehrern ausgeliefert und diese Methode spricht von wenig Mut, da es sich hier in dieser Branche um Lehrlinge dreht, die bereits das 17., 18. und 19. Lebensjahr erreicht haben. Ich habe auch angeordnet, daß es wieder verlautbart wird, daß jedem Lehrling das Recht der Beschwerde direkt, ohne Einschaltung des Dienstweges, zusteht und er sich direkt an die Rechtsabteilung 13 und zwar an das Berufsschulreferat wenden kann. Ich hoffe, daß das ein Einzelfall war und daß solche Fälle in den Berufsschulinternaten nicht mehr vorkommen werden.

Nun, die Frage der Nachtruhe, Herr Abg. Klobasa, werde ich prüfen. Ich bin da echt überfragt. Ich werde schauen, ob sich das ändern läßt. Sie sagten, daß die Lösung in Gleichenberg den Lehrlingen mehr zusagen würde, als die in Feldbach. Ich werde mich sofort informieren und versuchen, hier eine generelle Lösung für alle Internate, die der Kammer unterstehen, herbeizuführen. Schwierig ist das Feldbacher Internat deswegen, weil dort, wie ich schon anklingen ließ, die Lehrlinge meist schon das 17., 18. und 19. Lebensjahr erreicht haben. Sie

wissen es selbst, wir haben 70 % Mädchen und 30 % Burschen und es ergeben sich da gewisse Reibungsflächen mit den Erziehern in der Beaufsichtigung. Wir haben einen Fall, wo ein Lehrling voll betrunken unter Lebensgefahr vom Erzieher vom Dach heruntergeholt werden mußte. Solche Dinge kommen leider Gottes vor. Das ist das Leben, sage ich immer. Das läßt sich nicht in Paragraphen und in Verordnungen einspannen.

Nun, Frau Abgeordnete Lendl, zur Lehrlingsunterstützung hätte ich Ihnen ein paar Dinge zu sagen. Ich habe die Fotokopien aller dieser Dinge hier. Am 5. Mai 1965 habe ich mit Aktenzahl 2-1/65 an die Rechtsabteilung 4 (damals war das Berufsschulreferat noch der Rechtsabteilung 4 zugeordnet) folgende Anweisung hinuntergehen lassen: „Landesrat Peltzmann bittet möglichst bald um einen Bericht, auf welche Weise es möglich war (und Sie werden sich erinnern, das war auch anlässlich einer Landtagssitzung, wo Sie Ihre Beschwerde vorbrachten), daß die Bezirksparteileitung Müzzuschlag der ÖVP Formulare für Ansuchen um Lehrlingsbeihilfen erhalten konnte.“ Bekanntlich sollen diese Formulare auf ausdrückliche Weisung des Berufsschulreferates an die betreffenden Lehrherren und Erziehungsberechtigten ausgegeben werden.

Daraufhin schrieb die Rechtsabteilung 4 zurück, daß es ihr unbekannt ist, wie diese Formulare an die betreffende Stelle kommen konnten. (Abg. Heidinger: „Per Post, wahrscheinlich!“) Aber nicht von der Rechtsabteilung 4. Ich kann Ihnen das ganze Schreiben vorlesen.

„Bemerkt wird noch, daß vor der im Schreiben genannten Weisung des Herrn Landesrates diese Antragsformulare allerdings hieramts vorsprechenden Funktionären ohnweiters ausgefolgt worden sind.“

Ich habe am 4. November 1968 diese Dinge in Erinnerung gebracht und es ging folgendes hinaus: „Aus gegebenem Anlaß wird nochmals die seinerzeitige Weisung in Erinnerung gebracht, wonach Formblätter für die Gewährung von Lehrlingsbeihilfen ausschließlich an die Lehrherren der Lehrlinge oder an Eltern oder Erziehungsberechtigte abgegeben werden dürfen.“ (Abg. Lendl: „Ich konnte keine erhalten!“) Frau Abgeordnete, ich glaube es Ihnen, und ich werde der Sache nachgehen. Ich möchte jetzt eines dazu sagen, gnädige Frau: Jeder Abgeordnete, wenn er ein Ansuchen der Eltern abgibt, kann selbstverständlich das Formular mitnehmen. Entschuldigen Sie, jeder. Wer wird Ihnen denn verweigern, daß Sie uns ein Ansuchen überbringen? Und das geschieht auch immer wieder, gnädige Frau. (Zwischenruf von der SPO: „Sie reden an der Sache vorbei, Herr Landesrat! Wir behaupten, jeder bekommt das Formular, das ist richtig, nur Frau Abg. Lendl bekommt es nicht! Sie hat wahrscheinlich eine falsche Postleitzahl!“)

Frau Abg. Lendl, ich glaube nicht, daß Sie das so gemeint haben, wie es jetzt ausgelegt wird. (Abg. Lendl: „Scheinbar besteht nur für mich das Verbot, die Formulare zu erhalten, denn alle anderen Abgeordneten bekommen diese Formulare auch ohne Angabe der Namen der Eltern!“) Frau Abgeordnete, das ist mir unerklärlich, ich habe diese Weisung nicht hinuntergegeben mit einem Namen, ich selbst

war, glaube ich, schon ein Jahr nicht mehr unten, weil das eine Routine-Angelegenheit ist; ich weiß nur, daß jeder Abgeordnete, der ein Ansuchen mitbringt, selbstverständlich dieses Ansuchen abgibt und ihm dafür das zweckentsprechende Formular ausgehändigt wird. Ich werde die damit befaßte Beamtin fragen, ob das stimmt, was Sie hier sagen. Ich habe das nicht so aufgefaßt, daß Sie sagen, „nur ich persönlich nicht, aber alle anderen“. Wenn das so stimmt, werde ich dieser Sache nachgehen. Ich glaube es nicht, Frau Abgeordnete. Es handelt sich um eine Dame, die diese Formblätter verwaltet, die sonst die Höflichkeit selbst ist, wie mir immer wieder von den vorsprechenden Parteien bestätigt wird. (Zwischenruf von der SPO: „Falsch informiert!“) Ich nehme an und weiß das ganz genau, daß mich die Rechtsabteilung 4 richtig und nicht unrichtig benachrichtigt.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf allen Debattenrednern, die sich mit dem Problem Lehrlingsbeihilfen, Lehrlinge und Berufsschulen befaßt haben, recht herzlichen Dank sagen. Dank sagen, daß sie sich um unsere jungen Menschen so annehmen, daß es Ihnen sozusagen eine Gewissensverpflichtung ist, dieses Problem hier im Hohen Haus zu behandeln und ich darf Ihnen Dank sagen, wenn Sie die Voranschlagsposten, die die Berufsschulen und die Lehrlingsförderung beinhalten, heute hier beschließen werden.

Ich kann mit Stolz feststellen, daß die Lehrlingsförderung in der Gruppe 2 vom Voranschlag 1963 mit 700.000 S im Voranschlag 1970 auf 3.480.000 S angestiegen ist. Ebenso darf ich mit Stolz feststellen, daß der Zuschuß zur Errichtung und Einrichtung von Berufsschulen vom Voranschlag 1963 von 3,5 Millionen Schilling im ao. Haushalt im Voranschlag 1970 auf 40,7 Millionen Schilling im ao. Haushalt ansteigen konnte. Ich glaube, mit diesen Mitteln werden wir in die Lage versetzt, unser Berufsschulkonzept zu vollenden. Mit der Vollendung dieses Konzepts werden wir rund 75 % aller steirischen Lehrlinge in lehrgangsmäßigen Schulen einschulen können. Und nicht nur das. Wir werden von den bestehenden 20 Bezirksberufsschulen 14 auflösen können. Und wenn Sie jetzt fragen, „warum kommen wir nicht 100 %ig zu den sogenannten Landesberufsschulen?“, so erlauben Sie mir, daß wir uns hier einen Puffer erhalten wollen, um nicht eines Tages dazustehen und zu sagen, „uns ist hier eine große Fehlplanung unterlaufen“.

Der Puffer soll derart ausschauen, daß wir auch die bestehen bleibenden Bezirksberufsschulen von der Tagesschule zur Lehrgangsschule umwandeln. Überall dort, wo das Einzugsgebiet, das heißt die Ballungsräume wie Graz oder das obersteirische Industriegebiet so gelagert sind, daß der zumutbare Schulweg für den Einzelnen gegeben ist. Dann werden wir sehen, wie sich das einspielt, wie sich die Entwicklung am Lehrlingssektor ergibt und dann können wir vielleicht im Jahr 1980 sagen, „jetzt ist das Berufsschulwesen in der Art geregelt, wie wir es uns vorstellten“ oder man muß sagen, man muß wieder neue Wege beschreiten, was ja genauso eintreffen kann, weil, wie ich Ihnen ja sagte, sich das Berufsschulwesen in ewiger Bewegung und ununterbrochener Neuformierung befindet.

Ich möchte dem Hohen Haus recht herzlich danken weil die Voraussetzung einer expandierenden Wirtschaft, einer Wirtschaft, die sich tagtäglich an die Gegebenheiten angleichen muß, eben die Ausbildung unserer Jugend zum Facharbeiter ist. Wenn man die heutigen Produktionsmethoden mit denen vor 20 Jahren vergleicht, dann sieht man, ganz gleich, in welcher Sparte, welche technische Umwälzung sich hier vollzogen hat.

War z. B. im Baugeschehen vor 10 Jahren noch der Hilfsarbeiter in der Zahl im Vordergrund so wird, wenn Sie sich heute die Anfragen der Betriebe an die Arbeitsämter durchschauen, die Nachfrage nach dem Facharbeiter immer größer.

Wir haben auch in der Gruppe 2 eine Post, mit 580.000 S dotiert, die dazu dienen soll, eine Aktion zu starten — ich werde mir erlauben, später dem Hohen Haus noch darüber zu berichten — um über den Lehrling hinaus dem sogenannten Hilfsarbeiter, dem angelernten Arbeiter, die Möglichkeit zu geben, sich zum Facharbeiter heranzubilden.

Natürlich — und das muß, glaube ich, der zweite Weg sein auf dem Sektor der Lehrlingsausbildung — hat der Lehrling heute nach Abschluß seiner Berufsausbildung erst die Grundlagen seines Wissens gelegt. Wir müssen den jungen Menschen die Möglichkeit geben, daß sie sich dann, bereits im Beruf stehend, mehr und mehr weiter bilden können, um mit der technischen Entwicklung der Neuzeit Schritt halten zu können. Ich glaube, das wird der zweite Weg sein, den wir ansteuern, wenn wir sagen können, wir haben das Schulwesen auf dem Sektor Berufsschulen von der jetzigen Sicht her abgeschlossen und wir können das, glaube ich, mit gutem Gewissen nach dem jetzigen Voranschlag sagen, daß das in vier oder spätestens fünf Jahren möglich sein wird. (Beifall.)

**Präsident:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Krainer das Wort.

**Landeshauptmann Krainer:** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich will Sie nicht lange noch mit Schulfragen belästigen, aber es scheint doch eine weitgehende Verwirrung sich eingenistet zu haben, wenn sie auch zum allergrößten Teil durch Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Dr. Koren aufgeklärt wurde, aber es scheint mir wichtig zu sein, doch noch ein paar Bemerkungen zu machen.

Wir haben uns bemüht, zu einer Statistik zu kommen, die uns für die nächsten Jahre einige Aussagen ermöglicht. Es sind überhaupt die Instrumente für eine gründliche Modellherstellung für die Zukunft außerordentlich schwierig. Ich habe Ihnen ja gestern eine Aussendung der Bundeshauptstadt vorgelesen, wo auch klar und offen gesagt wird, es ist unmöglich, hier wirklich echt zu planen. Trotzdem wird es immer wieder gesagt. Es wird halt verplant oder nicht geplant usw. Wenn Sie sich diese Statistik anschauen, dann ist vieles erklärlich und auch, daß es Fehlplanungen geben mußte. Schauen Sie! 1964 hatten wir die Spitze der Geburten. 1964! Das bedeutet, daß sich das 6 Jahre später irgendwie auswirkt in den Schulen — also mehr Schulräume. Aber die Entwicklung ist jetzt rückläufig. Wir haben ein Absinken festzustellen und zwar war im

Jahre 1964 die höchste Geburtenzahl in der Steiermark mit 23.394 Geburten und sie beträgt im Jahre 1968 nur mehr 21.372. Das ist ein Abfall von 2000 Kindern. Wenn Sie rechnen, wieviele Schulklassen 2000 Kinder sind, dann kommen Sie auf 120 Klassen. So beiläufig! Ich kann es Ihnen vorechnen, wenn Sie wollen. Das ist die Wirklichkeit. Das will ich als Antwort sagen. Die Familienplanung, ich habe das hier schon einmal gesagt, läßt sich nicht vorhersehen. Ein russischer Professor hat in einer Diskussion, als wir meinten, dieser und jener Fünfjahresplan sei nicht erfüllt worden, uns zur Antwort gegeben: „Es mag schon sein, daß es dort und da nicht geht, aber die Menschen sind auch bei uns noch nicht verstaatlicht.“ Daher werden wir immer wieder, wenn wir bemüht sind, den Forderungen etwa der Gemeinden zu entsprechen (es muß nachdrücklich gesagt werden, daß nicht wir planen, sondern die Gemeinden) uns jetzt einfach aus der Entwicklung das Recht herausnehmen und zwar im Zusammenhang mit dem Geld und sagen, die Zahl der Geburten und die Zahl der Kinder ist genau zu überprüfen. Es sind leider Fehlzahlen uns ganz absichtlich gemeldet worden. Aber die Entwicklung müssen wir beachten. Sinkende Kinderzahlen! Es wird so sein, daß, wie ich gestern in ein paar Beispielen gesagt habe, in der nächsten Zeit dort und da Klassen frei werden. Wer hätte denn gedacht, im Jahre 1965 etwa, wie in Pürgg das erste Mal die Forderung nach einer neuen Volksschule — weil die alte wirklich miserabel war — aufgetaucht ist, daß 12 Jahre später die Hälfte der Kinder in die Hauptschule gehen wird. Das hat damals niemand gedacht. Daher ist man der Forderung nachgekommen. Man hat sie aufgenommen in das Programm und heute ist die Schule überflüssig. Glücklicherweise ist es in Wetzawinkel gelungen, dort die Landwirtschaftliche Fachschule zu errichten und das 7-klassige Volksschulgebäude einer nützlichen Verwendung zuzuführen.

Wie ist dort die Sache entstanden, in Wetzawinkel? Lehrer, Architekten, der Schuldirektor, der Baumeister und der Schulsprengel, der bis ins Herz von Gleisdorf hineinreicht. Man darf sich nicht vorstellen, daß die Kinder von Gleisdorf in die Schule von Wetzawinkel gehen könnten. Das müßten der Herr Direktor und der zuständige Schulinspektor gewußt haben! Wir schauen uns nicht jeden Plan an (es scheint das für die Zukunft notwendig zu sein), damit wir wissen, was eingeschult ist. Wenn der Schulsprengel in die Stadt hineingeht, dann wird man mit Recht sagen müssen, das ist nicht denkbar. Auch in diesem Zusammenhang muß folgendes gesagt werden: Da werden Schulen gebaut, weil so und so viele Gemeinden eingeschult sind. Der Bürgermeister des Ortes, seine Freunde und Gemeinderäte und alles, was mit dem Schulbau zu tun hat, rechnen sich sofort aus, wieviel Prozent zu zahlen sind — das liegt oft unter 50 % — und das übrige müssen die anderen Gemeinden zahlen und dann stellt sich heraus, daß die übrigen Gemeinden nicht in der Lage sind zu zahlen. Wir haben vorgesorgt, daß in Zukunft so etwas nicht mehr passieren kann. Es bleibt dann so eine Schule hängen oder zumindest die Schulden bleiben hängen und können nicht abgezahlt werden. Aber, wie gesagt, das ist für die

Zukunft ausgeschlossen. Es sei aber auch gesagt, daß hier langsam die Erfahrung auch zu einer gewissen Ordnung führen wird, daß es ein reales Planen in der Hinsicht aber niemals geben kann, weil wir nicht vorausschauen können, wie die Familie sich das einteilt und wie letzten Endes die Eltern entscheiden — Hauptschule oder von der Hauptschule in die Mittelschule oder schon gleich in die Mittelschule. Diese Entscheidungen sind keinerlei Planung unterworfen und es ist auch keinerlei Einflußnahme von der öffentlichen Hand her gegeben.

Ich möchte zum Abschluß noch sagen: Glücklicherweise haben wir viele Schulen gebaut. Es sind insgesamt allein in den letzten 5 Jahren 75 Neubauten, nur die meiner Aufsicht unterstehen, entstanden und 31 Zubauten und 91 Umbauten, also in den letzten 5 Jahren 197 Schulen neu oder um- oder zugebaut worden. Derzeit sind 46 Schulen im Bau. Insgesamt, das ist letzten Endes ein erfreuliches Ergebnis, sind seit 1945 518 Schulen erbaut, zu- oder umgebaut oder wieder aufgebaut worden. Das sind immerhin beachtliche Leistungen, die kein Jahrhundert zu verzeichnen hatte. Ich sage ausdrücklich „hatte“. Ich glaube, daß es doch ein bisschen kleinkariert ist, wenn wir in diesen Dingen herumwühlen, sondern entscheidend scheint mir zu sein das, was letzten Endes hier im Haus immer wieder gesagt wurde, wir müssen uns um die Entwicklung für die Zukunft orientieren. Wir haben um den Schulbau noch große Sorgen. Wir wissen sehr genau, daß vieles nachzuholen ist. Ich will nicht vom Sektor der Mittelschulen sprechen, wo wir noch große Vorhaben dringend notwendig brauchen und daher beschäftigen wir uns lieber mit den Bildungsplänen; beschäftigen wir uns damit, wie wir die Schüler unterbringen in der Zukunft — allerdings unter der Berücksichtigung, daß die Geburtenrate im Sinken ist und sicher auch aus anderen Gründen weiter sinken wird. Die Tatsache muß letztlich auch zu Fehlplanungen führen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Bevor wir mit der Gruppe 2 fortsetzen, unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde zur Durchlüftung des Saales.

Unterbrechung der Sitzung.

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Prof. Dr. Eichinger:** Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte Sie, der Gruppe 2 Ihre Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht).

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Wir kommen nun zur Gruppe 3, „Kulturwesen“. Berichterstatterin ist Frau Abg. Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Edda Egger:** Hoher Landtag! Die Gruppe 3, das Kulturwesen, sieht für das Jahr 1970 insgesamt 102,660.000 S an Ausgaben vor. Mit diesen

Ausgaben wird erstmalig die Hundert-Millionengrenze überschritten. Die Erhöhung gegenüber den Ausgaben 1968 beträgt 23,4 Millionen, das sind rund 30 %.

Im einzelnen haben folgende Bereiche eine besondere Steigerung erfahren:

Die Wissenschaftspflege von 1,5 Millionen auf 2,1 Millionen; Sie erlauben, daß ich die Zahlen auf 100.000 abgerundet sage und die kleineren Zahlen nicht nenne.

Die Musikschulen und Musikpflege von 20,2 Millionen auf 31 Millionen, die sonstige Kulturpflege von 2,9 Millionen auf 4,4 Millionen, und die Volksbildung von 2,2 Millionen auf 5,1 Millionen.

Das Theater- und Bühnenwesen erfordert mit 24,1 Millionen nahezu ein Viertel der Aufwendungen für das gesamte Kulturwesen. Das Land steht zu diesen Ausgaben, die es seinerzeit als Hilfe für die Stadt Graz übernommen hat, und wird die aus diesem Vertrag erwachsenden Pflichten auch im kommenden Jahr voll erfüllen.

Den großen Ausgaben stehen natürlicherweise nur geringe Einnahmen, nämlich 5,8 Millionen gegenüber.

Aber kulturelle Werke und Werte lassen sich nicht mit wirtschaftlichem Erfolg messen. Sie sind den Maßstäben des Nützlichen entzogen. Dennoch sind die Werke und Werte das, was die Zeiten überdauert, sie sind das, was bleibt. Diese Erfahrung macht man immer und überall.

Weil aber die Menschen nie voll erkennen können, welche der Werke ihrer Zeit gültig bleiben werden oder der Entwicklung besonders dienen, ist eine breit gestreute Förderung und Pflege aller Bereiche der Kultur nötig, die neben dem heutigen Kulturschaffen natürlich auch die Bewahrung des Überkommenen und seine Einbeziehung in unsere Zeit umfaßt.

Darum sind in dieser Gruppe des Kulturwesens die beachtlichen Ausgaben für die Museen, Bibliotheken, das Archiv, das Volksbildungswerk St. Martin, die Heimat- und Denkmalpflege und den Naturschutz vorgesehen.

Die genauen Zahlen dafür liegen im gedruckten Voranschlag vor. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich den Hohen Landtag, diesen Ansätzen die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Erster Redner zur Gruppe 3 ist Abg. Prof. Dr. Moser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Moser:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Berichterstatterin Frau Abg. Egger hat bereits die Ansätze der Gruppe 3 erläutert, die durchaus erfreulich sind und wenig Grund für eine Jammerei darüber geben, was noch alles fehlt, wenn auch sicher noch verschiedene Wünsche offen geblieben sind. Die Zustimmung zur Gruppe 3 fällt umso leichter, als es durch sogenannte „Transplantationen“ gelungen ist — um hier einen Ausdruck unseres Generalredners Nigl zu verwenden — gegenüber dem ersten Entwurf des Landesfinanzreferenten doch beträchtliche Verbesserungen zu erreichen. Sie betragen im ordentlichen Budget 3 Millionen und im außerordentlichen Budget 6 Mil-



tionen. Und es ist nicht uninteressant, daß diese Erhöhungen zum Großteil für kulturelle Anliegen der Stadt Graz erfolgt sind, wie überhaupt etwa zwei Drittel des Kultur-Budget dem Kulturbedürfnis unserer Landeshauptstadt zugute kommen.

Das Land ist sich also durchaus bewußt, meine Damen und Herren, was es seiner Landeshauptstadt schuldet. Und es ist darüber hinaus noch bereit, erhebliche freiwillige Leistungen zu erbringen. Ich freue mich, diese Feststellung gerade in Anwesenheit der Frau Stadtrat für das Kulturwesen der Stadt Graz treffen zu können. Ich komme darauf noch näher zurück. Jetzt nur so viel: Wenn die Grazerinnen und Grazer ihre Oper und ihr Schauspielhaus haben, und wenn diese heute voll in Betrieb sind, so verdankt die Grazer Bevölkerung dies in erster Linie dem Land, der Kulturfreundlichkeit dieses Hauses und vor allem der Mehrheit dieses Hauses, die Jahr für Jahr bereit ist, auf wichtige andere Anliegen zugunsten des Grazer Kulturlebens zu verzichten.

Die Qualität eines Kultur-Budgets ist nicht allein aus den Ziffern abzulesen. Es ist wichtig, daß dahinter ein Konzept steht, mit Impulsen für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte. Wenn ich dem zehnjährigen Zyklus des Herrn Landesfinanzreferenten folgen darf, so wurde vor zehn Jahren so ein Impuls gesetzt, der viele Aktivitäten im Land hervorgerufen hat und zu bleibenden Leistungen geführt hat, das Erzherzog-Johann-Jahr. Aber jeder Schwung geht einmal vorüber und so hat sich der Landeskulturreferent etwas Neues einfallen lassen und man muß jetzt feststellen, nachdem es das zweite Jahr praktiziert wurde, daß es eine glückliche Idee war, ein zukunftssträchtiger Gedanke, der „Steirische Herbst“.

Die Unkenrufe der Berufs-Pessimisten, daß man die Schwierigkeiten des Theaters und des Orchesters auf Grund des Saison-Beginnes nicht überwinden können wird, sind verstummt und schon dadurch widerlegt, daß wir uns heuer einer glanzvollen Erstaufführung erfreuen konnten, der Oper „Karl V.“, ein Markstein der Grazer Operngeschichte. Der anwesende Komponist Krenek hat sie als hervorragend bezeichnet. Darüber hinaus brachte der Steirische Herbst immerhin noch 20 Uraufführungen und 32 österreichische Erstaufführungen, eine Leistung, die weit über Österreich hinaus Aufsehen erregt hat.

Als Ausdruck der geistigen Potenz unseres Landes besteht nun seit 10 Jahren die „Steirische Akademie“. Sie stand heuer unter dem Generalthema „Die Zukunft — Wille und Vorstellung“. Namhafte Gelehrte aus dem In- und Ausland haben zu den Problemen der kommenden Jahrzehnte gesprochen. Welch aufregende Aspekte eröffneten sich zum Beispiel bei dem ersten Vortrag des Grazer Universitätsprofessors Kratky, der gezeigt hat, was die Naturwissenschaften in den nächsten Jahrzehnten in der Lage sind zu leisten und wie sich unser Leben dadurch ändern wird.

Die Steirische Akademie will ja bewußt ein Appell an unsere Wissenschaftler sein, an die geistigen Kräfte unseres Landes und unserer Hochschulen. Der Appell des Universitätsprofessors Dr. Möse,

den er heuer auf dem Professorentag der Universität Graz an seine Kollegen gerichtet hat, paßt gut dazu. „Heraus aus den Gelehrtenstuben! Die geistige Elite muß heute mitgestalten und mitverantworten.“ Wir können es uns nicht länger leisten, daß die Führung des Landes und der Stadt auf die Mitwirkung unserer Hochschulen verzichtet oder sie nur sporadisch in Anspruch nimmt. In einer immer komplizierter werdenden modernen Industriegesellschaft ist man auf eine Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik angewiesen. Bundeskanzler Klaus hat vor Jahren bereits diesen Gedanken in der sogenannten Aktion 20, die gar nichts mit Parteipolitik zu tun hat, geprägt. Ich meine, die Steirische Akademie ist eine sehr eigenständige, realistische Verwirklichung dieses Gedankens. Freilich, am Programm und Ablauf der Steirischen Akademie kann man ruhig auch Kritik üben. So wird es notwendig sein, daß ein eigenes Komitee sich mit den ganzen Fragen, wie mit der sorgfältigen Auswahl der Vortragenden befassen wird. Ich glaube, man sollte auch die Mitwirkung der Kulturredaktionen unserer Grazer Presse anstreben, die sich ja hervorragend engagiert hat beim Steirischen Herbst und der damit ein Dank auszusprechen ist für den Erfolg der Veranstaltungen. Man wird auch Außerlichkeiten, wie die Akustik im Schloß Eggenberg, überlegen müssen. Eine Verstärkeranlage ist geplant. Auch der Wunsch der Jugend nach Diskussion wird erfüllbar sein, wenn sie nicht nur provozieren will. Vielleicht leidet überhaupt die ganze Veranstaltungsreihe etwas von der Überlastung des Programms her, man wird eine Konzentration auf etwas weniger, dafür aber qualitativ hochwertigere Veranstaltungen anstreben müssen.

Ein Glanzstück des Steirischen Herbstes war das Musikprotokoll, ein Beitrag des österreichischen Rundfunks, Studio Steiermark, und seines Intendanten Breisach. Es ist eine europäische Sache geworden. Schon das Eröffnungskonzert, eine Life-Sendung, wurde ausgestrahlt in fast alle Länder Europas. Das Programm hat uns die Begegnung mit führenden zeitgenössischen Komponisten gebracht. Ich greife nur das Erlebnis mit der bedeutenden Musikerpersönlichkeit Penderecky heraus. Es ist erfreulich, daß die Grazer Bevölkerung nicht nur gekommen, sondern auch mitgegangen ist. Der Intendant des Studios Graz hat sich für 1970 vorgenommen, den Komponisten Aufträge für die Musikprotokolle zu geben. So werden wir im nächsten Jahr solche Auftragsstücke von so bedeutenden Komponisten wie Milhaud und Krenek hören. Das Studio Steiermark des Österreichischen Rundfunks hat sich auch durch ein Literatursymposium im Schloß Eggenberg verdient gemacht, das interessante Einblicke in die Strömungen der Gegenwartsliteratur gebracht hat, wie überhaupt das Studio Steiermark sich nicht nur als hervorragender Berichtersteller erwiesen hat, sondern auch bereit ist, aus eigener Idee dem Kulturleben wertvolle Beiträge zu liefern: auch als finanzkräftiger Partner, der uns sehr erwünscht ist. Das vielgelästerte Fernsehen und der Rundfunk haben hier jedenfalls Möglichkeiten zur Befruchtung unserer Bildungs- und Kulturanliegen und wir freuen uns ganz besonders, daß im nächsten oder übernächsten Jahr ein eigenes Kulturprogramm des

Fernsehens kommen wird. Es werden auch im Hörfunk einen Maturakurs im nächsten Jahr alle mitmachen können, die das wollen. Es ist zukunftsweisend, wenn im Zweiten Deutschen Fernsehen im nächsten Jahr universitäre Mustervorlesungen beginnen, die die Überfüllung der ersten beiden Semester an den deutschen Hochschulen erleichtern sollen.

Als drittes möchte ich die vierte der 3-Länderbiennalen, das Trigon, anführen, das unter der Zielsetzung „Architektur und Freiheit“ gestanden ist. Es hat wieder besonderes Interesse im Ausland erweckt. Ich erwähne nur 2 Städte und zwar Stockholm und Belgrad, die sich um diese Ausstellung bemüht haben. Ich weiß, Trigon ist stets auch ein Stein des Anstoßes, vor allem für jene, die es immer wieder als Manifest betrachten. Dabei will Trigon Kontakte anknüpfen, eine Begegnung sein und über die zeitgenössischen Strömungen informieren. Dieses Ziel setzt sich auch in Graz immer besser durch. Es beginnt bei den Gutwilligen nun doch der Eindruck zu wachsen, daß die Unterschiede zwischen Progressisten und Konservativen, wie mein Kollege Schaller hier voriges Jahr so treffend herausgearbeitet hat, in der Ausübung und Betrachtung der künstlerischen Werke nicht dieselbe Größenordnung haben, wie die gewaltige Kluft zu allen jenen, die nicht bereit sind, einen Anruf der Kunst und Kultur überhaupt zu hören, die dauernd mit Interesslosigkeit diesen Äußerungen unserer Zeit gegenüberstehen und sich nur an seichter, primitiver Unterhaltungsware orientieren, die nur zum Zwecke des Konsums und Profits erzeugt wird.

Wenn das Fessel-Institut eine Untersuchung über das Bücherlesen gemacht hat, so ist es erschreckend zu hören, daß 42 % der österreichischen Bevölkerung in einem Jahr kein einziges Buch gelesen hat; nur 21 % der Bevölkerung gehören zu den regelmäßigen Bücherlesern.

Ich glaube, es war die Frau Abg. Hartwig, die im Vorjahr hier gesagt hat, es sei wichtig, den Kreis der Angesprochenen zu erweitern und zu vergrößern. Das liegt auch in der Idee des Steirischen Herbstes. Wir wollen die Kluft zu den Gleichgültigen und Interesselosen verkleinern. Wir möchten auch viele Betriebe als moderne Mäzene interessieren. Wenn ich nur zwei herausgreifen darf. Es ist gelungen, die Firma Binder und Co. anzuwerben, um eine moderne Ausstellung zu zeigen, und ich erwähne die Steiermärkische Sparkasse mit ihren wirklich interessanten Jugendkunstausstellungen. Ich glaube, es wäre eine schöne Aufgabe des Steirischen Herbstes, die finanzkräftigen Unternehmungen des Landes zu gewinnen, am Kulturleben aktiv Anteil zu nehmen und ihre Beiträge zum Steirischen Herbst zu leisten.

Das tun auch in erfreulicher Weise viele Städte und Gemeinden in der Steiermark. Ich erwähne das Kulturamt der Stadt Graz und greife nur den großartigen Galaabend mit Therese Stratas von der Metropolitan Opera in New York — eine weltberühmte Stimme — heraus. Es war ein großartiger Abend. Oder die Stadt Köflach mit verschiedenen Veranstaltungen, dem Musikprotokoll und Ausstellungen. Leoben hat sich aktiv eingeschaltet, der Jugendmusik-

wettbewerb war etwas ganz Besonderes. Auch die Malerwochen in Retzhof, die Orgelkonzerte in Sekkau usw.

Es muß auch zur Abrundung gesagt werden, daß sich der Steirische Herbst in einer landschaftlichen Kulisse vollzieht, die schon bedeutende Künstler, wie einen Hugo Wolf zu seinen herrlichen Liedern, angeregt hat. Freilich, ich glaube, es hat sich schon herumgesprochen, daß Weinlesefeste und ähnliches nicht zum offiziellen Programm des Steirischen Herbstes gehören können.

Aber man könnte — das ist keine boshafte Bemerkung — jenen jungen Künstlern, die meinen, ihre künstlerische Potenz durch ein kleines LSD-Räuschchen aufmöbeln zu müssen, den Rat geben, es einmal mit einer Flasche steirischen Schilchers zu versuchen. Das wäre bekömmlicher und gesünder und hätte vielleicht dieselbe Wirkung.

Ich möchte die Würdigung des Steirischen Herbstes, der ja so viel Zukunftsträchtigkeit in sich hat, nicht schließen, ohne auf das große Echo im Ausland hinzuweisen. Es waren immerhin 50 Journalisten aus dem In- und Ausland, die in Graz den Steirischen Herbst durchaus positiv gewürdigt haben. Ich darf aus der bekannten Zeitung „Die Welt“ aus Hamburg einen Satz vorlesen, stellvertretend für alle anderen: „Während in Bayreuth die Abgesandten der berühmten Festspielstädte Europas gerade darüber debattierten, ob und wie man Festspiele demokratisieren könne, wurde zur gleichen Zeit in Graz das demokratische Festival, was immer man darunter verstehen mag, schon praktiziert.“ Die in Bayreuth Versammelten haben als einziges neues Mitglied in diesem Jahr in die Europäische Vereinigung der Musikfestspiele den Steirischen Herbst in Graz aufgenommen.

Leider kann ich im zweiten Teil meiner Ausführungen nicht so Erfreuliches berichten, sondern muß zu einem Thema kommen, das uns alle, meine Damen und Herren, mit Sorge erfüllen muß: Die Vereinigten Bühnen in Graz. Die Situation ist bekannt durch die Budget-Debatte im Grazer Gemeinderat und durch die Berichte in den Zeitungen. Kurz skizziert, der Zuschußbedarf für die Vereinigten Bühnen beträgt in diesem abgelaufenen Jahr 50 Millionen Schilling, für die kommende Spielsaison 58 Millionen Schilling.

Wenn wir den Bundeszuschuß davon abrechnen — 6 Millionen Schilling —, bleiben 52 Millionen Schilling. Die Hälfte davon hat vertragsmäßig das Land zu leisten, das also rund 26 Millionen Schilling in sein Kultur-Budget eingesetzt hat. Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß ein Viertel des Kultur-Budgets blockiert ist und die Beweglichkeit bedenklich eingeengt wird. Noch bedenklicher ist es, daß die Stadt Graz nicht bereit ist oder nicht in der Lage ist, den vertraglich festgelegten Betrag der anderen Hälfte, also 26 Millionen Schilling, aufzubringen, sondern um 3 Millionen Schilling weniger bezahlen will. Damit — und das muß einmal nüchtern festgestellt werden — gefährdet die Stadt Graz die Existenz der Vereinigten Bühnen. Die Situation wird noch dadurch verschärft, daß das Opernhaus 70 Jahre alt geworden ist und daß namhafte Investitionen heranstehen. So ist eine neue Heizung im Opernhaus nötig, die rund 5 Millionen Schilling

kosten wird. Die Werkstätten sind völlig veraltet, die Erneuerung würde ebenfalls soviel kosten. Beides fällt eigentlich in den Bereich der Stadt Graz, denn die Gebäudeerhaltung gehört zu den Pflichten der Stadtgemeinde. Nun, was sagt der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz Dipl. Ing. Scherbaum zu dieser Angelegenheit? Er habe zuerst einmal untersucht, ob Einsparungen möglich sind. Nun ist er selbst in seiner Rede darauf gekommen, daß hier nur ein sehr enger Spielraum ist. 82 % der gesamten Ausgaben sind Personalkosten, die durch Verträge festgelegt sind. Und Sie wissen ja, die Gewerkschaft hat da immer wieder neue Wünsche und solche werden auch immer wieder herangetragen. Beim Sachaufwand hat man ohnehin schon 1,4 Millionen Schilling gestrichen, wie mir von der Wirtschaftsführung der Vereinigten Bühnen versichert wurde, so daß also dort kein großer Erfolg mehr zu erzielen ist.

Anders, meine Damen und Herren, sieht es bei den Einnahmen aus. Und da bedauere ich, daß man die Programmgestaltung nicht doch auch einmal von dem Gesichtspunkt aus überprüft — bei aller Wahrung des künstlerischen Niveaus — ob nicht bei einer anderen Konzeption mehr Einnahmen zu holen wären. Ich möchte nur ein Beispiel herausgreifen: Das Musical „My Fair Lady“ hat Unkosten von rund 589.000 S verursacht. Die Einnahmen betragen 1,263.000 S. Also ist es zweifellos möglich, mit einem gut gewählten Repertoire die Einnahmen zu erhöhen. Es wird notwendig sein, daß man bei einem derart hohen Defizit nicht ganz allein dem Intendanten die Programmgestaltung überläßt. (Landeshauptmann Krainer: „Es gibt halt leider wenig „Fair Ladies!“ — Unverständliche Zwischenrufe.) Gut, ich muß auch sagen, in einer Wagner-Stadt wie Graz ist halt der „Fliegende Holländer“, wie er derzeit präsentiert wird, keine besonders interessante Auführung. Man sollte solche Sachen eben nicht machen, weil man damit das Publikum verscheucht.

Der Herr Bürgermeister hat dann seine Ideen weitergesponnen und sieht einen Ausweg in der Einführung des Fernseh-Schillings. Er befindet sich da zweifellos im Gegensatz zum Landesfinanzreferenten DDr. Schachner-Blazizek, der hier im Haus wiederholt seine Stellungnahme abgegeben hat. Der Herr Bürgermeister meint auch, der Fernsehschilling sollte vor allem für die Abdeckung des Budgetloches der Stadt Graz verwendet werden, was zweifellos nicht die Zustimmung dieses Hauses finden würde. Als drittes meint der Herr Bürgermeister, das Land müsse eben mehr bezahlen, wenn es an der Aufrechterhaltung der Vereinigten Bühnen in Graz interessiert sei. Nun ich glaube, da muß man wohl sagen, in erster Linie muß die Stadt Graz an ihren Theatern interessiert sein. Und wenn man den Vertrag 50 : 50 nicht mehr einhalten kann, dann muß man ihn eben kündigen. Dann muß man das Ganze auf eine neue Basis stellen.

Meine Damen und Herren, wie üblich bei solchen Anlässen, soll schließlich der Bund den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen, das heißt, der Bund soll also mehr zahlen. Es liegt diesem Hause eine gemeinsame Resolution vor, daß der Bundeszuschuß erhöht werden soll. Selbstverständlich wird das jeder in diesem Haus begrüßen. Aber dazu muß

man ein offenes Wort sagen: Wir haben Verständnis für den Rang und den Wert, den Staatsoper und Burgtheater für die Repräsentanz Österreichs haben und haben müssen. Wir glauben aber auch, daß die Grazer Bühnen, vor allem, wenn wir sagen, daß Graz ein Tor nach dem Südosten ist, auch im Vergleich zu Zagreb und Belgrad ihre Qualität haben müssen. Ich habe wenig Verständnis dafür, daß Wien sich eine zweite Oper leistet, die Volksoper, und daß diese vom Bund bezahlt wird. Wenn Wien das Bedürfnis hat, eine zweite Oper zu haben, dann soll es sie selber bezahlen. Und dann wird eben dieser Betrag den Länder-Bühnen zur Verfügung stehen. (Landesrat Bammer: „Vielleicht hat der Bund das Bedürfnis und gar nicht Wien. Den Bund kann ja niemand zwingen!“) Ja, Herr Landesrat Bammer, es wäre eine sehr wertvolle Aktion, im Städtebund einmal aufzutreten und zu sagen, „so geht es natürlich nicht, daß die Bundesmittel fast 100 %ig nur für die Wiener Bühnen verbraucht werden“. (Landesrat Bammer: „Sie haben ja den Unterrichtsminister seit 25 Jahren, ändern Sie es doch!“) Aber außer dem Vertreter von Innsbruck, Herr Landesrat Bammer, rührt sich niemand, auch der Vertreter der Stadt Graz nicht. Vor lauter Rücksicht auf den Finanzreferenten der Stadt Wien, den mächtigen Herrn Slavik, traut sich dort niemand etwas zu sagen. (Landesrat Bammer: „Na geh! Haben Sie eine Ahnung!“) Ich habe ja die Protokolle des Städtebundes gelesen, als das zur Sprache kam.

Nun ich meine, der Theaterausschuß wird sich in der nächsten Zeit wirklich ernstlich mit dieser Frage befassen müssen. Man könnte wünschen, daß er ein schlagkräftigeres Instrument wäre, als das bisher der Fall ist. (Landesrat Bammer: „Gegen wen geht das?“) Land und Stadt können nicht nur Geldgeber sein, bei einer solchen Höhe des Defizits müßte man sich auch in anderer Weise einschalten können. Auch den Theaterhalter-Verband sollte man etwas aus seiner Lethargie aufscheuchen bei einem 58 Millionen Schilling Abgang.

Zum Schluß noch ein paar Minuten zur Frage: „Was steht in dieser Gruppe 3 für die Stadt Graz?“ Ich greife nur einiges heraus: Die Musikschule in Graz, die vom Land allein erhalten wird, erfordert immerhin den Betrag von 9,6 Millionen Schilling; im Vorjahr waren es 7,8 Millionen Schilling. Die Stadt Graz zahlt auch einen Beitrag dazu. Wenn Sie den rückwärts nachlesen, beträgt er wie im Vorjahr 250.000 S. Wenn Sie aber nachlesen, was die Gemeinden für ihre Musikschulen aufbringen — etwa zwei Drittel der Kosten — dann muß man sagen, da ist der Stadt Graz eine große Last abgenommen. Es ist erfreulich, daß der Betrag für die Musikschulen unseres Landes um 2 Millionen erhöht werden konnte und jetzt immerhin 6 Millionen beträgt. Das ist eine fühlbare Entlastung der Gemeinden, die auch hier immer wieder gefordert wurde.

Als zweites möchte ich die Akademie für Musik und Darstellende Kunst erwähnen. Sicher ein Einrichtung, die vor allem den Grazern zugute kommt. Hier wurde der Beitrag des Landes von 5,5 Millionen auf 9,4 Millionen, also um rund 4 Millionen, erhöht.

Ich erwähne hier auch das Interesse des Landes für die Hochschulen. So können die Neunteufel-

Gründe nun für die Erweiterung der Technik durch ein Darlehen des Landes von 8,5 Millionen Schilling angekauft werden.

Alle europäischen Städte würden sich um eine Veranstaltung wie Europa-Cantat reißen. Es ist eine der größten musischen Veranstaltungen Europas. Das Land gibt dazu 500.000 S. Die Stadt Graz sieht sich nicht in der Lage, nur 300.000 S für diese Großveranstaltung aufzubringen. Die Viennale — die großen Filmfestspiele in Wien — wird nächstes Jahr zum ersten Mal nach Graz kommen. Sie steht unter dem Motto „Gesellschaft und junge Generation“. Es wird die Aktion „Der gute Film“ die wesentlichen Kosten übernehmen. Die Stadt Graz ist hier verschont. Ich erwähne nur noch die Beiträge zum Musikverein, der auch den Grazern zugute kommt, mit 700.000 S, zur Philharmonia mit 50.000 S, zum Forum Stadtpark mit 100.000 S, für das Künstlerhaus, das auch eine Grazer Einrichtung ist, mit 370.000 S und schließlich die Großausstellung „Handwerk und Gewerbe“ mit 21,8 Millionen Schilling. Auch das Landesarchiv sei erwähnt, neben dem Staatsarchiv das größte Institut Österreichs, dessen handschriftliche Materialien mit Dokumenten, die zum Teil 1000 Jahre alt sind, aneinandergereiht eine Strecke von 30 km ausmachen würden; es kämpft mit großer Raumnot. Es war eine Anerkennung für das Landesarchiv, daß in diesem Jahr hier in Graz der große Historikerkongreß mit über 700 Gelehrten stattgefunden hat.

Alles zusammen macht das 52 Millionen Schilling aus, nur im ordentlichen Budget und ohne das Joanneum mit 14,4 Millionen Schilling. Wenn man nun einen Vergleich mit dem Jahre 1960 anstrebt, so wurden im Jahre 1960 für dieselben Zwecke im ordentlichen Budget 14,3 Millionen Schilling ausgegeben. Das bedeutet eine Steigerung von 270 %, für die Anliegen der Stadt Graz bei einer Steigerung der Landeseinnahmen von nur 240 %. Wenn Sie noch das außerordentliche Budget dazurechnen, dann ergeben sich Zuschüsse für die kulturellen Anliegen der Stadt Graz in der Höhe von 82,6 Millionen Schilling. Es ist daher ein böswilliges Gerücht, meine Damen und Herren, daß das Land mit seiner OVP-Mehrheit wenig Verständnis für die Anliegen seiner Landeshauptstadt hat, weil dort eine SPO-Mehrheit besteht. Das kann man vielleicht noch im Traumännlein unterbringen; aber im Wahlkampf wird man das einem mündigen Demokraten nicht mehr vorsetzen können. (Beifall bei der OVP.)

Ich kann daher mit einem gewissen Stolz auf die Leistungen des Landes seiner Landeshauptstadt gegenüber schließen. Wenn ich auch die vielen anderen Positionen zusammenfasse — der Naturschutz z. B., oder die Jugendförderung im Kapitel 5, dann muß man wohl sagen, daß der reiche Ertrag des steirischen Kulturkonzeptes, der weit über unser Bundesland hinaus Beachtung und Anerkennung gefunden hat, zur Fortsetzung des eingeschlagenen Weges berechtigt, auf dem wohl jeder mitgehen kann, der sich diesem Land verbunden fühlt. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Ich erteile der Frau Abg. Professor Hartwig das Wort.

**Abg. Prof. Traute Hartwig:** Hohes Haus! Obwohl der Herr Abg. Schaller uns heute sehr energisch vorgeschrieben hat, wir mögen über das Jahr 2000 sprechen, wird er mir hoffentlich doch erlauben, zum Jahr 1969 zu reden. Er wird es mir umso lieber erlauben, als ich jetzt sehr positiv dazu reden will und dagegen hat die OVP-Fraktion im allgemeinen ja nichts.

Ich möchte zunächst auch einige Worte zum Steirischen Herbst, zu dem die Steirische Akademie gehört, sagen. Die unter diesem Titel zusammengefaßten Veranstaltungen geben ganz gewiß ein Bild der kulturellen Leistungskraft der Steiermark, die dabei auch in Beziehung gesetzt wird zu den Nachbarländern. Vor allem in kulturellen Fragen bedeuten ja Grenzen nicht nur Trennung, sie bedeuten natürlich auch Trennung, aber nicht nur Trennung, sondern sie wecken das Interesse am anderen, sie locken zum Vergleich, zum Wettstreiten, auch zum voneinander Lernen. Dieses Bild erreicht der Steirische Herbst im steigenden Maß und wir bekennen uns gerne zu diesem Gedanken. Man muß auch sagen, daß die Steirische Akademie im steigenden Maße dem Interesse der Bevölkerung begegnet. Es hat bei den heurigen Vorträgen, wenigstens bei denen, die besonders stark interessiert haben, ein manchmal fast bedrohliches Gedränge vor dem Eingang vor allem zum Festsaal im Schloß Eggenberg gegeben. Vielleicht kann man sich hier auch irgendetwas einfallen lassen. Oder: Vielleicht bin ich nur so erfroren, aber ich könnte mir denken, wenn der steirische Herbst mit dem Steirischen Herbst nicht in dem Ausmaß mitspielt, wie heuer mit außerordentlichem Schönwetter, dann könnte es dort recht kalt sein. Vielleicht muß man auch da einmal versuchen, einen Ausweg zu finden.

Erfreulich an dieser Akademie ist ohne Zweifel auch, daß ein hoher Prozentsatz der Besucher Jugendliche waren, was ich vielleicht in aller Bescheidenheit auch ein bißchen auf das Konto der Lehrer buchen darf, soweit es sich um Besucher aus den allgemeinbildenden höheren Schulen gehandelt hat. Allerdings leidet auch nach meiner Überzeugung das gesamte Programm dieser Veranstaltungen an einer gewissen Überlastung. Es sind so viele verschiedene Veranstaltungen auf eine relativ recht kurze Zeit zusammengedrängt, daß manche einen deprimierend schlechten Besuch aufweisen. Ich selbst habe z. B. bei einer Veranstaltung des an sich außerordentlich interessanten Musikprotokolls gähnend leere Reihen erlebt. Allerdings war es nicht eines der prominenten Konzerte dieser Reihe. Aber man sollte doch — und hier stimme ich mit dem Herrn Abg. Dr. Moser überein — im gesamten stärker auswählen. Weniger wäre vielleicht in mancher Beziehung dann ein Mehr.

Die Beiträge der Vereinigten Bühnen, deren Höhepunkt ohne Zweifel die heute schon erwähnte hervorragende Aufführung der Oper „Karl V.“ war, die aber auch in dankenswerter Weise zwei, wenn auch nicht steirische, aber doch österreichische Autoren, nämlich Horvath und Canetti, zur Diskussion gestellt haben, es neu in einer sehr guten, den anderen in einer viel weniger guten Produktion allerdings und zusätzlich vier aus einem Preisausschrei-

ben gewonnene Einakter aufführten, haben somit dem Steirischen Herbst künstlerische Glanzlichter aufgesetzt.

Zu diesen künstlerischen Glanzlichtern gehören gewiß auch die Beiträge des Kulturamtes der Landeshauptstadt, nämlich der heute schon erwähnte Gala-Abend mit der weltbekannten Sängerin Teresa Stratas und das Gastspiel der Wiener Volksoper mit der Strauss-Oper „Intermezzo“. Natürlich gehört zum Steirischen Herbst auch „Trigon“. Ich muß allerdings ehrlich gestehen, daß sich das heurige „Trigon“ meiner Beurteilung wegen meiner völligen Inkompetenz in dieser Beziehung entzieht. Ich habe Vieles sehr interessant gefunden, muß aber sagen, daß ich vom meisten nichts verstanden habe; aber es war ja auch nicht eine Kunst-Ausstellung, sondern ein Zur-Diskussion-Stellen von Architekten-Ideen, von denen man eben etwas verstehen muß.

Ich wünsche aber aufrichtig, daß das Zusammenwirken von Wissenschaft und Kunst, um die geistige Anziehung, aber auch geistige Ausstrahlungskraft des Landes zu erweisen, auch weiterhin, also bis zum Jahr 2000, erfolgreich sein möge.

Jetzt erlauben Sie mir noch ein paar Worte hinzuzufügen dem, was über die Vereinigten Bühnen und die Schwierigkeiten, die sie haben und die sie daher auch machen, gesagt wurde. Die Zahlen sind schon genannt worden. Heuer wird also das Land einen Zuschuß von 21.230.000 S leisten müssen, das sind um rund 2 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Dabei ist in diesem Betrag der Zuschuß an das Grazer Philharmonische Orchester in der Höhe von 4,9 Millionen Schilling nicht enthalten. Zu diesem vom Land geleisteten Beitrag kommt noch der Beitrag der Stadt Graz im Betrag von 23 Millionen Schilling. Damit kann aber der voraussichtliche Abgang nicht gedeckt werden, auch dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß noch ein Bundeszuschuß von 5 Millionen Schilling dazukommt. Diese Zahlen, die ich hier genannt habe, zeigen ohne Zweifel sehr deutlich, welche Bedeutung das Land und die Stadt diesen Kulturstätten beimessen. Der Bund hat allerdings lang nicht dieselbe Bereitschaft zur Förderung der Länder-Theater bis jetzt bewiesen. Die Bundestheater, die auf Grund des Budget-Voranschlages 1970 einen Betrag von 501 Millionen Schilling vorgesehen haben, werden also mit über 500 Millionen Schilling erhalten; der Beitrag für alle Landestheater, also alle von den Ländern und Städten erhaltenen Theater, beträgt ganze 22 Millionen Schilling. Dies, obwohl es im Finanzausgleich eine Bestimmung gibt, die besagt, daß der Beitrag des Bundes zur Erhaltung der Länderbühnen nicht höher sein darf als der Beitrag, den die örtlichen Körperschaften aufbringen. Und jetzt bitte ich Sie also, zu vergleichen, die 55 Millionen, die die Vereinigten Bühnen kosten für Land Steiermark und Stadt Graz und die 22 Millionen, die der Bund für alle Länderbühnen zur Verfügung stellt. Und wenn wir dazunehmen, daß die Budgetmittel des Bundes von allen Österreichern gemeinsam aufgebracht werden, dann sollten wir eben nicht einfach zur Kenntnis nehmen, daß rund 96 % der für Theater aufgewendeten Mittel für die Bundestheater verwendet werden, obwohl ich schon weiß,

daß der Bund diese Theater eben erhält und es sich dabei nicht um sogenannte Subventionen handelt. Aber das ist ein Spiel mit Worten, für das Geld bleibt's das gleiche.

Es liegt daher auch in diesem Jahr dem Steiermärkischen Landtag eine Resolution vor, die eine höhere Dotierung der Länderbühnen vom Bund verlangt. Natürlich weiß ich, daß mit einer stärkeren Subventionierung allein nicht alle Probleme gelöst werden können, die uns Sorgen bereiten.

Wir können feststellen, daß der Rückgang der Besucherzahlen von der Spielzeit 1967/68 auf die Spielzeit 1968/69 2200 Besucher betragen hat. Demgegenüber kann man aber doch die erfreuliche Feststellung machen, daß in den beiden Monaten Oktober und November 1969 die Besucherzahl um 7000 höher liegt als in den beiden Monaten des Vorjahres. Wir könnten also vielleicht hoffen, daß der Abfall aufgehalten oder zum Stillstand gebracht worden ist, wenn ich auch weiß, daß mit daran beteiligt ohne Zweifel die heute schon zitierte „Fair Lady“ ist.

Und nun möchte ich also gleich dazu noch ein Wort sagen: Natürlich hat der Herr Abg. Dr. Moser recht. Man kann oder man müßte gewisse Produktionen mehr haben oder bessere haben, damit man mehr Einnahmen erzielt. Aber es erhebt sich in diesem Zusammenhang dann natürlich die Frage, ob wir ein reines Kommerz-Theater haben wollen oder ob wir eben bei der Form des Subventionstheaters bleiben. Denn wenn die öffentlichen Körperschaften so viel Geld dafür investieren, dann kann das ja nur damit gerechtfertigt werden, daß auch der zeitgenössischen, auch der ernsten, auch der modernen Kunst die Möglichkeit der Repräsentation gegeben wird. Und diese Stücke gehen leider weit aus nicht so gut wie die „Fair Lady“ oder „Die Maske in Blau“ oder „Die lustige Witwe“, wobei ich gar nichts gegen die Produktion von Musicals oder Operetten sagen will. Im Gegenteil, ich halte die Sparte des Unterhaltungstheaters für vollkommen gleichberechtigt mit der Sparte des ernsten.

Ich möchte aber, weil ich die Vertreterin einer der beiden Grazer Besucher-Organisationen, nämlich der Theaterring-Gemeinde bin, doch da noch einige Worte hinzufügen: 40 % aller Besucher werden von den Besucher-Organisationen dem Theater zugeführt. Das ist gewiß ein hoher Prozentsatz. Und nun möchte ich sagen, daß die Arbeit dieser Besucher-Organisationen ja nicht Selbstzweck ist, sondern eben doch dem Theater und dem Publikum in gleicher Weise dienen soll. Die Aufgabe dieser Besucher-Organisationen ist es aber nicht, einfach nur Karten zu verteilen, sie haben ja auch eine sehr wichtige Erziehungsarbeit zu leisten, sie müssen dem Theater neue Besucher gewinnen, Nachwuchs also natürlich aus der Jugend, aber — und jetzt rede ich vom Theater-Ring, es wird aber etwas abgewandelt sicher auch für die Theatergemeinschaft gelten — es gilt auch, neue soziale Schichten für das Theater zu gewinnen. Es ist so, ohne Zweifel, daß etwa die Arbeiterschaft immer noch zu den kulturell Benachteiligten gehört, denen Theater, Museen und auch die wissenschaftlichen Einrichtungen sozusagen von innen her verschlossen sind, weil diese Lebensgebiete — und wer

möchte leugnen, daß das die schönsten und eigentlich lebenswerten sind —, noch nicht zu ihrem geistigen Besitz gehören. Wir haben aber kein Recht, sie auszuschließen. Wir haben im Gegenteil die unabweisliche Pflicht, sie hereinzuholen und ihr Verständnis zu wecken und ihr Verständnis zu suchen. Natürlich kann man Geist und Intelligenz nicht einimpfen. Aber die Wissenschaft weiß heute, daß es sehr darauf ankommt, wie das, was dem Menschen von Natur aus mitgegeben ist, später ausgebildet wird. Wir haben gestern in der Schuldebatte bereits über diese Fragen auch gesprochen. Dieser höchst kulturpolitischen Aufgabe, die man im Grunde gewiß nicht in einer Generation lösen kann — ich weiß das gut — stehen aber große Schwierigkeiten entgegen, auf die ich nur insofern eingehen will, als sie unmittelbar mit dem Theater zusammenhängen. Wir sind, jetzt meine ich die Besucher-Organisationen, absolut dafür, daß die künstlerische Verantwortung allein der Intendant trägt. Wir glauben, daß es keinen Eingriff in seine Kompetenz oder in die Kompetenz des Theaterausschusses bedeuten würde, wenn z. B. die Besucher-Organisationen und vielleicht auch die Vertreter des am Theater beschäftigten Personals beratende Stimme wenigstens im Theaterausschuß hätten, weil in einer Zeit, in der die Theater so sehr zu kämpfen haben, man doch wohl sagen muß, daß schließlich auch die, die einen wesentlichen Anteil der Besucher stellen, wenigstens gehört werden sollen. (Abg. Scheer: „Nirgends gibt es so viele Meinungen, wie auf diesem Gebiet! Tausend Leute, tausend Meinungen!“)

Ich rede von den Besucher-Organisationen. Natürlich, das gibt es bei allen kulturellen Dingen. Das ist ja auch nicht schlecht. Das ist an sich ein Vorteil. Ich glaube, daß man die Besucher-Organisationen anhören sollte, außer man stellt sich auf den Standpunkt, der relativ geringe Prozentsatz der Kosten, die durch Eigeneinnahmen gedeckt werden, berechtige dazu nicht, was ich für falsch hielte. Bei der großen Konkurrenz, die dem Theater gerade bei dem noch nicht als sicher gewonnenen Besucher durch das Fernsehen etwa entsteht, müßten alle Anstrengungen für das Theater gemacht werden, das ja bis zu einem gewissen Grad auch ein Gegengewicht, vielleicht sogar das einzige Gegengewicht gegen die absolute Mechanisierung auch der Kunst ist. Denn das Theater vermittelt ein unmittlbares Beteiligtsein, eine Leibhaftigkeit, die eben nur der jetzt lebende, vor mir agierende Künstler herstellen kann. Niemals aber selbst die vollendetste Kunstkonserve.

Ein Zweites, was den Besucherorganisationen in Graz sehr große Schwierigkeiten macht, ist die Grazer Kritik. Mir ist die Aufgabe des Kritikers durchaus klar. Aber ich glaube wirklich, daß hier manchmal eine Härte herrscht, die nicht immer sachlich begründet ist. Ich weiß schon, es gibt berühmte Vorbilder wie Hanslick oder Alfred Kerr und selbst Goethe hat sich schon mit den Rezensenten sehr herumgeärgert. Aber die Maßstäbe, die an internationalen Bühnen berechtigt sind, kann Graz nicht erfüllen. Sie anzulegen ist also dann doch ungerrecht. Natürlich kann man über subjektive Urteile immer verschiedener Meinung sein. Manchmal ste-

hen die absoluten Verrisse aber sehr im Gegensatz zum Urteil eines Publikums, das ja schließlich auch nicht ausschließlich aus primitiven Halbgebildeten besteht und sie machen dann deshalb das Kartenabsetzen so schwer, weil gerade der nicht routinierte Theaterbesucher sich eben doch an den Kritiken orientiert und sich nicht entschließt, eine Oper oder noch weniger ein Schauspiel, das er schon gar nicht kennt, anzusehen, die in Grund und Boden kritisiert worden sind. Ich muß auch sagen, daß manchmal die Kritik es sich wirklich leicht macht. Ich habe bei der Aufführung von Canettis „Hochzeit“, die gewiß sehr aner kennenswert war, nur in einer einzigen Rezension einen Hinweis darauf gelesen, daß auch das Stück selbst echte Schwächen hat. Nur von diesem einen Beispiel will ich reden, weil ich da ein bißchen was davon verstehe. Alle anderen Rezensenten oder Kritiker haben die Schuld ausschließlich der zugegeben schlechten Regie zugeschrieben oder angelastet. Das ist, glaube ich, auch nicht ganz recht. Das Stück ist offenbar sehr schwierig aufzuführen, denn auch in Zürich hat es einen effektiven Krach dabei gegeben. Ich glaube aber, daß die Aufgabe der Kritik doch nicht die Zerstörung der Beziehung zwischen Theater und Publikum, sondern die Verbindung zwischen beiden sein sollte, was nicht heißt, daß nur gelobt werden sollte. Es fällt mir auch nicht ein, alles zu loben. Aber die manchmal wirklich ein bißchen herablassende Art, mit der das Publikum gleich mitkritisiert wird, erweckt Ärger und nicht den Wunsch, aus der Kritik zu lernen, wozu sie doch eigentlich geschrieben wird. Ich weiß zwar, daß der wirkliche Einfluß negativer Kritik auf den Theaterbesuch an sich nicht erforscht und nicht bekannt ist. Ich weiß aber auch, daß die Arbeit der Besucherorganisationen durch diese Art oft sehr erschwert wird.

Etwas, was dem Theater wahrscheinlich helfen könnte, wäre z. B. auch eine bessere Dotierung der Propaganda. Ich muß ganz ehrlich sagen, es ist schon ärgerlich, wenn man suchen muß, um aus den Anzeigen in den Tageszeitungen endlich das Theaterprogramm herauszufinden. Bei dem Übergang an Propaganda auf allen Gebieten müßte wahrscheinlich auch das Theater eine viel primitivere, aber auch viel brutalere Werbung betreiben können. Ich weiß, das ist auch eine Geldfrage, aber wahrscheinlich würde sich der größere Aufwand lohnen. Wenn es nicht so wäre, wäre der enorme Aufwand, den andere Institutionen für Propaganda verwerten, ja wohl nicht erklärlich.

Offen freilich muß die Frage bleiben, ob alle die Schwierigkeiten, mit denen nicht nur das Grazer Theater, sondern die Theater überhaupt zu kämpfen haben, nicht letzten Endes darauf zurückgehen, daß das Theater in der überlieferten Form vielleicht kein echtes Anliegen unserer Zeit mehr ist und ob sich auch da die Strukturen wandeln. Aber es ist vielleicht auch so, daß in einer Zeit, die enorme Leistungen auf dem Gebiet der Technik und der Naturwissenschaften hervorbringt, eben die Kultur in jeder Hinsicht ein bißchen in den Hintergrund gedrängt wird. Auch die technischen Errungenschaften sind Erzeugnisse des menschlichen Geistes und es hat fast den Anschein, als ob in der Menschheits-



geschichte eben Perioden, die kulturelle Werte schaffen, abwechseln mit solchen Zeiten, in denen die bloße Zivilisation die Geisteskräfte beansprucht. Beides zugleich zu schaffen und auch zu genießen übersteigt das menschliche Vermögen.

Jetzt möchte ich noch mit einigen Worten auf das eingehen, was der Herr Abg. Dr. Moser über die Leistungen des Landes für die Stadt Graz auf diesem Gebiet gesagt hat. Unbestritten! Aber man muß doch sagen, die Landeshauptstadt hat eben ganz einfach, weil sie das Zentrum ist, so viele Dinge, die sie an sich zieht, ob sie will oder nicht und die sich jetzt in der Landeshauptstadt abspielen, daß, wenn man möchte, daß die Kosten für alle diese Veranstaltungen allein die Stadt trägt, man der Stadt dafür, daß sie eben Landeshauptstadt ist, aus irgendeinem Fonds entsprechende Dotationen zukommen lassen muß, sonst wird es unmöglich sein. Es ist gar nicht nur bei uns so. Es ist in den anderen Bundesländern ganz ähnlich. Letzten Endes geht alles darauf zurück, daß die Gemeinden immer stärker in eine Situation hineingedrängt werden, aus der sie allein kaum mehr herauskommen können.

Ich muß Sie aber leider noch ein paar Minuten aufhalten mit einer kurzen Betrachtung zu der Situation der Volksbildung in Österreich. Die gesetzliche Grundlage für diese Volksbildung ist im vorigen Jahrhundert geschaffen worden.

Durch die Volksbildung werden im Rahmen von Kursen und Einzelvorträgen in einem Jahr rund 2 Millionen Menschen erfaßt, was uns die Bedeutung dieser Volksbildungseinrichtungen gewiß deutlich vor Augen führt. Ich glaube, ich brauche in diesem Hohen Haus nicht besonders zu erwähnen — denn es ist ja schon mehrmals gesagt worden —, daß wir uns heute eben in einem permanenten Bildungsprozeß befinden und daß das in den Schulen erworbene Wissen immer weniger ausreichen wird, um den Anforderungen des täglichen Lebens zu entsprechen. Diese Aufgabe hat die Erwachsenenbildung in dankenswerterweise übernommen, die aber allerdings für diese Bemühungen dann in Kauf nehmen muß, daß sie dem Staat dafür Umsatzsteuer und zum Teil sogar Vergnügungssteuer bezahlen muß. Das ist wahrscheinlich wirklich ein österreichisches Kuriosum.

Es ist also so, daß die Dotierung der Erwachsenenbildung in anderen Ländern doch sehr anders ausschaut. Schweden gibt — umgerechnet auf Schilling — 80 Schilling pro Kopf der Bevölkerung dafür aus, Dänemark 81 Schilling, England und Wales 15 Schilling, Italien 9,50 Schilling, und Österreich insgesamt 18,3 Millionen Schilling, das entspricht pro Kopf der Bevölkerung einem Betrag von 2,45 S. Ich glaube, daß diese Zahlen allein sehr deutlich beweisen, wie stiefmütterlich die Erwachsenenbildung bei uns — also in Österreich — behandelt wird und man kann gewiß mit Recht sagen, daß zumindest für diesen Zweig der Bildung der oft zitierte Ausspruch „Bildung hat Vorrang“ in Österreich keine Geltung hat.

Was die Dotierung des Volkswbildungswesens durch unser steirisches Landes-Budget anbelangt, möchte ich festhalten, daß auch in diesem Jahr der

Steirische Volkshochschulverband, in dem alle Volksbildungsrichtungen zusammengefaßt sind, wiederum ein Ansuchen um eine Dotierung an das Land Steiermark gerichtet hat. Ich bitte den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren, mitzuteilen, was dafür maßgebend war, daß dem Ansuchen des Volkshochschulverbandes — zumindest soweit man es aus der Budget-Vorlage ersehen kann — wiederum nicht entsprochen wurde.

Bezüglich der Volkswbildungsheime des Landes Steiermark möchte ich vor allem Retzhof erwähnen. Dieses Heim hat sich in der vergangenen Zeit zu einem echten geistigen Zentrum der verschiedensten politischen Richtungen und Interessenvertretungen entwickelt und man muß sagen, daß sein Wirkungskreis über die Grenzen des Landes bereits hinausreicht. Ich begrüße es sehr, daß im ao. Haushalt ein Betrag von insgesamt 4,1 Millionen Schilling für die Instandsetzung der Hausfassade und die Errichtung eines Gästehauses vorgesehen ist. Vielleicht läßt sich im kommenden Jahr wenigstens ein Teil dieser Vorhaben auch verwirklichen.

Die Kultur oder die Gruppe „Kulturwesen“ ist immer — wenigstens soweit ich es hier erlebt habe — ausgezeichnet dadurch, daß es keine großen Gegensätze zwischen den Parteien gibt. Vielleicht ist das auch ein Beweis dafür, daß in den letzten, den tiefsten Interessen der Menschen sich die politischen Unterscheidungen gar nicht so entscheidend auswirken, weil der Mensch als Einzelwesen eben für alle Parteien gleich interessant und letzten Endes auch für die Arbeit auf dem kulturellen Sektor das Menschliche immer das Ausschlaggebende ist. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Dipl. Ing. Schaller das Wort. Nach ihm spricht Abg. Zinkanell,

**Abg. Dipl. Ing. Schaller:** Hohes Haus! Ich kann mich dem letzten Beitrag der Frau Abgeordneten anschließen. Wir haben uns zwar nicht abgesprochen, aber ich möchte auch über Erwachsenenbildung einige Bemerkungen machen, die sich in vielen Bereichen mit den ihrigen decken.

Das Wort „Erwachsenenbildung“ scheint zwar im Landesvoranschlag nicht auf, an dessen Stelle steht aber das Wort „Volksbildung“, das heute sich nicht mehr ganz mit dem deckt, was wir unter Erwachsenenbildung verstehen. Das Image — um ein modernes Wort zu gebrauchen — der Erwachsenenbildung ist allerdings zur Zeit recht umstritten. Das ist wohl auch kein Wunder. Es gibt, glaube ich, nirgends mehr Dilettantismus als gerade im Bereiche der Volks- und Erwachsenenbildung. Wieviele Aktivitäten laufen neben-, durch- oder auch gegeneinander und alles unter der Devise, allen alles zu bieten. Es fehlen vielfach die einfachsten Voraussetzungen. So gibt es zum Beispiel gegenwärtig noch keine ausgebildeten Erwachsenen-Bildner. Oder sehen Sie sich einmal die Themen und Programme an! Die Aufeinanderfolge der Themen und Stoffgebiete ist meist rein zufällig ausgewählt. Geordnete Bildungsgänge, wie sie eigentlich selbstverständlich sein müßten, stellen die Ausnahme dar. Etwa nach dem Motto „laßt tausend Blumen blühen“, gedeihen oder vegetieren, eine Unzahl von Ver-

einen und Vereinigungen, welche sich mit mehr oder minder großem Schwung und oftmals sehr, sehr unterschiedlicher Qualität in die Erwachsenenbildung stürzen. Der Thementopf reicht vom Kochkurs bis zur Kernspaltung. Welcher Aufwand an Zeit, an Kraft und an Geld für einen oft verschwindend kleinen Zuhörerkreis, der überdies manchmal mehr aus Pflichtbewußtsein denn aus eigenem Interesse zugehen ist! Wenn man das weiß — und bitte, entschuldigen Sie, wenn ich mich in einer etwas kritischeren Form mit der Erwachsenenbildung auseinandersetze — dann kann man verstehen, daß die Erwachsenenbildung heute trotz einzelner — und das möchte ich ausdrücklich erwähnen — hervorragender Leistungen sich noch nicht so recht durchzusetzen vermochte. Das ist aber deshalb sehr bedauerlich, weil der Erwachsenenbildung in Zukunft allergrößte Bedeutung zukommt. Ja es gibt sogar heute Fachleute, die der Meinung sind, daß der Erwachsenenbildung eine wichtigere Funktion zukomme als der Schule. Das ist auch durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß Beruf und Leben, Wirtschaft und Gesellschaft sich in einem ständigen und sich immer mehr beschleunigenden Umwandlungsprozeß befinden. Wissenschaft und Forschung produzieren tagtäglich neue Erkenntnisse, die unsere Welt des Lebens und des Berufes beeinflussen. So ist es auch zu verstehen — und jeder von uns macht ja tagtäglich dieselbe Erfahrung — daß es heute eine abgeschlossene Bildung nicht mehr gibt und auch nicht mehr geben kann. Die Schule selbst vermag nur mehr in einem sehr beschränkten Umfang auf die Erfordernisse der Berufs- und Lebenswelt vorzubereiten. Die dort vermittelten Bildungsinhalte sind sehr rasch veraltet und bedürfen einer ständigen Erneuerung und Verbesserung. Auf der anderen Seite erfordert die Dynamik im gesellschaftlichen und beruflichen Bereich ständig und zwangsläufig permanente Bildung. Hier decke ich mich vollkommen mit Frau Abg. Prof. Hartwig. Und hier ist nun das breite Feld der Erwachsenenbildung, die hier einzusetzen hat, allerdings unter völlig geänderten Voraussetzungen und mit Methoden, die wissenschaftlich begründet werden müssen.

Die Unterscheidung zwischen Bildung und Ausbildung, Allgemein- und Berufsbildung kann heute kaum noch aufrecht erhalten werden. Die Berufsausbildung selbst muß als ein integrierender Bestandteil der Allgemeinbildung betrachtet werden, wie umgekehrt die berufliche Ausbildung auf die Allgemeinbildung nicht verzichten kann. Der Lernprozeß selbst wird aus dem Bereich der Zufälligkeit herausgenommen werden müssen, um zu geordneten, sachbezogenen Abläufen zu gelangen.

Hohes Haus! Wo liegen die Zielsetzungen der Erwachsenenbildung? Neben den vielen anderen Erfordernissen verlangt die viel zitierte Mobilität der Gesellschaft vom Menschen die Bereitschaft und Fähigkeit, ständig hinzuzulernen. Sie verlangt von ihm ein logisches, analytisches, kritisches, strukturiertes Denken. Sie verlangt aber auch die Fähigkeit, sich zwischen verschiedenen Zielen zu entscheiden, wie überhaupt die Entscheidungsfähigkeit zu einem wichtigen Faktor in der heutigen Zeit geworden ist. Die Erwachsenenbildung hat auch eine starke politi-

sche Komponente. Es geht um die Haltung der Toleranz, die Bereitschaft, Verschiedenheit und Freiheit der anderen zu respektieren. Es geht um die Fähigkeit, Konflikte nicht emotionell sondern rational auszutragen. Es geht auch um die Bereitschaft zum persönlichen Einsatz aus dem Bewußtsein gesellschaftlich-politischer Verantwortung. All das wird man auf die Dauer aber ohne Systematik aber auch ohne Institutionalisierung der Erwachsenenbildung nicht erreichen. Es geht uns nicht um eine Verschulung der Erwachsenenbildung. Eine solche wäre sicherlich fehl am Platz, weil wir es nicht mit Kindern, sondern mit Erwachsenen zu tun haben. Es geht auch nicht darum, freie Initiativen von Verbänden und Institutionen einzuengen, einzuschränken oder gar zu unterbinden. Wir wollen die Erwachsenenbildung auch nicht verstaatlichen. Freie Bildungsträger wird und muß es auch in Zukunft geben. Aber sie allein werden die großen neuen Aufgaben der Erwachsenenbildung kaum noch bewältigen können. Soviel kritisch zu den Schwächen der Vergangenheit und Gegenwart.

Nun noch einiges zu den Utopien der Zukunft. Es zeichnen sich auch bei uns in der Steiermark sehr interessante und bemerkenswerte Ansatzpunkte ab. Von den vielen beruflichen Umschulungs- und Fortbildungsaktionen etwa des Berufsförderungsinstitutes, vom Kurssystem der Landwirtschaftskammer will ich im einzelnen nicht reden. All die genannten Institutionen stellen einen wichtigen und wesentlichen Teil der beruflichen Bildungseinrichtungen dar.

Vielleicht nur eine ganz kleine Bemerkung am Rande. Es wäre sehr wünschenswert und sicherlich auch von Vorteil, wenn sich das WIFI und das BFI, also das Wirtschaftsförderungsinstitut und das Berufsförderungsinstitut mehr zusammensetzen und enger zusammenarbeiten könnten. Ich darf in diesem Zusammenhang auch auf das jüngst vom Bund beschlossene Arbeitsmarktförderungsgesetz verweisen, das gänzlich neue Möglichkeiten der Berufsumschulung und der Berufweiterbildung bietet. Ich möchte auch nicht nur das vom steirischen Volksbildungswerk gegründete Institut für Erwachsenenbildung, das sich freilich in einer eher bescheidenen Form um Grundlagenforschung bemüht, im einzelnen nennen. Es gibt daneben viele andere Institutionen in Graz. Wenn ich nur einige nennen darf: die Volkshochschulen, die Urania und auch ein sehr interessantes und geistig virulentes katholisches Bildungswerk. Als großartige Einrichtungen haben sich die heute mehrmals genannten Initiativen und zwar Steirische Akademie, Trigon und das Musikprotokoll erwiesen, die zweifellos internationale Beachtung gefunden haben; Initiativen, die wir dem verehrten Landeskulturreferenten sicherlich mit zu verdanken haben.

Auch der Rundfunk, und das möchte ich ausdrücklich herausstellen, engagiert sich gerade in jüngster Zeit sehr stark für die Erwachsenenbildung. Ich hoffe sehr, daß das lang versprochene und in anderen Ländern bereits eingeführte Telekolleg auch bei uns in absehbarer Zeit zum Tragen kommen wird. Rundfunkfachleute sprechen in diesem Zusammenhang auch vom sogenannten Medi-umverbund, der in das Informationsangebot der

Massenmedien vor allem auch die Bildungshäuser als Stätten der Verarbeitung und Verdichtung des Bildungsgutes einbaut.

Im Landesvoranschlag selbst, Hohes Haus, finden Sie 2 Budgetposten, die ich ausdrücklich erwähnen möchte, weil sie dem Ausbau zweier sehr zukunftsorientierter Bildungseinrichtungen dienen. Es ist einmal der Betrag von 2 Millionen Schilling für den Ausbau des Raiffeisenhofes, der, so hoffen wir, zu einem echten Zentrum ländlicher Bildungsarbeit wird, und es ist zum anderen der schon genannte Betrag von 3,6 Millionen Schilling für den Ausbau des Volksbildungsheimes Retzhof. Gerade beim Retzhof handelt es sich in einem gewissen Sinn um ein Novum. Neben der Einbeziehung der Wissenschaft in die Erwachsenenbildung hat er sich nämlich der für die Demokratie ich möchte fast sagen lebensnotwendigen Aufgabe der politischen Bildung verschrieben. Das ist nicht ganz einfach, galt es doch eine Reihe von Vorurteilen zu überwinden, welche in den politischen Erfahrungen von Vergangenheit und Gegenwart ihren Ursprung hatten. Alle diese Initiativen werden freilich eines gesetzlichen Rahmens, einer entsprechenden wissenschaftlich-pädagogischen Basis und nicht zuletzt einer gediegenen materiellen Grundlage bedürfen. Für das Erste hoffen wir doch, daß das Bundesgesetz über Erwachsenenbildung kommen wird und hier einige klare, gesetzliche Fundierungen schafft. Auch von der sicherlich sehr umstrittenen, aber bald zu realisierenden Hochschule für Bildungswissenschaften erwartet die Erwachsenenbildung einige kräftige Impulse. Ihr wird es obliegen, die Erwachsenenbilder selbst für ihre Aufgaben auszubilden.

Nun zur leidigen finanziellen Frage. Hier kann ich das ewige Lied über die geringe Dotierung nicht mehr anhören. Der Leiter eines sehr bekannten und bedeutenden Bildungshauses Österreichs hat einmal folgende sicherlich sehr treffende Feststellung gemacht. Er sagte: „Wenn sich die Volksbildner ständig über mangelhaftes Verständnis für ihre Anliegen und die geringe Dotierung beklagen, so sind sie an diesem Zustand selbst schuld, weil sie nämlich nicht vermocht haben, den Politikern die Bedeutung ihrer Aufgaben glaubhaft vor Augen zu führen.“ Das ist sicher überspitzt formuliert. Ich bin aber fest überzeugt, das sage ich im vollen Bewußtsein, daß die wenigsten Initiativen am Geld allein, wohl aber am Ideendefizit und am Unvermögen einzelner scheitern. Ich weiß, das wird nicht gerne gehört, weil es einfacher ist, nach höheren Subventionen zu rufen. Jetzt bin ich Ihnen wiederum ein wenig näher, Frau Professor Hartwig. Mir ist selbstverständlich auch bewußt, daß eine moderne Erwachsenenbildung, in der von mir erwähnten Form auch einer modernen tragfähigen materiellen Basis bedarf. Darüber wird man sich in diesem Hohen Haus in Zukunft ernste Gedanken machen müssen, um diese Basis zu verbessern und neu zu schaffen. Es wird auch notwendig sein, um der Erwachsenenbildung jene steuerlichen Begünstigungen zukommen zu lassen, wie sie etwa die Wissenschaft und Forschung heute haben. Insbesondere muß es darum gehen, die Erwachsenenbildung von der Umsatzsteuer zu befreien. Denn das ist gar keine Frage, es handelt sich hier nicht um eine Lustbarkeit, son-

dern um einen Bildungsvorgang. Ob die Erwachsenenbildung alle an sie gestellten Aufgaben erledigen kann, hängt sicherlich noch von einigen anderen Voraussetzungen ab. Nicht nur wissenschaftliche Forschung ist notwendig. Insbesondere bedarf es einer besseren Koordinierung und Kooperation zwischen den einzelnen Institutionen der Erwachsenenbildung selbst. Ich halte das für eines der wichtigsten Vorhaben der nächsten Zukunft, weil wir einer Konzentration der Kräfte wie auch einer Konzentration des Wollens dringend bedürfen.

Als Konsequenz aus dem vorher Dargelegten erlaube ich mir abschließend dem Hohen Haus einen Vorschlag zu machen und die Schaffung eines Beirates für Erwachsenenbildung bei der Landesregierung anzuregen. Diesem Beirat würde insbesondere die Sorge um die Organisation eines neuen Systems der Erwachsenenbildung obliegen. Dieser Beirat hätte auch weitere Schritte für den Ausbau der Erwachsenenbildung auszuarbeiten, um entsprechende Einrichtungen, wie z. B. eines Kuratoriums, einer Planungsgruppe, eines Forschungszentrums oder auch der Finanzierung der Erwachsenenbildung zu überlegen.

Wenn es tatsächlich gelingt, was wir hoffen, alle diese Initiativen zu realisieren, so ist auch zu erwarten, daß gerade von der Erwachsenenbildung entsprechende Impulse für das wirtschaftliche, soziale und geistige Leben in unserem Lande ausgehen werden. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Zinkanell das Wort. Nach ihm spricht Herr Dipl.-Ing. Fuchs.

**Abg. Zinkanell:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In dieser teils honorigen, teils attraktiven Gruppe spielt der Naturschutz eine ziemlich bescheidene Rolle. Und ich glaube, daß man dieser Sache doch eine entsprechende Aufmerksamkeit zuwenden muß.

Im Unterabschnitt 355, „Naturschutz“, enthalten vier Postenstellen gegenüber dem Vorjahr zwar eine gewisse Erhöhung, aber der Betrag macht nicht mehr als 655.000 S aus. Für Naturschutzmaßnahmen sind in der Post 250.000 S, für die Naturschutzförderung 200.000 S, der Brgwacht sind 150.000 S zugezählt und für Beiträge an die Gemeinden zur Förderung des Naturschutzes sind 100.000 S vorgesehen.

Wenn der Naturschutz keine anderen Aufgaben hätte als seltene Blumen und Gehölze oder eventuell Wasserfälle zu schützen, dann könnte mit den vorgesehenen Beträgen wohl das Auslangen gefunden werden. Wer aber den Naturschutz nur unter diesen Aspekten sieht, der schaut meines Erachtens an den Tatsachen, an der Entwicklung unserer Zeit, vorbei. In Wahrheit geht es ja darum, die Lebensgrundlagen, die uns die Natur bietet, Wasser, Luft, auch den Boden, und was auf dem Boden wächst, möglichst unverfälscht für die nächsten Jahrzehnte und auch für die nächsten Generationen zu erhalten. Naturschutz in diesem Sinne ist Menschenschutz. So betrachtet und diese Seite des Naturschutzes in den Vordergrund gestellt, zeigt, daß es nicht gut möglich ist, die sich daraus ergebenden Aufgaben mit den im Budget angesetzten Beträgen auch nur annähernd zu bewältigen.

Das Komitee des Europarates für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen hat angeregt, das nächste Jahr, 1970, als „Europäisches Naturschutzjahr“ zu begehen. Der österreichische und der steirische Naturschutzbund haben bereits wissen lassen, daß auch bei uns aus Anlaß des Naturschutzjahres eine Reihe besonderer Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt wird. Ich glaube, wir sollten den Naturschutz und die Funktionäre, die sich dem Naturschutz besonders widmen, in diesem kommenden Naturschutzjahr, aber darüber hinaus natürlich auch in der Zukunft dadurch unterstützen, daß sich der Steiermärkische Landtag konkret und positiv mit den brennendsten Problemen befaßt, die sich aus der Gefährdung und Schädigung unserer natürlichen Umgebung und der Hilfsquellen ergeben.

Hier in diesem Hause ist von allen Parteien schon mehrfach eindringlich und im Prinzip übereinstimmend zu den Fragen des Naturschutzes gesprochen worden. Die effektiven Ergebnisse dieser unserer Gespräche und Beratungen sind jedoch eher als mager zu bezeichnen.

Nachdem die ständig steigende Motorisierung und die zunehmende Industrialisierung nicht aufzuhalten sind, im Gegenteil, sie sollen ja nach Kräften gefördert werden, muß man sich, glaube ich, mehr als bisher den Kopf darüber zerbrechen, wie zum Beispiel der zunehmenden Luftverpestung trotzdem Einhalt geboten werden kann. Und wir im Landtag, so glaube ich, hätten dafür zu sorgen, daß die von den Fachleuten aufgezeigten Möglichkeiten durchgeführt und eingehalten werden. Das gleiche, was für den Schutz vor Luftverunreinigung gilt, gilt natürlich auch für die Maßnahmen gegen die Verschmutzung fließender Gewässer und des Grundwassers, es gilt genauso auch für den Schutz des fruchtbaren Bodens und anderer Werte der uns umgebenden Natur.

Hier mit leichter Hand entstandene Schäden zu mildern zu versuchen oder Betriebe, die sich in keiner Weise um Vorschriften und Auflagen kümmern, einfach ungeschoren zu lassen — man könnte da einige sehr interessante Beispiele anführen — das ist, glaube ich, für die Zukunft unmöglich. Bevor wir zuschauen, wie die Luftverpestung oder die Wasserverschmutzung eine bedrohliche Gefahr für die menschliche Gesundheit werden, müssen wir uns entscheiden, vorerst einmal jenen Betrieben, die bewiesenermaßen nicht selbst in der Lage sind, aus ihren Mitteln technische oder klinische Schutzvorkehrungen zu installieren, halt doch mit den Mitteln der öffentlichen Hand zu helfen, ihren Verpflichtungen gegenüber der Gesundheit der Bevölkerung nachzukommen. Für die weitere Zukunft wird man sowohl im Bund als auch im Land sehr überlegen müssen, ob es nicht das beste wäre, einen speziellen Fonds zu gründen, mit Beiträgen vom Bund, vom Land und von den die Verschmutzung verursachenden Industrie- und Gewerbebetrieben, so daß eine genügend breite finanzielle Basis durch billige Kredite und möglichst auch Beihilfen geschaffen wird, die es ermöglicht, alle im Interesse der Menschen gelegenen Schutzvorkehrungen gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser und gegen die Schädigung anderer, lebenswichtiger

Werte der Natur rasch und wirksam durchzuführen. Den Idealisten, die sich schon seit langem mit dem Naturschutz befassen und in tausenden Variationen sich dieser Aufgabe widmen, die bisher sehr häufig mißverstanden wurden und nicht selten ein bißchen belächelt worden sind, diesen gebührt der Dank und auch die Versicherung, daß ihre doch von idealistischer Gesinnung getragene Arbeit nicht umsonst war und ist. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Fuchs:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte im Rahmen dieser Erörterungen ein kleines Kapitel erwähnen, das auch das Verhältnis des Landes Steiermark zur Stadt Graz betrifft. Es ist heute von einigen Rednern bereits erwähnt worden, daß die Stadt Graz und das Land Steiermark zusammen die Theater, das Schauspielhaus und das Opernhaus erhalten und den Betrieb der Vereinigten Bühnen erst damit überhaupt möglich machen. Selbstverständlich gehört zu den gemeinsamen Leistungen auch das Orchester. Es gibt ein weiteres Projekt, das von der Stadt und dem Land verfolgt werden sollte und das betrifft das sogenannte Heinrich-Harrer-Museum. Sie alle wissen, wer der Herr Professor Heinrich Harrer ist. Das ist ein Mann, den man erstens wirklich als Grazer ansprechen kann, der durch verschiedene Umstände, persönliche Begabung und Zufälle, in Situationen gekommen ist, die es wohl nicht so leicht auf der Welt gibt. Der Professor Harrer war Mitglied der deutschen Himalajaexpedition und ist zu Kriegsbeginn in britische Gefangenschaft gekommen, dann geflüchtet und hat 7 Jahre in Tibet verbracht. Diese Zeit in Tibet, die Erfahrungen und Erkenntnisse, die er dort erworben hat, sind sicher einzigartig und es gibt wahrscheinlich keinen Tibetkenner wie ihn. Wenn so ein Mann, der 10 Jahre in Asien verbracht hat und der natürlich nicht von dort Sozialversicherungsbeiträge bezahlen konnte, wenn so ein Mann darangeht sein Wissen, seine Kenntnisse seiner Heimatstadt anzubieten und zu sagen „Ich möchte Euch dieses Material übergeben. Ich bin bereit mein Museum, meine persönlichen Besitzungen“ — die auch einzigartig auf der Welt sind — „nach Graz zu bringen“, dann sollte es meiner Meinung nach nicht eine Frage von 1 Million S sein und mehr ist es nicht — so wie ich den Zeitungen entnehme — ob man dieses Anbot annehmen kann oder nicht. Sie wissen, daß der Professor Harrer seine Museumsgegenstände um 1 Million Schilling verkaufen möchte und daß er darüber hinaus den Gehalt eines Hofrates gerne hätte. Ein Anliegen, das zwischen Stadt und Land gemeinsam wohl keine besondere Belastung darstellen könnte. Ich weiß, daß die Stadt Graz finanziell sehr überfordert ist und daß die finanzielle Lage alles andere als rosig ist. Ich glaube aber, daß gerade dieser Betrag nicht mehr die finanziellen Grundfesten erschüttern würde. Die Stadt Graz ist in diesem Landtag durch sehr viele Abgeordnete, zwei Senatsratsmitglieder und schließlich auch durch den aufsichtsführenden Lan-

desrat vertreten. Ich würde wirklich alle Kollegen bitten, sich dafür einzusetzen und gemeinsam auf die Verantwortlichen in Graz einzuwirken, doch diesem Projekt näherzurücken und die Zustimmung zu geben. Wir könnten damit nicht nur einem Sohn dieser Stadt Anerkennung zollen in einem Maß, das weit hinausgeht über die Verleihung von Ehrenringen an berühmte Komponisten und Dirigenten, deren Verdienste damit nicht geschmälert sein sollen, was natürlich viel billiger ist. Bei solchen Anlässen wird sehr viel darüber gesprochen, wie eine Stadt ihre berühmten Söhne anzuerkennen hat und auch anerkennt. Hier wäre wirklich ein Fall gegeben, diese — fast möchte ich sagen — Lippenbekenntnisse durch eine Tat unter Beweis zu stellen.

Der Kollege Heidinger hat gestern mit der ihm eigenen Kraft, treffende Formulierungen zu finden, das Bundesbudget als klassenkämpferisch bezeichnet. Es ist vielleicht ein Glück, es ist uns etwas entgangen damit, daß er sich nicht mit dem Budget der Stadt Graz beschäftigt hat. (Abg. Heidinger: „Es gibt hier keinen sachlichen Zusammenhang!“) Er hätte sich in diesem Sinn wahrscheinlich so geäußert, daß er gesagt hätte, das Budget der Stadt Graz ist rassendiskriminierend, denn es ist für das Tibetmuseum kein Platz darin gewesen. Ich meine, daß schon Platz sein sollte. Ich glaube, daß wir dem Herrn Bürgermeister, dem Herrn Finanzreferenten und auch den anderen Stadtsenatsmitgliedern sehr nahelegen sollten, die Angelegenheit einer positiven Erledigung zuzuführen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Koller:** Der Abg. Leitner hat als nächster Redner das Wort.

**Abg. Leitner:** Meine Damen und Herren!

In all den Jahren bei der Budgetberatung spielt die Finanzierung der Vereinigten Bühnen in Graz immer wieder eine Rolle; so wie man sieht, eine immer stärkere und größere Rolle. Bekanntlich ist eine der Schwierigkeiten bei der Budgetierung des Abganges der Vereinigten Bühnen, daß ganz offensichtlich der Bund in keiner Weise seinen Aufgaben und Verpflichtungen nachkommt, auch die Bühnen der Bundesländer entsprechend zu subventionieren und die Grazer Bühnen gehören dazu. Während das Land Steiermark und die Stadtgemeinde Graz sehr große Summen dafür aufwenden — für 1970 21,3 Millionen Schilling direkt für die Vereinigten Bühnen —, trägt der Bund nur 5 Millionen Schilling zur Deckung dieses Defizits bei.

Es wurde heute schon hingewiesen auf die in der Vorwoche durchgeführte Budgetdebatte in der Stadt Graz, wo der Bürgermeister dieser Stadt Dipl.-Ing. Scherbaum die Erklärung abgegeben hat, daß die Gemeinde Graz die gegenüber dem heurigen Jahr gestiegenen Mehrausgaben in der Höhe von 3 Millionen Schilling nicht mehr tragen kann. Er sagte, das Land sollte diese Mehrausgaben, die auf die Stadt Graz entfallen, übernehmen; auch die Kosten für das Philharmonische Orchester. Er hat vorgeschlagen, das wurde heute auch schon betont, die zusätzlichen Mittel aufzubringen durch die Einführung eines Fernsehschillings von 5 S pro Fernseh-

bewilligung. Dadurch könnte das Land zusätzliche Einnahmen von 7 Millionen Schilling erreichen. Die Verantwortlichen beider steirischen Regierungsparteien hier in diesem Haus und in der Landesregierung lauern meiner Ansicht nach schon seit einigen Jahren darauf, um auch in Steiermark den sogenannten Kulturschilling einzuheben. Das sind nicht nur 5 S pro Fernsehbewilligung pro Monat, sondern auch zusätzlich 2 S für jede Radiobewilligung. Im Jahr würde das einen Betrag von zirka 8,5 Millionen Schilling ergeben. Auf meine wiederholten Anfragen, unter anderem an den Herrn Landesfinanzreferenten Dr. Schachner, wie er dazu stehe, erklärte er mir das letzte Mal, er halte die Einführung für nicht unbedingt notwendig. Der Landeshauptmannstellvertreter Professor Koren erklärte auf meine Anfrage, der Vertreter der Steiermärkischen Landesregierung sei bei der Tagung der Landeskulturreferenten in Eisenstadt im Gegensatz zu steirischen Pressemeldungen nicht für die Einhebung eines Kulturschillings eingetreten.

Mir scheint aber trotzdem, daß die führenden Funktionäre beider Parteien die erstbeste Gelegenheit benützen werden, um diese Abgabe einzuheben, um die „sogenannte“ Kultur zu retten. Und wie ernst es wirklich ist, zeigt ja, daß gerade Bürgermeister Scherbaum den Startschuß abgegeben und das vorgeschlagen hat — und ich kann mir nicht vorstellen, daß er diesen Vorschlag ohne Rücksprache mit dem zuständigen Referenten, der doch sein Parteikollege oder -Genosse ist, getroffen hat — so daß die Gefahr, auf die ich seit Jahren immer wieder hinweise, offensichtlich doch sehr stark besteht. Wenn auch Herr Abg. Schaller darauf hingewiesen hat, daß die Landesfinanzreferenten im Gegensatz zu Bürgermeister Scherbaum stehen, so kommt doch sehr offen heraus, daß er bzw. seine Fraktion für die Einhebung des Kultur-Schillings wären. (Abg. Gerhard Heidinger: „Reden's lieber von den Prager Sommerfestspielen mit russischer Besetzung!“) Herr Abg. Heidinger, Sie haben sehr viel von der Bundespolitik gesprochen und weniger von der steirischen Landespolitik. Ich glaube, daß die steirische SP, die Landtagsfraktion, sich auf diesem Gebiet nicht besonders stark fühlt. Und deswegen ihr Ablenken noch weiter hinaus. Bleiben wir lieber da. Offensichtlich habe ich da irgendwo hineingestochen, was der SP-Fraktion und besonders dem Herrn Abg. Heidinger nicht gefällt.

Dem Grazer Bürgermeister, der auch stellvertretender Landesvorsitzender der SPÖ Steiermark ist, fallen also offensichtlich in dieser zweifellos schwierigen Situation, in der sich die Grazer Gemeinde befindet, keine besseren Vorschläge zur Finanzierung der Vereinigten Bühnen ein als eben die Einhebung einer neuen Landesabgabe. Aber offensichtlich auch von diesem Gesichtspunkt, daß die Einhebung dieser neuen Landesabgabe „alle Steirer gleich“ — unter Anführungszeichen — treffen würde, die Reichen wie die Rentner, Herr Abg. Fuchs, und den Direktor genauso wie den Hilfsarbeiter. Das ist das österreichische Recht.

Will Bürgermeister Ing. Scherbaum nicht sehen, daß die Einhebung eines sogenannten Kulturschillings, allein wenn man sieht, wie die Ausgaben von

Jahr zu Jahr auch bei den Vereinigten Bühnen wachsen, keine Lösung des Problems der Finanzierung der Vereinigten Bühnen bedeuten würde? Sondern daß dies nur bedeuten würde, daß zu den vielen Steuerbelastungen der breiten Masse der Bevölkerung noch eine weitere Steuerbelastung hinzugefügt würde.

Was die Vereinigten Bühnen wirklich brauchen, ist, daß der Bund, der im heurigen Jahr — das wurde heute schon angeführt — 502 Millionen Schilling für die Bundestheater ausgibt und davon viele Millionen Schilling buchstäblich beim Fenster hinauswirft . . . — Ich habe z. B. selbst im Fernsehen gesehen, wie ein namhafter österreichischer Schauspieler gesagt hat, er habe zwar einen Vertrag mit den Bundestheatern wird aber nur zur Hälfte oder zu einem Drittel ausgenützt, gegen seinen Willen — da kann ich mir vorstellen, daß man durch geeignete Organisation und geeignete Maßnahmen trachten könnte, daß etwas davon auch für die Bundesländer-Theater gegeben wird. Dadurch müßte es möglich sein, den Betrag von 22 Millionen Schilling wesentlich zu erhöhen, so daß auch dann Graz mehr als jetzt 5 Millionen Schilling bekommen würde, was meiner Ansicht nach ein Bettel ist, ein Anteil, der in keinem Verhältnis zur Rolle der Bundesländer-Theater und auch der Vereinigten Bühnen in Graz steht.

Diese Argumentation stammt ja nicht nur von mir, verschiedene Damen und Herren dieses Hauses haben in so ähnlicher Form schon dazu Stellung genommen.

Bürgermeister Scherbaum ist natürlich in einer schwierigen Situation, aber meiner Ansicht nach täte er als führender Funktionär des Österreichischen Städtebundes und als Vertreter der Landeshauptstadt Graz gut daran, das Gewicht dieser Stadt und der vielen Städte, die er in dieser Organisation vertritt, dafür einzusetzen, daß die österreichischen Städte und Gemeinden und vor allem die so aufreizend benachteiligte Stadt Graz endlich auch einen entsprechenden Anteil aus dem gemeinsamen Steuertopf bekommen, unter anderem auch einen entsprechenden Bezug für die Erhaltung der Theater. Eine solche notwendige Initiative des Herrn Bürgermeister Scherbaum steht allerdings im Widerspruch zu seiner Verhaltensweise. Ich habe schon gestern angeführt, daß er als einer der führenden Funktionäre des Städtebundes, obwohl unter anderem auch die Stadt Graz besonders benachteiligt wird, diesem Finanzausgleich, diesem gemeindefeindlichen Finanzausgleich die Zustimmung gegeben hat und selbst der neue Finanzreferent von Graz, Stadtrat Dr. Edler hat diesen von Scherbaum mit ausgearbeiteten Finanzausgleich als von vornherein schlecht beurteilt. Hier muß der Hebel angesetzt werden. Das muß man auch dem Herrn Ing. Scherbaum, unserem werten Bürgermeister, sagen, um eine Wendung zum Besseren für die Gemeinden und vor allem für die Stadt Graz zu erreichen. Dann wird es möglich sein, mehr für Kultur und auch mehr für unsere Bühnen zu tun, was sicherlich notwendig ist. Die steirische Bevölkerung mit weiteren Steuern zu belasten, ist kein Ausweg, denn die breite Masse der Bevölkerung unseres Landes zahlt schon genug Steuern.

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abg. Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Das Kapitel 3 sieht 102,6 Millionen Schilling Ausgaben vor und ist außer der Gruppe 1 und der Gruppe 8 das niedrigst dotierte Kapitel. Ich weiß, es spielt keine besondere wirtschaftliche Rolle, aber dafür stehen die geistigen Werte dieser Gruppe wohl weitaus im Vorrang, ja es ist dieses Kapitel 3 die Visitenkarte unserer Heimat und ihrer braven Bewohner.

Der Herr Kollege Zinkanell hat mir leider schon die Hälfte weggenommen, denn ich wollte auch über das Problem Naturschutz reden und ich werde mich bemühen, daß wir so nebeneinander noch etwas finden.

Ich möchte auf jeden Fall die Damen und Herren des Landtages einladen, daß wir mit dem geistigen Auge miteinander kurz eine Wanderung in die Natur machen, weil ich nämlich wirklich glaube, daß das notwendig ist, weil es so viel zu retten gibt, bevor dieses Gebäude, in dem wir alle miteinander wohnen, einmal über uns zusammenfällt.

Was macht der Wohlstandsmensch heute? Der nimmt nur ununterbrochen von der Natur, so wie man bei der Obsternte die Äpfel brockt. Es wird immer nur genommen und genommen und man übersieht aber dabei, daß durch dieses ständige Nehmen und Nichtzurückgeben die Ordnung irgendwie aus dem Geleise kommt, was unweigerlich zu einer Katastrophe führen muß. Die Sünden der Väter und der Ahnen sind ja sehr deutlich dadurch sichtbar, daß infolge der Rodungen Verkarstungen als unheilbare Wunden erhalten bleiben. Und jetzt kommt dann noch die neue, die moderne Zeit, die ganz Gescheiten, die Wissenschaftler und die Techniker, die wohl in der Lage sind, großartige technische Werke zu vollbringen, Fabriken aufzubauen, aber für das Bescheidene, das Primitive keine Zeit haben oder diese Dinge einfach nicht beachten.

Man ist nicht in der Lage, dafür Sorge zu tragen, daß das Wasser gesund bleibt, daß die Luft gesund bleibt, sondern man baut einfach einseitig darauf los und es besteht wirklich eine echte Gefahr. (Abg. Scheer: „Wie in Lannach!“) Sie werden schon etwas richten, daß das nicht zu viel stinkt. — Aber im allgemeinen ist es heute genauso wie beim Menschen, wenn er im Krankenhaus liegt und wenn es rundherum zwickt, dann kommt er erst darauf, was die Gesundheit bedeutet. Die breite Masse lebt froh in den Tag hinein und denkt nicht, daß einmal etwas passieren könnte. Es ist auch schon gesagt worden. Der Europarat befaßt sich mit dem Gedanken, ein Naturschutzjahr zu machen und das muß uns schon etwas sagen, daß es ernst ist um diese Probleme und diese Dinge.

Was können wir eigentlich dazutun? Der Abg. Dr. Götz hat gestern in der Generaldebatte schon erwähnt und der Abg. Zinkanell jetzt auch, die Posten, die für den Naturschutz zur Verfügung stehen. Da habe ich eine andere Meinung und ich glaube, Ihr stimmt alle mit mir überein. Eigentlich müßten wir für den Naturschutz überhaupt keine Mittel vorsehen, weil es eine moralische Verpflich-



tung für jeden einzelnen Menschen ist, dafür zu sorgen, daß er den Raum, den er bewohnt, sauber und in Ordnung hält. (Allgemeiner Beifall.)

Alle Menschen müssen sich als Menschen geben und benehmen. Die Verstädterung nimmt ganz gewaltig zu. 48 % der Bevölkerung wohnen heute in den Städten. Es ist logisch und selbstverständlich, daß der Drang besteht, hinaus aufs Land zu gehen. Es ist eine noch nie dagewesene Evolution der Freizeit. Mit dieser ist auch die Freiheit verbunden. Die Leute wollen sich draußen frei bewegen. Da muß ich sagen, so nett und sauber wir als Kulturvolk von Österreich sind, so nett wir uns unser eigenes Heim gestalten, so nett wir uns in einem vornehmen Restaurant benehmen oder im Theater, genauso müssen die Menschen es draußen tun. Denn unsere Wiesen, Felder und Wälder sind auch keine Mistkübel, aber dort wird einfach alles wahllos weggeworfen. Wie geht es oft den Bauern vor einer bevorstehenden Ernte. Glasscherben, Papierfetzen und der ganze Unrat, den man bei sogenannten Picknicks wegwirft, liegt quer durch die Gegend. Ich muß Dir, lieber Herr Landeshauptmann, ein Wort wegnehmen — das darf ich tun, gelt? Der Landeshauptmann hat einmal geschrieben, daß Naturschutz Charakterbildung und Herzensbildung ist. Das ist wirklich so. Man muß von vorne anfangen, im Elternhaus und in der Schule, daß man die Kinder dort schon darauf aufmerksam macht auf die Achtung und Anerkennung der Kreatur; daß man nicht nur das Schreiben, Rechnen und Lesen lernt, sondern daß man darauf hinweist, was uns die Schöpfung alles schenkt, was wächst und gedeiht. Ich glaube, damit können wir dort richtig hinkommen und auf diesem Wege über Eltern und Schule den besten Beitrag für das kommende Naturschutzjahr 1970 leisten. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 14.30 Uhr. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schön.

Unterbrechung der Sitzung: 13 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 14.30 Uhr.

**Präsident:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als nächster Redner hat der Herr. Abg. Schön das Wort.

**Abg. Schön:** Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich nun zur Gruppe 3, Kultur, auch kurz das Wort ergreife und hier zum Abschnitt Denkmalpflege einiges sage. Das Land Steiermark ist ein altes Eisenland und ich glaube, es wurde dies sehr gut zum Ausdruck gebracht durch die Ausstellung „Der steirische Berg- und Hüttenmann“, wofür ich an dieser Stelle heute noch Herrn Landeshauptmann Dr. Koren danken möchte, daß er für diese Leute eingetreten ist und im weiteren möchte ich aber auch aufzeigen, daß aus dieser Geschichte heute noch Denkmäler bestehen. Ich habe bei der Budgetberatung im vorigen Jahr bereits darüber gesprochen, daß diese Denkmäler sehr stiefmütterlich behandelt werden. Es gibt hier einige. Ich habe voriges Jahr über das obersteirische Klein-

od, die letzte Festungskirche Österreichs, die Oswaldikirche in Eisenerz, gesprochen. So möchte ich heute ein weiteres Kleinod herausheben und zwar ist es der historische Markt Vordernberg. Ich glaube, ich brauche das Geschichtliche nicht näher zu umschreiben. Der Markt Vordernberg hat bereits eine große Förderung durch Erzherzog Johann erhalten. Ich glaube, daß heute noch sehr viele Denkmäler auf das hinweisen. Unter anderem auch, was vielleicht einige Abgeordnete dieses Hohen Hauses nicht wissen, daß um diese Zeit schon einmal der steirische Erzberg im Vordernberger Revier verstaatlicht worden ist. Nun sind diese Denkmäler in einem Zustand und ich erinnere daran, daß vor 2 Jahren hier ein Antrag behandelt wurde, der bereits beantragte die Demolierung dieses markant hervorstechenden Denkmals. Es ist damals sehr merkwürdig darüber gesprochen worden. Man hat sich daran erinnert, daß das eine direkte Kulturschande wäre. Ich möchte es näher bezeichnen. Es ist dies das Radwerk Nr. 10 in Vordernberg. Dieser Demolierungsantrag ist entstanden aus Anträgen des alpineigenen Werkswohnungsausschusses, in denen behauptet wird, daß sich diese Gegend in einem Zustand befindet, der eher einem Misthaufen gleicht, als einem Kulturdenkmal. Der Antrag hat dann soviel Staub aufgewirbelt, daß das Bundesdenkmalamt auf den Plan getreten ist und damit geantwortet hat, daß es dieses Radwerk 10 unter Denkmalschutz stellte. Man hat sich nun mit dem begnügt und hat gesagt, wenn es unter Denkmalschutz gestellt wird, dann wird wenigstens etwas geschehen auf diesem Gebiet. Es wird ein Denkmal auch gepflegt, so daß es wirklich dem Fremdenverkehr förderlich ist und das Ortsbild verschönert und daß endlich eine Brutstätte — und das sei nicht hier hochgespielt — von Ratten und anderem Ungeziefer verschwindet. Leider haben wir in Vordernberg vergeblich auf diese Pflege des Radwerkes 10 gewartet. Ich möchte den Zustand von jetzt ganz kurz schildern. Das Radwerk 10 wird hingestellt als eines der ältesten Radwerke in der Steiermark. Vielleicht mag die Bezeichnung Radwerk 10 stimmen, alles andere nicht. Wenn auch die Gründung zurückgeht auf das 15. Jahrhundert — es ist zirka 1450 gegründet worden — so hat das mit dieser Gründung nichts mehr zu tun, denn die letzte große Umbauarbeit an diesem Radwerk, die es vollkommen verändert hat, ist erst im vorigen Jahrhundert geschehen; die Einstellung dieses Radwerkes erfolgte erst um die Jahrhundertwende 1899; die gänzliche Abtragung der Einrichtungen erst im Jahre 1929. Vordernberg hat ein Denkmal auf diesem Gebiet erhalten und zwar im Radwerk 4. Das Radwerk 4 ist museal ausgebaut worden und dient heute allen Besuchern von Vordernberg — frei zugänglich — als Denkmal der einstmaligen Eisenverschmelzung. Das ganze Radwerk gleicht einer einzigen Ruine. Es ist auch seit dieser Zeit nichts geschehen, oder man kann sagen, fast nichts. Es ist wohl jetzt im November ein Caterpillar dort herumgefahren und hat einige Erdbewegungen vorgenommen, aber man kann sich vorstellen, dort in dieser Gegend im November anzufangen, heißt so viel wie: „Ich möchte schon gern, aber jetzt kommt eh der Winter, dann kann ich nicht mehr.“ Das haben wir ja schon öfter

erlebt. So steht das noch immer im gleichen Zustand dort. Meine Damen und Herren, da nützt es auch nichts, wenn es unter Denkmalschutz gestellt wird, denn wenn es nicht gepflegt wird, bleibt es ewig der Haufen, wenn man es so nennen darf, und ewig die Ruine, die noch immer eher dazu verleitet, sie zu demolieren und die die in den umliegenden Häusern lebenden Menschen gefährdet. Daß solche Ruinen willkommenen Spielplätze für Kinder sind, können Sie sich vorstellen und auch welche Gefahr für diese Kinder wieder daraus erwächst. Ich möchte hier feststellen, daß das österreichische Unterrichtsministerium einen ganz schönen Betrag zur Verfügung stellt für archäologische Ausgrabungen in der Türkei. Und von diesen Ausgrabungen kommt nicht ein einziges Exponat nach Österreich, das bleibt alles in der Türkei. Es dient also wohl eventuell Forschungszwecken — das kann man aber auch nachher — aber ansonsten wird nur von Österreichern die Arbeit geleistet und das Geld dafür gegeben. Ich glaube, wenn schon ein großer Förderer im vorigen Jahrhundert sich für solche Sachen interessiert hat, so kann man auch heute noch von bundeswegen auftreten und solche Denkmäler so pflegen, daß sie auch wirklich museal wirken und daß sie auch wirklich dem Fremdenverkehr dienen, so wie es damals ausgesagt wurde.

Zu diesem Kapitel gehört aber auch die sogenannte „Fassadenerneuerung“. Der historische Markt Vordernberg hat eine ganz ansehnliche Zahl von alten Häusern, die noch wirklich denkmalwürdige Fassaden tragen. Ich brauche hier nicht auszuführen, was es für den Besitzer eines solchen Hauses bedeutet, eine historische Fassade zu renovieren. Die meisten Häuser von Vordernberg, die solchen historischen Wert haben, gehören der Alpine, ein Teil aber der Marktgemeinde selbst. Die Alpine ist derzeit nicht imstande — zumindest versichert sie das —, für solche Arbeiten und für solche Restaurierungen Geld auszugeben. In diesen Häusern wohnen Leute, die, weil außen nichts renoviert wird, auch innen nicht renovieren und die daher in schlechten Wohnverhältnissen leben. Es wird der Wunsch immer größer, endlich bessere Wohnverhältnisse auch in diesen Häusern zu bekommen. So wird der Besitzer gezwungen, doch einmal zur Renovierung zu schreiten, aber nicht zu einer so kostspieligen, sondern zu einer, die für ihn die billigste Art ist. Und die billigste Art wird einmal die sein, daß man diese Fassaden verschwinden läßt, sie glatt herunterputzt und mit einer völlig unhistorischen Farbe herunterfärbelt. Und dann sind diese Denkmäler weg. Darum möchte ich hier darauf hinweisen, daß der Bund, wenn er schon den Denkmalschutz für ein Radwerk übernimmt, auch das Geld gibt, daß diese Häuser renoviert werden können. Nicht, daß man dann wieder sehr entrüftet ist, wenn das in der Form geschieht, wie ich sie gerade geschildert habe. Und hier sei auch festgestellt, Herr Landeshauptmann, — das ist bei Denkmälern immer so und wird auch immer so sein — wer das Geld hergibt, der schafft an und ich glaube, der historische Markt Vordernberg hat es verdient, daß von bundeswegen das Geld gegeben wird, damit der Markt wieder ein schönes Bild bekommt und diese Denkmäler so ausgerich-

tet werden, daß sie würdig sind — nach einem Rosegger-Ausspruch — „die Glieder einer goldenen Kette zu bilden zu unseren Ahnen“. Ich danke. (Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Prof. Dr. Eichinger ist als nächster Redner am Wort. Nach ihm Herr Abg. Wuganigg.

**Abg. Prof. Dr. Eichinger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Unterabschnitt Naturschutz scheint in einer Summe von 115.000.— S erstmalig eine Förderungspost für die Steirische Bergwacht auf. Damit werden die Leistungen von etwa 2600 Bergwächtern gewürdigt, die allein im Jahre 1969 etwa 35.000 Stunden ehrenamtliche und uneigennützige Arbeit geleistet haben. Wer dafür sorgt, daß unsere Tier- und Pflanzenwelt, daß unsere Naturdenkmäler erhalten bleiben, sorgt gleichzeitig auch für alle jene, die den Ballungsräumen und Industriegebieten entfliehen.

Und wenn ich allein hier nur an das Mürztal denke, daß wir eine einzige Industriezone von Mürzschlag bis Judenburg erhalten werden, dann muß ich wirklich sagen, daß hier die Arbeit dieser Bergwächter in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch wichtiger werden wird. Denn die Leute wollen ja letzten Endes in den Bergen Erholung und neue Kräfte finden. Nicht zuletzt kommt die vorbildliche Tätigkeit der Bergwächter auch hunderten von Fremden zugute, die sich immer wieder durch die Naturschönheiten unseres Landes angezogen fühlen.

Die Bergwächter fühlen sich keineswegs als Bergpolizisten, die zum Schrecken einsamer Wanderer werden, im Gegenteil, in einer großen Liebe zur Schönheit unseres Landes wollen sie belehrend und aufklärend wirken. Wenn diese Männer schon seit eh und je auf so manche Verschandelung der Landschaft, wie auf die Probleme des Mülls, der Reklame, aber auch auf die Verunreinigung von Wasser und Luft aufmerksam gemacht haben, können sie heute mit Befriedigung feststellen, daß ihr Mahnen Früchte getragen hat. Denn mehr und mehr kommt auch im politischen Vokabular die Bedeutung des Schutzes vor Umwelteinflüssen vor.

Zu ihrer Tätigkeit gehört auch das Anlegen von Wanderwegen und Naturlehrpfaden sowie die Kontrolle von Schutzgebieten. Oft sind es auch Wasserschutzgebiete, aus denen jenes köstliche Trinkwasser kommt, um das man uns in Zukunft mehr und mehr beneiden wird.

Bergwächter sind aber auch Volksbildner, die in Vorträgen und Kursen für die Verbreitung des Verständnisses für alle Probleme des Natur- und Landschaftsschutzes sorgen. Sie sind Freunde und Hüter unserer Landschaft, Bewahrer unserer Lebensgrundlagen, denen ganz besonderer Dank für ihren ständigen Einsatz auszusprechen ist. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat Abg. Wuganigg. Nach ihm hat sich Abg. Lind zu Wort gemeldet.

**Abg. Wuganigg:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Im Unterabschnitt 325 wurde die Post 781 „Volksmusikschulen — Zuschüsse zum laufenden Aufwand“ von 3,980.000.— S auf 6 Millionen Schilling erhöht. Es ist das eine mehr als 50%ige Erhöhung. Jeder, der sich mit den Musikschulen in irgendeiner Weise verbunden fühlt, wird gerade diese Erhöhung freudigst und dankbar begrüßen. Dieser Betrag soll dazu dienen, den Gemeinden als den Trägern der Volksmusikschulen Zuschüsse zu gewähren.

Trotz dieser Erhöhung von mehr als 2 Millionen Schilling, die nun für diesen Zweck zur Verfügung stehen, kann ich nicht umhin, den Ernst der Situation aufzuzeigen, in der sich die Gemeinden hinsichtlich dieser Musikschulen befinden.

Eine Situation, die die Existenz dieser Musikschulen ernstlich bedroht. Die Ursache ist in der finanziellen Lage der Musikschulen zu suchen. In den letzten 10 Jahren haben sich die Ausgaben der Gemeinden für die Musikschulen auf das rund Drei-, Vier- und sogar Fünffache erhöht. Sie haben sich z. B. erhöht in Weiz von 235.000 S auf 732.000 S, in Gleisdorf von 237.000 S auf 813.000 S, in Bärnbach von 110.000 S auf 364.000 S und in Krieglach von 172.000 S auf 568.000 S. Da die Lehrkräfte nach dem Gehaltsschema der öffentlich Bediensteten entlohnt werden, steigen selbstverständlich, das ist ja klar, die Personalkosten. Selbst wenn man den Sachaufwand noch so niedrig hält, stehen wir ständig steigenden Ausgaben gegenüber. Was die Einnahmen betrifft, ist die Entwicklung gerade umgekehrt. Bei Gründung dieser Musikschulen vor 10 und 15 Jahren hat man den Gemeinden seitens des Landes weitestgehende finanzielle Förderung und Unterstützung zugesagt. Ich muß aber sofort hinzufügen, daß es nicht die Regierungsstellen waren, sondern, daß diese Versprechungen, ich möchte fast sagen auf Beamtenbene gegeben wurden im guten Glauben, daß man das, was man damals geben konnte, auch weiterhin geben wird. Man konnte diese Entwicklung damals noch gar nicht absehen. Ich möchte aber hinzufügen, daß gerade diese Zusage es gewesen ist, die jeweils eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür war, daß es in den vielen Fällen zur Gründung der Musikschulen gekommen ist, da ja schon damals die Finanzkraft der Gemeinden zu schwach war, um den Musikschulen wesentliche Zuschüsse zuführen zu können. Noch vor 10 Jahren hat der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben ungefähr 30 bis 40% betragen. Er ist seither auf 50 bis mehr als 60% der weitaus höheren Ausgaben angestiegen. Ich will es Ihnen ersparen, auch das jetzt noch zu bringen. Umgekehrt hat sich der Landesbeitrag im gleichen Zeitraum von zirka 20% auf etwa die Hälfte dieses Prozentsatzes vermindert

Natürlich, meine Damen und Herren, hat man das Schulgeld erhöht. Es ist in dieser Zeit 3, 4mal erhöht worden. Aber auch hier sind Grenzen gesetzt. Es soll ja der Zutritt zu den Volksmusikschulen allen Schichten der Bevölkerung offen bleiben.

So sind die betroffenen Gemeinden in Anbetracht ihrer Pflichtaufgaben bereits heute außerstande, diese Lasten weiterhin tragen zu können und damit wird die Existenz dieser Volksmusikschulen ernst-

lich gefährdet. Das, meine Damen und Herren, muß verhindert werden, denn diese Volksmusikschulen üben eine bedeutende Funktion in unserem steirischen Kulturleben aus. In den 33 Volksmusikschulen werden rund 8000 Musikschüler unterrichtet und es wird damit dem Bedürfnis der musikalischen Erziehung im größten Maß entsprochen. In ihrer Breitenwirkung werden alle Schichten der Bevölkerung erfaßt. Die Musikschulen sind vor allen Dingen die Ausbildungsstätten der Blasmusikkapellen. Ich glaube, der Abg. Lind, der nach mir sprechen wird, wird ja über die Blasmusikkapellen sprechen. Ich nehme es an; er hat es bisher immer getan. Er hat eine Monopolstellung hier. Ich hoffe es zumindest.

Mehr als 50 einstige Schüler der Volksmusikschule Weiz sind heute aktive Musiker bei den Blasmusikkapellen der Umgebung. Mehr als 20 besuchen die Musikakademie und über 50 das musisch-pädagogische Gymnasium. Wenn man aber erlebt hat, mit welcher Begeisterung und in welcher Zahl die Angehörigen der Schüler daran Anteil nehmen und zu den Schlußkonzerten kommen — wir haben festgestellt, es waren voriges Jahr innerhalb dieser Woche 2200 und in diesem Jahr 2700 Besucher und das in einer Stadt mit rund 9000 Einwohnern —, dann kann man sagen, daß dieses Geld, das hier ausgegeben wird, sicherlich gut investiert wurde.

Ich möchte mit einer Bitte schließen. Man soll nicht undankbar sein, aber man darf auch nicht auf halbem Weg stehenbleiben. Es war ein großer Schritt nach vorne, der diesmal für die Volksmusikschulen getan wurde. Vielleicht gelingt es, diesem Schritt noch einen weiteren hinzuzufügen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächster Redner ist der Herr Abg. Lind am Wort. Nach ihm der Abg. Dr. Klausner.

**Abg. Lind:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren.

Es trifft sich zufällig, daß der Kollege Wuganigg und ich hintereinander zum Wort kommen, nachdem wir heute zufällig beide in dieselbe Kerbe schlagen. (Abg. Brandl: „In dasselbe Horn blasen!“) Zufällig!

Osterreich bietet viele Attraktionen. Es ist als Musikland in der Welt bekannt. Ströme von Menschen fließen aus aller Welt in dieses schöne Herz Europas. Unsere Musiker und Künstler tragen den Gedanken und den Geist Osterreichs hinaus in alle Erdteile. Osterreich selbst muß selbstverständlich, um dieses Musikland zu fördern, um dieses Osterreich auch als dieses Musikland zu erhalten, das Beste für die Musik geben. Das Land Steiermark ist in dieser Richtung sicherlich beispielgebend. In diese Volksmusikschulen, mit denen ich mich vorerst befassen möchte, sind viele junge Leute eingezogen, die dort Unterricht nehmen, die dort ausgebildet werden. Die Volksmusikschulen sind nicht wegzudenken. Es werden dort Talente geweckt, die dann als Künstler hinausziehen, um Osterreich wieder populär zu machen. Die Gemeinden hatten zum Zwecke der Erhaltung dieser Schulen große Opfer auf sich genommen. Als vor mehr als 20 Jahren der Versuch, das steirische Volksmusikwerk neu zu or-

ganisieren, erste reale Formen annahm, wurde als Fernziel neben der Stützung durch das Land, die zur Konsolidierung führen sollte, auch die Einführung lebender Subventionen ins Auge gefaßt. Es wurden damals 4 Musikschulen unter der Voraussetzung geschaffen, daß die laufenden Kosten gedeckt werden. Ein Drittel der Kosten sollte durch die Schüler bzw. deren Eltern, ein Drittel durch die Gemeinde und ein Drittel durch das Land Steiermark aufgebracht werden. Die vom Land gewährten Subventionen fielen aber bald weit zurück. Darüber noch einiges in meinen Ausführungen später.

Die spätere Entwicklung beschränkte sich auf folgende Nahziele:

1. die Übernahme der Kosten der Leitergehälter durch das Land;
2. die Übernahme der Kosten der sozialen Lasten für die Lehrer;
3. die Übernahme der Kosten der reinen Reisespesen vom Wohnort zum Dienstort und zurück bei Lehrern, die nicht im Dienstort wohnen;
4. Zuwendungen zum Ankauf von Instrumenten und Unterrichtsmaterial;
5. Förderung der Konzerttätigkeit der Schulen und
6. Bauzuschüsse zur Verbesserung der trostlosen Raumverhältnisse.

Während die anderen Programmpunkte dieser Reihe sich einigermaßen positiv verwirklichen ließen, traten, weil kostspieliger, beim ersten Punkt und überhaupt bald Hemmungen ein. Seit etwa 12 Jahren konnte nicht nur kein Fortschritt mehr erzielt werden, es gelang auch nicht mehr, die bereits errungenen Positionen zu halten. Weder die Soziallastenbeihilfen noch die Reisespesen der Lehrer noch die Nettobezüge der Leiter konnten 1969 gedeckt werden.

Nun zu den Volksmusikschulen selbst: Das steirische Volksmusikschulwerk besteht, wie bereits von meinem Vorredner erwähnt, aus 33 Volksmusikschulen mit 17 Zweigstellen. 33 Gemeinden können also als Rechtsträger der Volksmusikschulen angesehen werden. Die Vergleichsziffern, die ich jetzt bringe, stammen aus dem Schuljahr 1968/69. Es werden in den Volksmusikschulen, wie bereits erwähnt, ca. 8000 Schüler von 329 Lehrern in 5727 Unterrichtsstunden unterrichtet. Der Aufwand für alle Volksmusikschulen beziffert sich auf weit über 20 Millionen Schilling. Die Zuschüsse der Rechtsträger, also der Gemeinden, beliefen sich zwischen 50 und 60 %. Der Landeszuschuß betrug nur bei 19,2 %, ich muß aber feststellen, daß es z. B. in Hartberg nur mehr 17 % waren. Der Bundeszuschuß betrug nur mehr 0,6 % und die Eltern mußten an Schulgeld 19,3 %, teilweise aber auch mehr zahlen. Es mußten die Erhalter der Schulen auch höhere Musikschulbeiträge zur Vorschreibung bringen. Die Einnahmen aus Konzertveranstaltungen waren nicht sehr wesentlich.

Entsprechend der dem steirischen Musikschulwerk zugrunde liegenden Intentionen sollen die Musikschüler keinen oder aber nur einen geringen Beitrag zu ihrer Ausbildung leisten müssen. Dieses Idealziel kann selbstverständlich nicht erreicht wer-

den. Es ist jedoch anzustreben, daß die Subventionszuschüsse des Landes so weit erhöht werden, daß die Schulgelder in einem erträglichen Maß gehalten werden können und daß die Gemeinden, die große Opfer bringen, ein wenig entlastet werden.

Es ist nun sehr, sehr erfreulich, daß im Budget 1970 ein dringend notwendig gewordenenes Nachziehverfahren stattfindet, wofür ich ganz besonders dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter meinen innigsten Dank aussprechen möchte. Es trägt dies sehr zur Entlastung der Gemeinden, aber auch der Eltern, die Schulgeld bezahlen müssen, bei und es ist somit die Möglichkeit gegeben, auch weiteren Kindern wieder Unterricht bieten zu können.

Der Zustrom zu den Volksmusikschulen ist Gott sei Dank sehr groß. Und dringende Abhilfe und Aushilfe ist hier geboten.

Nun noch einige Worte zu den Blasmusikkapellen: In der Steiermark wirken 370 Blasmusikkapellen. Es sind beinahe 10.000 Musiker, davon wieder 2000 Jungmusiker am Werk. Gott sei Dank sind hier keine Nachwuchssorgen vorhanden. Diese Musiker wirken Stunden um Stunden als Idealisten für die Blasmusik. Das Land Steiermark hat auch den Blasmusikern im Jahre 1969 270.000 S an Subventionsmitteln gewährt. Es ist auch sehr erfreulich, daß die Budgetansätze im Jahre 1970 wieder erhöht werden konnten, wofür ich auch recht herzlich danken möchte.

Ich komme schon zum Schluß und möchte Sie nochmals bitten, gemeinsam dafür zu sorgen, daß die Blasmusikkapellen und die Blasmusiker weiter Unterstützung finden, diese Idealisten, die ununterbrochen bei allen feierlichen Anlässen mitwirken und selbstverständlich auch Träger der Volksmusik sind. (Beifall.)

**Präsident:** Herr Abg. Dr. Klauser hat das Wort. Nach ihm Herr Abg. DDR. Götz.

**Abg. Dr. Klauser:** Meine Damen und Herren! Frau Prof. Hartwig hat heute hier schon gesagt, daß es zu den Themen, die zur Gruppe 3 gehören, eigentlich kaum grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Wahrscheinlich habe ich es dem zu verdanken, daß ich hier zu Fragen von Forschung und Wissenschaft reden kann. Sie hat sich wahrscheinlich gedacht, da kann dann nicht viel passieren.

Nun, ich habe mir die Protokolle der ersten sieben oder acht Budget-Debatten durchgelesen und muß eigentlich sagen, meine Damen und Herren, es wurde in all diesen Jahren zum gesamten Thema der Gruppe 3 manches sehr schön Formulierte, manches sehr Kluge und herzlich wenig Neues gesagt. Das liegt wahrscheinlich in der Natur der Dinge, die hier zu behandeln sind. Jeder hat sich mehr oder weniger im Generellen gehalten, vor den Details scheut naturgemäß jeder von uns mehr oder weniger zurück. Ich nehme das jedenfalls an, denn wer von uns fühlt sich schon mehr als ehrenhalber zuständig für diese Dinge? Wirkliche Sachverständige auf diesem Gebiet sind wir ja nicht. Jedenfalls möchte ich für mich betonen, hätte ich gewußt, was mir da bevorsteht, hätte ich mich im Klub mehr dagegen gewehrt, zu diesem Thema spre-

chen zu müssen. Es ist nicht einfach. (Abg. Dipl. Ing. DDr. Götz: „Das ist aber nicht unsere Schuld!“) Nein, Sie können nichts dafür, aber deswegen werde ich auch gleich zu Ende kommen, um Ihnen das Feld zu räumen und darauf zu warten, ob Sie Detaillierteres dazu zu sagen haben als ich. Die Schwierigkeit liegt ja darin, daß vor allem bei dem Thema Forschung und Wissenschaft sich wirklich alle über das Generelle einig sind und der Teufel im Detail steckt. Meiner Meinung nach liegt die Schwierigkeit bei diesen Dingen auch gar nicht auf der finanziellen Ebene. Das wird viel leichter zu überwinden sein, als die Einigung über das Detail, über die Art und Weise, wie die Mittel einzusetzen wären, über deren Notwendigkeit ja auch schon x-mal dasselbe gesagt wurde. Und daher glaube ich, daß man hier den Ausweg nur darin finden könnte, daß man vielleicht in einer ähnlichen Form, wie das der Herr Kollege Schaller für die Erwachsenenbildung angekündigt hat, sich den Kopf darüber zerbricht, wie man außerhalb dieser im Landtag üblich gewordenen Pflichtübungen zu einem Konzept kommt, sich darüber einigt, was man will und darüber einigt, wie man das finanziert.

Wenn ich vielleicht noch etwas hinzufügen darf: Meiner Meinung genügt ein Konzept nicht. Schauen Sie, der neue westdeutsche Minister für Wissenschaft und Forschung hat in einer ersten Stellungnahme erklärt, daß in den nächsten 10 Jahren die Aufwendungen der öffentlichen Hand von 22 Milliarden auf 50 Milliarden D-Mark gesteigert werden müßten, damit man den Anforderungen gerecht werden könne. Er hat aber auch hinzugefügt, daß es unvermeidlich sei, daß hier die kurzfristige, eine Art mittelfristige und eine langfristige Planung sich überlappen müssen, weil es unvermeidlich sei, daß man, wenn man nur das langfristige Vorhaben im Auge habe, kurzfristig zu wenig tue, andererseits aber in Kauf nehmen müsse, daß unter Umständen Aufwendungen, die man kurzfristig für notwendig erachtet, durch die längerfristige Planung dann nicht mehr notwendig werden und wegfallen. Um das nun in das richtige Verhältnis bringen zu können und um rechtzeitig beurteilen zu können, wo man einen Aufwand dennoch machen muß, wenn er auch später wird wegfallen können, glaube ich, daß man sich da doch zu etwas eingehenderen Vorschlägen und Konzepten wird zusammenraufen oder zusammenarbeiten müssen.

Und darum möchte ich bitten. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

**Präsident:** Nächster Redner Herr Abg. DDr. Götz, dem ich das Wort erteile, nach ihm Abg. Ritzinger.

**Abg. Dipl. Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren und in dem Fall im besonderen Herr Abg. Klausner!

Ich habe eigentlich sehr wohl die Absicht gehabt, zur Kultur etwas ausführlicher und detaillierter Stellung zu nehmen. Ich bin aber Gott sei Dank auch Fernseher und habe gestern abend den Beitrag „Tu felix Austria“ gesehen, der mich etwas behindert in diesen Ausführungen. Vor allem deshalb, weil die namhaften Avantgardisten, die da zu Wort gekommen sind, festgestellt haben, daß

Osterreich eine trostlose, kulturelle Wüste sei, in der niemand und nichts leben könne, das auch nur die geringsten kulturellen Bedürfnisse hat. Es ist selbstverständlich, daß eine Steigerung dieser Formulierung für den Kreis der Gebietskörperschaften und Politiker gilt; die sich vermessen, auch nur irgendetwas im Bereich der Kultur zu sagen. Es sind auch dann, was uns alle unerhört schmerzen muß, eine Reihe dieser Avantgardisten in die Bundesrepublik verzogen unter der Feststellung, daß dort doch nur ein überwiegender Teil blöd sei, während bei uns alle blöd seien. (Abg. Dr. Klausner: „Nichts Neues, Herr Kollege, das haben wir auch schon zehnmal gehört!“) Vor gestern abend, Herr Kollege Dr. Klausner? Das ist mir wirklich neu! Vor allem ist mir neu, daß bisher eine völlige Verkenning jener Künstler stattgefunden hat, die in der Universität Wien einen Hörsaal mit dem WC verwechselt haben und daß das keineswegs eine skandalöse Verhaltensweise gewesen ist, sondern ein notwendiger Protest, den ich erst gestern richtig erfassen und verstehen konnte, als von Wiener, Bauer, Kolleritsch und Handke die Rede war.

Aber trotzdem, meine Damen und Herren, ich traue mich natürlich nicht zu sagen, daß ich zur Gruppe Kultur spreche, nach diesen Festlegungen, die ja dazu führen, daß ich als einer dieser Wüstenbewohner völlig neben den Schuhen der Avantgardisten stehe; trotzdem möchte ich zur Gruppe 3 ein paar Bemerkungen anbringen. Bitte? (Präsident Dr. Heidinger: „Reden Sie nicht schon zur Wasserversorgung?“) Sie dürfen das mit der Universität nicht so wörtlich nehmen, Herr Präsident.

In der Erwachsenenbildung, die heute angeschnitten wurde ist zweifellos in der generellen Frage, sie müsse stattfinden, sie müsse im vermehrten Maß stattfinden, es müsse ein Weg gefunden werden, über den — wenn wir den Fernunterricht etwa hernehmen —, fast caritativen Charakter — aber nicht unbedingt in finanzieller Hinsicht —, von Fernunterrichtsmöglichkeiten hinauszukommen, Übereinstimmung erzielt worden. Ja sicher kann und muß man sowohl in einem Erwachsenenbildungsgesetz als in einem Fernunterrichtsgesetz Möglichkeiten statuieren. Ich glaube aber, daß die Frage der Erwachsenenbildung doch jene der berufsbegleitenden Schule schlechthin ist. Ich glaube, daß die Erwachsenenbildung nicht nur angeboten werden muß, sondern daß diese Möglichkeit und die Notwendigkeit erkannt werden muß, sich selbst um diesen zweiten und möglicherweise dritten Bildungsgang zu bemühen.

Nun darf ich etwas ganz Konkretes sagen, das einen Schritt weiterführt, auch nach den Ziffern des Budgets, etwas das heute Herr Dipl. Ing. Fuchs angeschnitten hat mit dem Ersuchen und dem Wunsch, doch in der Frage des Harrermuseums mit der Gemeinde Graz und dem Land zu einem Übereinkommen zu gelangen. Ich darf in Anspruch nehmen, daß ich mich persönlich und als Fremdenverkehrsreferent der Stadt Graz sehr um dieses Museum bemüht habe und es ist dank einer Bereitschaft des Landes und der Stadt immerhin möglich gewesen, vorerst die ungelöste Frage der Unterbringung zumindest vorabzuklären. Die Schwierigkeit besteht aber nicht einmal im Einsetzen einer Budgetziffer im Budget der Stadt Graz, denn auch jene zwei

Vorsprachen, die wir mit Professor Harrer führen konnten, haben ergeben, daß seine Wünsche in dieser Richtung so wie im öffentlichen Dienst erst mit dem 60. Lebensjahr beginnen würden. Also hätte die Einsetzung dieser Pensionsquote auch noch zwei oder drei Jahre Zeit. Die Frage ist die, daß leider Gottes aus einer Teilausstellung im Völkerkundemuseum in Wien eine Teilschätzung von seiner Tibetsammlung vorlag, aber nur eines Teiles dieser Sammlung, nichts von Neuguinea, nichts von seiner Bibelzeichensammlung enthielt und daß diese Teilschätzung die bisherige Basis der Gespräche war und daß es bisher noch nicht gelungen ist, ihn, was ich verstehe und was ich begreife, zu einer von einem Fachmann durchgeführten Schätzung seiner übrigen Sammlungen zu veranlassen, noch ist eine Schätzung seitens des Landes, der Gemeinde oder gemeinsam erfolgt. Das ist der augenblicklich gravierende Punkt der Verhandlungen, weil und ich möchte nochmals betonen, Harrer sagte: „Wieso soll ich jetzt die nicht geringen Schätzungskosten für ein solches Gutachten übernehmen“ und andererseits die Schwierigkeiten der Verhandlungen darin liegen, daß klargestellt werden muß, welche Werte hier erworben werden. Meine persönliche Meinung ist die, daß diesem Wert ebenso wie einem Unternehmen auch der Goodwill oder der Firmenname überlagert werden muß, wenn man allein auf Grund der zahlreichen Publikationen und Fernsehsendungen, die Harrer nach wie vor macht, feststellen kann, welchen Interessenswert, welchen Wertbewert selbst umgekehrt mit einer solchen Sammlung man für die Steiermark und die Landeshauptstadt Graz verbinden kann.

Ich möchte eine weitere Frage anschnitten und das ist die des Steirischen Herbstes. Ich bin vor zwei Jahren als Kritiker der Ausstellung Trigon 1967 aufgetreten. Ich habe damals betont und möchte es heute wiederholen, daß ich mich positiv, und zwar von allem Anfang an, zur Idee Trigon gestellt habe und daß ich im Konkreten die Exponate von Trigon 1967 für unbefriedigend und unzureichend gehalten habe. Ich möchte nicht behaupten, daß Trigon 1969 einen erheblichen Fortschritt dargestellt hat. Aber jedenfalls war es so, daß hier unter den ausstellenden Architekten, ich denke insbesondere an eine Wiener Architektin, an einen Agramer Architekten, interessante Exponate da waren, wenn gleich im einen oder anderen Fall auch in Trigon 1969 man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, daß von dem einen oder anderen Teilnehmer an dieser Ausstellung eben wirklich nicht mehr versucht wurde, als die zukünftigen Ausstellungsbesucher zu frotzeln, was sicher in vielen Fällen gelungen ist.

Ich möchte an die Gesamtveranstaltung Steirischer Herbst anknüpfend sagen — ich war in der Lage, hier auf dem Gebiet des Werbewesens für den Steirischen Herbst, als auch der Betreuung, den verschiedenen Redakteuren und Kritikern ein wenig helfen zu können —, daß er eine Reihe von interessanten anerkanntswerten Veranstaltungen und Konfrontationen gebracht hat, die zweifellos, auch das möchte ich sagen (ich habe nur einen Bruchteil besuchen können), nicht meinen uneingeschränkten Beifall gefunden haben, aber — das ist

ja nicht das Gravierende — die alle in ihren Phasen Diskussionspunkt, Angelpunkt, kulturelle Begegnung bedeutet haben. Ich stehe nicht an, die Durchführung dieses Steirischen Herbstes mit der schon zweimal gemachten Einschränkung, daß eine etwas straffere Fassung, das heißt weniger Veranstaltungen mehr wären, mit dieser Einschränkung ebenfalls zu begrüßen.

Ich möchte nur im Zusammenhang mit dem Steirischen Herbst — jetzt nicht 1970, sondern 1971 — ein dringendes Ersuchen aussprechen. Meine Damen und Herren, im Jahre 1971 wird zumindest im Kreis jener Kepler-Städte, die als solche ernsthaft anzusprechen sind, der vierhundertste Geburtstag von Johannes Kepler begangen. Seit zwei Jahren wird in verschiedenster Form die Durchführung einer Kette von Veranstaltungen geplant, zum Teil schon weitgehend im einzelnen vorbereitet, wobei ich hier die Städte Regensburg, Linz, Prag und natürlich Graz besonders zitieren darf, die seit zwei Jahren die werbemäßigen Vorbereitungen treffen. Ich habe nun vor ganz kurzer Zeit die Zusammenstellung jener Veranstaltungen erhalten, die allein in Prag anlässlich dieses vierhundertsten Geburtstages oder Geburtsjahres Keplers durchgeführt werden, es sind über 30 zum Teil große Veranstaltungen, ich weiß, was sich auf dem Gebiet oder innerhalb der Stadt Linz tun wird und meine Bitte und mein Ersuchen an den zuständigen Referenten wäre die, doch den Steirischen Herbst 1971, wenn nicht zur Gänze, so doch in einem maßgeblichen Teil auch in Verbindung zu diesem Kepler-Jahr zu setzen, das ja letzten Endes in einer durchaus zulässigen Erweiterung auch bis zum Experiment des Mondfluges reicht und das letzten Endes auch die Möglichkeit bieten würde, nicht nur historisch rückschauende mathematische Kongreßunterlagen zu liefern, sondern doch weiter reichen würde, in die Weltraumfahrt unserer Tage.

Mit dieser Bitte möchte ich meinen Beitrag zur Gruppe 3 — aus bekannten Gründen nicht Gruppe Kultur — schließen. (Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Ritzinger hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ritzinger:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es hieße jetzt Eulen nach Athen tragen, wollte man nach den sehr schönen und sehr inhaltsreichen Ausführungen der beiden Abgeordneten Zinkanell und Lackner zum Naturschutz jetzt noch einen ganz besonderen Beitrag hier geben.

Ich möchte aber die Gelegenheit nicht vorüberziehen lassen, sondern doch einen Vorschlag bringen. Meine Vorredner haben zum Kapitel Naturschutz heute zum Ausdruck gebracht, daß 18 Mitgliedsstaaten des Europarates beschlossen haben, erstmals in der Geschichte einen europäischen Naturschutztag abzuwickeln und durchzuführen. Es wäre meines Erachtens sinnvoll und sehr schön, wenn das Land Steiermark zu diesem ersten europäischen Naturschutztag auch einen sichtbaren Beitrag beisteuern könnte. Dieser Beitrag wäre der Ankauf des Furtner-Teiches in der Gemeinde Mariahof. Meine Damen und Herren, Sie wissen ja, daß



der Furtner-Teich in der Gemeinde Mariahof eine ornithologische Fundgrube darstellt und daß das Land Steiermark dort die Pater Blasius Hanf-Forschungsstätte unterhält. Es gibt dort eine Reihe von Beobachtungen höchst interessanter Natur. Ich habe mir nur einige Vogelarten hier auf einem Zettel zusammengeschrieben, die dort beobachtet werden können. Wenn man diese Liste betrachtet, so ist man eigentlich erstaunt und auch als Einheimischer, ich wohne ja nicht weit von dort, was sich dort an und für sich an interessanten und raren Vögeln am Furtner-Teich tummelt. Es gibt dort, um ein Beispiel zu sagen, Reiher, Purpurreiher, Seidenreiher, Weißstorchreiher, bzw. den Weißstorch, dann den Schwarzstorch, Stockenten, Fischadler, Morinellen-Regenpfeifer, Schnepfen, Silbermöven und Lachmöven und viele andere Formen von interessanten Vögeln. Aus diesem Grunde, weil hier die interessantesten Beobachtungen gemacht werden und es sich beim Furtner-Teich um eine Naturjuwel handelt, glaube ich, sollte man versuchen, dieses Naturjuwel zu erhalten. Der Furtner-Teich gehört dem Stift St. Lambrecht und besteht aus dem großen Furtner-Teich, dem kleinen Furtner-Teich, alles zusammen hat ein Ausmaß von ca. 6 ha. Das Stift St. Lambrecht wäre bereit, diesen Furtner-Teich inklusive der dort noch vorhandenen Grundflächen rundherum zum Preise von 600.000 S zu verkaufen. Und nun, anscheinend gibt es doch noch Christkindln, die das Land Steiermark beschenken. Gestern, meine Damen und Herren, war in Graz ein Vertreter des Word-Wild-Life-Found, das ist der Welt-Naturschutzfonds, der sich also zur Aufgabe gestellt hat, für die Menschen unserer Zeit sozusagen gewisse Naturreservate zu retten, dieser gibt finanzielle Beiträge zur Erhaltung der Natur, nicht nur in Österreich, in Europa, sondern auch in Asien und in Afrika. Dieses Christkindl war also gestern in Graz und hat die Botschaft überbracht, daß dieser internationale Fonds, der unter dem Vorsitz von Präsident Prinz Bernhard der Niederlande steht und dem viele andere Persönlichkeiten angehören, bereit wäre, ein Drittel der Kosten in der Höhe von 200.000 S für den Ankauf des Furtner-Teiches beizusteuern, dies deshalb, weil man der Meinung ist, daß dieser Furtner-Teich in ornithologischer Hinsicht eine überregionale Bedeutung hat, man könnte also fast sagen, eine europäische Bedeutung. Ich darf also bemerken, daß man sich diese Chance des Beitrages nicht entgehen lassen sollte und ich darf die Steiermärkische Landesregierung auffordern, hier auch mitzutun und dafür zu sorgen, daß anlässlich des ersten europäischen Naturschutzjahres der Furtner-Teich in der Gemeinde Mariahof als Beitrag der Steiermark angekauft wird. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Doktor Koren:** Meine verehrten Damen und sehr geehrte Herren, hohes Haus! Zunächst möchte ich die Anfragen beantworten, die direkt an mich gerichtet worden sind.

Das war zunächst die Anfrage der Frau Abg. Traute Hartwig. Sie haben darauf hingewiesen, daß es einen Verband der Volkshochschulen gibt, der sich an das Amt der Landesregierung gewendet hätte um eine Erhöhung der Förderung für 1970 und daß er keine Antwort bekommen hätte. Ich möchte feststellen, daß dieser Landesverband oder der Verband der Volkshochschulen in der Steiermark nicht die Zusammenfassung sämtlicher Einrichtungen der Volksbildung in der Steiermark ist, sondern lediglich das Bündnis, das zwischen der Volkshochschule der Arbeiterkammer und der Urania für Steiermark besteht. Nun verhalten sich die beiden — Urania und Volkshochschule der Arbeiterkammer — gegeneinander wie Jedermann: der dicke Vetter zum dünnen Vetter. Wenn der Landesverband ein Ansuchen um eine Erhöhung des Förderungsbeitrages eingebracht hat, dann hat er wohl vor allem seinen dünnen Vetter im Auge gehabt, und diesem Wunsch wurde auch entsprochen. Sie können das im Landesvoranschlag sehen, daß die Förderungspost für die Urania von 180.000 S auf 260.000 S erhöht worden ist. Die Volkshochschule der Arbeiterkammer ist aber deswegen nicht ignoriert gewesen. So ist schon eine Antwort vorhanden, und zwar ist auf die Schreiben des Herrn Präsidenten Prof. Baule und des Herrn Geschäftsführers Dr. Friedrich Wilhelm Scheucher vom 3. Juni eine Antwort vom 24. Juni vom Vorstand der Rechtsabteilung 6 ergangen, in dem die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß es dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung möglich sein wird, dem Landesverband der steirischen Volkshochschulen im Jahre 1970 eine Förderung zuteil werden zu lassen. Dem steht nichts im Wege.

Dann die Volksmusikschulen. Meine Damen und Herren! Ich danke für die freundlichen und anerkennenden Worte, mit denen Sie zur Kenntnis genommen haben, daß es eine erhebliche Erhöhung in diesem Budget gegeben hat. Selbstverständlich sind deswegen die Sorgen, vor allem der Gemeinden, noch nicht aus dem Wege geräumt. Nur müssen Sie auch überprüfen, daß jedes Jahr der Förderungsbeitrag des Landes für das Volksmusikschulwerk genau im gleichen Prozentsatz wie das Budget gestiegen ist. Nur etwas ist uns davongelaufen, nämlich die Zahl der Volksmusikschulen, deren es heute viel mehr gibt als zu der Zeit, da die Vereinbarung getroffen wurde, derzufolge das Land zu einem Drittel für die Kosten aufkommt, vor allem für die Sozialkosten, ein Drittel die Gemeinde oder die Stadt und ein Drittel die Eltern oder die den Eltern zugeordneten Gemeinschaften. Die Dinge sind uns davongelaufen und darum sind wir so in den Rückstand gekommen. Vielleicht ist es aber auch wichtig, ohne jede Polemik auf etwas hinzuweisen. Die Volksmusikschule in Graz ist als Landesmusikschule vom Land praktisch allein geführt. Das kostet dem Land jährlich 8,500.000 S. Wenn Graz z. B. wie Leoben 60 % dieses Betrages übernommen hätte oder übernehmen könnte, könnte man die Einsparung auf die anderen Volksmusikschulen aufteilen. Das würde natürlich ein wesentlich anderes Bild ergeben.

Zum Theater, meine Damen und Herren, möchte ich nichts mehr sagen. Es ist von beiden Seiten da-

zu gesprochen worden. Es ist von beiden Seiten bedauert worden, daß man sich in einem Engpaß befindet. Sie wissen, daß das Land Steiermark bereit ist, die Verpflichtung, die aus der Vereinbarung zwischen der Gemeinde Graz und dem Land resultiert, zu übernehmen und zu tragen. Wir wissen auch, daß die Stadtgemeinde Graz sich außer Stande erklärt, dieser ihrer Verpflichtung nachzukommen. Wir sind derzeit im Stadium intensivster Besprechungen und Verhandlungen und Aushandlungen. Wir hoffen, daß wir einen Weg finden werden. Selbstverständlich denkt niemand daran — und niemand könnte diesem Gedanken zustimmen —, daß das Theater zugesperrt wird oder so gedrosselt würde, daß es einem Zusperrren gleichkommt. Wir hoffen, daß wir noch vor Beginn des neuen Jahres hier eine klare Sicht bekommen.

Die Fassadenaktion für Vordernberg, Herr Abg. Schön — es ist uns nicht bekannt, daß von der Alpine oder von der Marktgemeinde Vordernberg ein Ansuchen um Aufnahme in die Fassadenaktion eingereicht wurde. Aber ich glaube, wenn das beabsichtigt ist, steht dem nichts im Wege. Was die Sanierung des Vordernberger Radwerkes 10 anlangt, ist hier ein Bescheid vorhanden, der rechtskräftig ist. Das Objekt steht unter Denkmalschutz mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. (Landesrat Sebastian: „Seit Juli 1967, Herr Landeshauptmann, Juli 1967.“)

Ich weiß es nicht, ob es nicht heuer erst war; der Bescheid ist rechtskräftig, es sind auch die Mittel, wie wir jetzt auf Grund der Information, die wir eingeholt haben auf Grund Ihrer Anfrage, wissen, des Bundes und des Landes zur Verfügung. Der Träger der Aktion ist die Alpine Montangesellschaft, in deren Besitz dieses Radwerk 10 nach wie vor ist. Ich danke Ihnen übrigens für die Sorge, die Sie auch um diese Sache haben. Es ist ja nicht so, daß es nur beim Denkmalschutz liegt. Das Denkmalamt hat eine Reihe von Objekten in Vordernberg längst zur Demolierung freigegeben gehabt; sie sind nicht demoliert worden. Auch dort waren jene Tiere und unangenehmen Erscheinungen festzustellen, von denen Sie mit Recht gesprochen haben, daß sie keinswegs denkmalwürdig sind. Es ist das Projekt vorhanden, daß in diesem Radwerk 10 die industriegeschichtlich und technisch-historisch wirklich wesentlichen Elemente erhalten bleiben. Hoffentlich kommen die Dinge jetzt zu Rande. In unmittelbarer Kompetenz des Landes liegen sie nicht.

Meine Damen und Herren! Ich danke insgesamt den Rednern, den Damen und Herren, die gesprochen haben, für ihr Interesse und auch für ihre Kritik. Wir haben ja zu Beginn auch des Steirischen Herbstes um die Kritik gebeten, die, wenn sie von verantwortungsvollen Menschen kommt, letzten Endes immer förderlich ist. Wir wehrten uns nur gegen die Kritiker, die sozusagen von berufswegen nur um der Kritik willen bei allem nur das Negative sehen. Aber ich habe aus der heutigen Debatte entnommen und ich danke Ihnen herzlichst, daß Sie im Grunde genommen den Intentionen zustimmen und das Verständnis aufgebracht haben, daß wir mit immerhin bescheidenen Mitteln das erreichen konnten. Ich möchte aber nicht von diesen Dingen

so sehr sprechen, sondern nach langer Zeit wieder einmal auf die unbeachtete Tätigkeit in verschiedenen Bereichen des Landes hinweisen, auf die unbeachtete Tätigkeit in Abteilungen des Landesmuseums Joanneum, die nicht die Möglichkeit haben, durch spektakuläre Ausstellungen und Veranstaltungen an das Licht der Öffentlichkeit zu treten. Immerhin, meine Damen und Herren, haben wir im Joanneum 28.268 Besucher in diesem Jahre gehabt, im Schloß Eggenberg — das wohl auch bedingt durch den Wildpark, der gerne besucht wird, — 129.218 Besucher. Auch das landschaftliche Heimatmuseum in Trautenfels konnte 10.876 Besucher zählen; die Neue Galerie hat 5622 Besucher der Sonderausstellungen aufzuweisen — außer TRIGON. TRIGON wurde von 15.000 Menschen in diesem Jahre besucht. Nicht uninteressant ist auch das große Interesse, das bei den Fremden vor allem Peter Rosegger's Geburtshaus und das Sterbehaus in Krieglach finden. Am Alpl konnten wir heuer 30.000 zählen und in Krieglach 23.500 Besucher. Die Veranstaltungen der einzelnen Abteilungen, die, wie gesagt, nicht in großer, spektakulärer Weise sichtbar werden, sind natürlich auch kleinere Ausstellungen, aber auch Vortragsveranstaltungen und Vortragsreihen und Publikationen. Im Künstlerhaus haben neun Ausstellungen in diesem Jahre stattgefunden, unter ihnen auch die TRIGON-Personale Fritz Wotruba, die Ausstellung Walter Ritter — Plastik — Graphik, die Jahresausstellung 1969 des Künstlerbundes Graz sowie die der Vereinigung bildender Künstler in Steiermark; weiters die Jahresausstellung des Steiermärkischen Kunstvereines Werkbund, die Dreiländerbiennale trigon 69, die vom Kulturreferat im Rahmen des Steirischen Herbstes veranstaltet wurde. Auch das Museum für Kulturgeschichte und Kunstgewerbe hat sechs Ausstellungen in den eigenen Räumen gehabt, „Masken aus Slowenien“ — im Volkskundemuseum, „Barocke Schneiderkunst“, „Griechische Kleinkunst“, „Volkskunst aus Rumänien“ usw. Die Abteilung für Tier- und Pflanzenschutz, unsere naturwissenschaftlichen Abteilungen, die an sich die ehrwürdigsten und ältesten am Joanneum sind, befinden sich zum Teil noch in den Räumen, in denen sie gegründet worden sind, in den prachtvollen Barockräumen in der Raubergasse. Auch die Abteilung für Tier- und Pflanzenschutz hat durch eine sehr bemerkenswerte Ausstellung „Schönes und Interessantes aus der Insektenwelt“ Aufmerksamkeit erregt, die nicht nur auf die Steiermark allein beschränkt gewesen ist — auch in Vorarlberg und Niederösterreich wurde die Ausstellung gezeigt. Das Niederösterreichische Landesmuseum hat hier mitgewirkt. Die Neue Galerie hat eine Reihe von Ausstellungen durchgeführt, 16 an der Zahl, in den eigenen Räumen, von denen ich einige nur deswegen nenne, um dem Vorwurf zu begegnen, als würde die Neue Galerie lediglich der Kunst des 20. Jahrhunderts huldigen.

„Religiöse Kunst heute“ (bitte, das war eine modernere Ausstellung), dann „Skulpturen und Graphik“ im Künstlerhaus, eine Retrospektive der Künstlerin Assunta Arbesser, „Gemälde und Graphik“ von Kolo Moser, eine Retrospektive „Touachen und Graphik“ von Emmy Hießleitner-Singer, „Plastik und Graphik“ von Walter Ritter, „Von

Picasso bis heute", eine Ausstellung zusammen mit dem französischen Kulturinstitut, „Architektur und Freiheit“, „Skulpturen und Graphik“ von Heinz Leinfellner im Schloß Eggenberg, die 4. Internationalen Malerwochen auf Schloß Retzhof und dann der Kunstpreis des Landes Steiermark.

Das Heimatmuseum Trautenfels ist leider durch die Erkrankung des Leiters Dr. Heiding in seiner Tätigkeit etwas gehemmt, hat aber immerhin in diesem Jahr verschiedene Treffen von wissenschaftlichen Gruppen beherbergt, zum Teil mitveranstaltet, und eine Sonderausstellung gemeinsam mit der Abteilung für Mineralogie durchgeführt. Die Alte Galerie — darauf möchte ich besonders hinweisen, weil sie zu jenen Abteilungen gehört, die weniger im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen — hat vor kurzem eine Sonderausstellung im Ecksaal des Joanneums gehabt über die Neuerwerbungen der letzten fünf Jahre. Wer diese Ausstellung gesehen hat, war nicht nur überrascht über die erlesenen Kunstwerke, die in den letzten fünf Jahren durch unser Landesmuseum erworben werden konnten, sondern mußte auch einsehen, welches Gewissen und welches Wissen notwendig ist, daß ein Museumsbeamter heute wirklich am laufenden ist, daß ein Museumsbeamter weiß, wo die Dinge zu haben sein werden, wo sie in Gefahr sind, weggebracht zu werden, und auch jenes Wissen ist notwendig dazu, daß man abschätzen kann, ob ein Objekt diesen Wert besitzt und ob ein Objekt notwendigerweise eingeordnet werden soll in den Besitz des Landes. Die Abteilung für Vor- und Frühgeschichte hat zwei kleine Ausstellungen, aber sehr feine Ausstellungen, „Römische Villen und Landhäuser“ und „Griechische Kleinkunst“, auch im Joanneum durchgeführt. Die Ausstellung für Mineralogie — auch sie ist wenig im Rampenlicht der Öffentlichkeit — hat sich wieder ausgezeichnet durch eine Reihe von Sonderausstellungen in Eisenerz, Judenburg und Trautenfels, eine Sonderausstellung in Graz und verschiedene Fachtagungen. Das Volkskundemuseum hat eine einzige Sonderausstellung durchgeführt, aber dafür haben die Beamten des Volkskundemuseums 65 Vorträge gehalten und 105 Museumsführungen durchgeführt.

Bleibende Werke wurden in diesem Jahr und gegen Ende des letzten Jahres geschaffen, vor allem das Werk „Alte Steirische Herrlichkeiten“, von Woischläger und Krenn, das ein grandioses Bild der alten Kunst der Steiermark bietet, von der Frühzeit an bis in die Barockzeit und bis in unsere Gegenwart unmittelbar herauf.

Eine sehr intensive wissenschaftliche Tätigkeit leistet das Landesarchiv. Das Landesarchiv war in diesem Jahre auch der Träger und Organisator des zehnten Österreichischen Historikertages. Aus diesem Anlaß wurde den Tagungsteilnehmern auch der Band „Steirischer Wappenschlüssel“ überreicht, der großes Aufsehen erregt hat.

Eine Einrichtung, auf die das Land mit Recht stolz sein kann, ist die Historische Landeskommission, der Senat der in der Steiermark tätigen führenden Historiker der Universität, der Landesverwaltung und der höheren Schulen. Die Aufgabe der Historischen Landeskommission ist es, festzustellen, welche Themen besondere Aktualität besitzen, welche

Themen gerade jetzt besonders zu bearbeiten wären, also sozusagen: Das Arbeitsprogramm für die historische Wissenschaft wird von der historischen Landeskommission festgehalten und es wird wahrgenommen, daß dieses Pensum durchgeführt wird. Eine Reihe von Publikationen sind auch aus dieser Institution hervorzuheben, wovon ich vor allem „Die römerzeitlichen Inschriften in der Steiermark“ nennen möchte, ein Prachtband.

Die Landesbibliothek. Hier wäre sehr vieles zu sagen, über das, was sie leistet durch ihren Kundendienst, wenn man dieses Wort gebrauchen darf. Eines der entscheidendsten Ereignisse des Jahres 1969 war die Erwerbung der großen wissenschaftlichen Sammlung des berühmten Prof. Dr. Herbert Lamprecht. Ein großer Steirer, der heuer plötzlich und unerwartet gestorben ist und der seine gesamte Bibliothek dem Land Steiermark schon zu Lebzeiten übergeben hatte, nur mit dem Anspruch der Nutzung, solange er lebt. Leider hat er dieses Recht, das er sich ausbedungen hat, kaum einige Monate in Anspruch nehmen können. Es ist eine Bibliothek, die rein materiell den Wert von über 2 Millionen übersteigt — eine große Sammlung, ein großes Geschenk, für das allein dieser Mann den Dank und das ehrende Gedenken dieses Hauses verdient.

Jetzt ein ganz kurzes Wort zur Volksbildung, im konkreten Fall zum Volksbildungsheim Retzhof. Es ist heute schon einige Male davon gesprochen worden. Ich möchte Ihnen jetzt nicht den Tätigkeitsbericht des Volksbildungswerkes, der hier ja nur in Schlagworten angeführt ist, vorlesen, aber ich möchte die Veranstaltungen, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres in Retzhof durchgeführt worden sind, bekanntgeben (ich lasse das Datum weg):

Retzhofer Wochenendtagung „Neue Linke“ mit Dr. Norbert Leser, Lehrgang für Pfadfinder, Seminar für Verkäufer, UO-Seminar II, Enquete der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Klagenfurt mit Univ.-Prof. Dr. Walter Schöler und Dr. Peter Posch, Retzhofer Wochenendtagung für junge Leute: „Presse — Sex — junge Lyrik“ mit Dr. Kurt Wimmer, Mario Angelo, Rainer Götz, Kulturwoche für die Landjugend, Meisterprüfungsvorbereitungskurs für den betrieblichen und organisatorischen Bereich, Bezirksfilmreferententagung, Retzhofer Wochenendtagung: „Brutalität und Sex im Film“, Neue Entwicklung des Programmangebotes mit Univ.-Doz. Dr. Franz Zöchlauer, Volkstanzleiterkurs, Wochenendtagung für junge Leute: „Film heute“, Bildungswoche für Lehrlinge, 2. Arbeitstagung der Korrespondenten der Historischen Landeskommission für Steiermark, Retzhofer Wochenendtagung: „Politik und Wissenschaft“ mit Univ.-Prof. Dr. Kurt Sontheimer, Berlin, Univ.-Ass. Dr. Justin Stagl und Univ.-Ass. Dr. Kurt Salamun, Rotes Kreuz — Breitenausbildungslehrgang, Retzhofer Arbeitstagung: „Parlamentarismus und Demokratie in Österreich“ mit Dr. Erhard Busek, Bundesrat Dipl.-Ing. Dr. Siegfried Eberdorfer, Dr. Heinz Fischer, Nationalratsabgeordneter Leopold Gratz, Dr. Norbert Leser, Nationalratsabgeordneter Josef Moser, Dr. Anton Pelinka und Staatssekretär Karl Pisa, Retzhofer Wochenendtagung für junge Leute: „Bildung für das Jahr 2000“ politische Dichtung mit

Prof. Kurt Jungwirth, Retzhofer Wochenendtagung: „Die ČSSR im Spannungsfeld ihrer Umwelt“ mit Univ.-Prof. Dr. Milan Machovec, Retzhofer Wochenendtagung für junge Leute: „Sit — Text — in“ usw. usw.

Ich wollte Ihnen diese Liste, die ein kunterbuntes Bild gibt, nur bekanntgeben, um die Spannweite und den Boden aufzuzeigen, unter welchem sich diese verantwortungsvolle Tätigkeit des Volksbildungsheimes Retzhof entwickelt; unter der wirklich kenntnisreichen und zielbewußten Führung des Leiters des Volksbildungsheimes Dr. Dieter Cwienk. Wenn ich das als einen Tätigkeitsbericht oder als Andeutung eines Tätigkeitsbereiches bezeichne, darf ich ergänzend sagen, es waren 61 solcher Veranstaltungen in diesem Jahre im Retzhof.

Wenn ich nun nach diesem Tätigkeitsbericht nur einen ganz kurzen Blick auch in die Zukunft mache, möchte ich Ihnen, Herr Dr. Klausner, wirklich eine Neuigkeit mitteilen. Sie wissen zwar wohl, daß der Landeskunstpreis für zeitgenössische Malerei dem Bärnbacher Künstler Peter Hauser überreicht wurde; nach einem einstimmigen Urteil der Jury. Die Neuigkeit, die ich Ihnen jetzt mitteile: Es gibt einen Peter-Rosegger-Literaturpreis, der in diesem Jahre vergeben wird. Die Jury hat schon das Urteil gesprochen. Es ist der Ihnen sicher bekannte Dichter Ernst Hammer, der diesen Preis bekommt, was hie mit zum ersten Mal der Öffentlichkeit mitgeteilt wird. Ebenso wird der Landesmusikpreis vergeben, und zwar diesmal nicht an einen Komponisten, sondern an einen Dirigenten und Lehrer, und zwar an den Professor an der Akademie für Musik und darstellende Kunst Karl Ernst Hoffmann, dem Begründer des bekannten Akademie-Chores, der schon internationale Geltung erhalten hat. Wenn ich von diesen Preisen spreche, dann ist es nicht eine Repräsentationsangelegenheit. Die Preise sind ja auch keine Lösungen von sozialen Problemen und wirtschaftlichen Fragen von Nachwuchskünstlern und Talenten, aber sie sind das Zeichen dafür, daß das Land seine Aufgabe nicht nur in den Museen und im Denkmalschutz sieht, sondern vor allem auch in der ständigen Sorge um Anerkennung der Leistungen der gegenwärtigen Generation.

Zum Thema „Volksmusikschulen“ brauche ich nichts mehr zu sagen, den Retzhof habe ich eben genannt. Wir haben im Jahresvoranschlag eine erhebliche Summe dafür vorgesehen, daß der dringend notwendige Ausbau dieses Volksbildungsheimes möglich wird. Die Veranstaltungen des kommenden Jahres haben einen besonderen Glanzpunkt. Wir haben für den Mai des kommenden Jahres 12 deutschsprachige Theaterakademien und Theater-schulen eingeladen zu einem Work-Shop, wir haben früher gesagt, zu einer Seminartagung für Fragen des zeitgemäßen Theaters. Hierfür besteht sehr großes Interesse aus der Bundesrepublik, aus der Schweiz und Österreich.

Zum Naturschutz möchte ich nur ganz kurz noch einmal sagen: Es ist außerordentlich erfreulich, daß jetzt durch Herrn Abg. Ritzinger noch ein Wunsch ausgesprochen und ein formeller Antrag gestellt worden ist und daß er die allgemeine Zustimmung des Hohen Hauses gefunden hat. Im Grunde ge-

nommen sind wir in der Steiermark immer auf dem Standpunkt gestanden, daß der Naturschutz in erster Linie eine Bildungsaufgabe ist, eine Aufgabe und eine Sache der Gesinnung und des Charakters. Wir haben im steirischen Gedenkjahr die Parole ausgegeben, man möge im Zuge der Schaffung von bleibenden Werten wenigstens in jenen Orten, wo viel verloren gegangen ist von der Natur, auffordern: „Für jeden Baum der fällt, wird ein neuer gepflanzt!“ Das ist eine ganz konkrete, eine ganz simple Anweisung, nichts anders als die Übertragung der gesetzlichen Verpflichtungen für den Wald- und Forstbesitzer, daß er wieder aufzuforsten hat. Aber wenn das in der Schule ist, in einer Jugendorganisation, in der Landjugend ist, wenn das wirklich als eine selbstverständliche Verpflichtung, ich möchte fast sagen als eine sittliche Verpflichtung, denn es geht ja um Leben in diesem Zusammenhang, wenn das so aufgefaßt wird, könnte etwas ganz Schönes im Laufe der Zeit sich entwickeln. Ich meine, daß dieses Naturschutzjahr im Sinne der Naturpflege eine solche Parole aufstellen sollte. Dazu würde nicht nur gehören, daß man irgendwo eine Gedenklinde pflanzt zur Erinnerung an das Naturschutzjahr, sondern daß man herumschaut, was es alles in Ordnung zu bringen gibt in der Landschaft und Natur. Wir haben auch einen Betrag in diesem Budget, den wir auch schon im Vorjahr hatten zur Förderung der Begrünung der Böschungen an Güter- und Interessentenwegen. Das ist auch ein Bild, das der grünen Steiermark angemessen ist, wenn es erreicht werden kann. Im kommenden Jahr wird eine neue Landesausstellung, die sich an die Ausstellung „Der Bergmann und der Hüttenmann“ anschließt, stattfinden, gestaltet von der Abteilung für Kulturgeschichte, und zwar unter dem Thema „Handwerk in der Steiermark“. Diese Ausstellung verfolgt die Absicht, die Leistung eines Berufsstandes für das Land, die Mitgestaltung des Landes durch einen Berufsstand, und damit die Geschichte des Landes von einem bestimmten Gesichtspunkt aus zu zeigen.

Und nun das, was uns in besonderer Weise jetzt schon zu schaffen macht, wofür wir uns bemühen, und die Vorbereitungen schon laufen, nämlich der Steirische Herbst 1970. Ich möchte danken für das hier darüber Gesprochene. Ich möchte auch allen danken, die an der Gestaltung mitgewirkt haben, vor allem dem Generalsekretär Dr. Paul Kaufmann, der mit großer Initiative in diesem Jahr die Koordinierung schon begonnen hat. Was wir zum Steirischen Herbst 1969 sagen können, ist nicht, daß wir schon über den Berg sind, aber man kann sagen, wir sind zur Kenntnis genommen worden. Das hat das Echo der Presse gezeigt im In- und Ausland, und das hat auch das Publikum gezeigt. Wir haben noch nie einen solchen Zuspruch gefunden. Um was geht es denn im Steirischen Herbst? Es geht ja nicht um irgendein Festival, um irgendeine Konkurrenz zu den großen Salzburger, Bregenzer und Mörbischer Einrichtungen, die in großartiger Weise versuchen, Großartiges zu bieten und vor allem auch Fremde in das Land zu bringen. Auch das ist eine schöne Sache, wenn es uns gelingt, die Menschen außerhalb unseres Landes aufmerksam zu machen, was in diesem Lande geschieht, was wir zu bieten

haben. Aber wir können uns doch nicht rühmen, daß wir eine Lawine von Fremden im Steirischen Herbst 1969 in das Land gebracht hätten. Es geht uns aber auch nicht in erster Linie um die Darbietung, sondern im Grunde genommen, wie es am Anfang der Steirischen Akademie gewesen ist, um die Selbstdarstellung des Landes, nicht in dem Sinne, daß nur das Handgewebte und Gesponnene gezeigt werden soll, das im Lande erzeugt wird, sondern daß die Möglichkeiten dieses Landes gezeigt und erkannt werden, die Möglichkeiten, die darin liegen, daß eben ein Land mit vier Hochschulen, mit Theatern und mit einem ausgebauten Bildungswesen auch eine geistige Kraft hat, aus der heraus etwas kommen muß, das auch sichtbar werden muß, und das zweite ist die besondere Situation, in die wir hineingestellt sind, die Grenzlandsituation, die Kontaktverpflichtung, die sich daraus ergibt. Die dritte große Möglichkeit des Landes ist es, daß in diesem Land Dinge gesagt und ausgesprochen werden dürfen, von denen man sich in anderen Ländern vielleicht scheut, es zu tun. Wir glauben, daß wir einen geistigen Freiheitsraum in diesem Lande errungen und bearbeitet haben, der zu den Möglichkeiten in diesem Lande gehört, aus denen heraus sich Veranstaltungen wie TRIGON bei aller Einschränkung, Herr Abg. Dr. Götz, die man immer wieder machen kann, entwickeln. Die Kritik ist das fördernde Element, das die Dinge vorwärtsbringt. Aber dazu gehört auch, daß in diesem Land, aus diesem Freiheitsraum heraus, wie kaum irgendwo so etwas wie das Musikprotokoll, das der Rundfunk in dankenswerter Weise zum Steirischen Herbst beigetragen hat, möglich ist. Der Kern des Steirischen Herbstes ist historisch gesehen — in 10 Jahren kann man immerhin schon von Geschichte sprechen — die Steirische Akademie. Natürlich ist an der Steirischen Akademie manches zu kritisieren, und zwar noch viel mehr, als Sie gesagt haben, meine Damen und Herren! Was uns am meisten geschmerzt hat, war eine gewisse Unausgewogenheit der einzelnen Themengruppen. Aber das ist nicht so einfach. Die Themen der heutigen Steirischen Akademie mußten von Gelehrten und Professoren behandelt werden, die einer verhältnismäßig jungen Disziplin zugehören. Man kennt die Menschen ja nicht. Wenn ich über germanische Mythologie einen Vortrag halten lassen möchte, bin ich mir im klaren, welcher große Gelehrte im deutschen Sprachgebiet zu finden ist, von dem ich weiß, mit welcher Qualität er kommt und welchen Vortrag er halten wird. Politologie und alle die in die Zukunft weisenden Wissenschaften sind ja so jung, daß man gewissermaßen auf Rekommandationen angewiesen ist, und dann kann man nichts dafür, wenn man einen sehr renommierten Namen, den Leiter eines berühmten Institutes, bekommt und der hält in Graz einen Vortrag mit Volkshochschulniveau. Solche Dinge gibt es mehrere, die hier auszustellen gewesen sind. Auch die Kälte im Schloß Eggenberg und die schlechte Akustik sind Dinge, die selbstverständlich beeinträchtigen. Und dann auch die Frage der Organisation. Es ist wahrscheinlich notwendig, die Dinge aufzuteilen, wenn der Steirische Herbst sich einläuft, daß man nicht jeden Tag zwei Vorträge der Steirischen Akademie hat, sondern

immer wieder einen Tag, der dem Musikprotokoll oder dem Theater gewidmet ist. Es ist nur sehr schwer, dann die Leute die man in Graz zusammenhalten möchte, vor allem Vortragende, die man für ein Seminar braucht, in Graz zu behalten. Das Thema für 1970 schließt sich organisch an das Hauptthema des Jahres 1969 an. Sie wissen, daß wir uns im vorigen Jahr bemüht haben, den Blick in die Zukunft zu richten. Nächstes Jahr werden wir uns fragen: Wenn wir in diese Zukunft gehen, was nehmen wir mit, was bleibt, das wir mitnehmen können, was müssen wir zurücklassen? Es ist vielleicht, um es mit einem Wort zu sagen, das Thema „Verwandlung der Tradition, Verwandlung des Übernommenen und Überlieferten in das Kommende hinein.“ Im Grunde wandeln sich ja die Dinge alle. Wir leben ja in einem permanenten Prozeß der Veränderung. Aber es ist nun einmal so, daß Fortschritt und Tradition einerseits formuliert sind, daß sie in Manifesten, in Bekenntnissen immer wieder ausgesprochen werden. Daher ist es notwendig, daß wir die Dinge zu fassen versuchen, die Fragen zu formulieren versuchen. Es hängt allerdings von uns ab, nur von uns, was wir, meine Damen und Herren — entschuldigen Sie den sehr altmodischen Ausdruck —, außer dem Fluch, den wir für unsere Sünde auf dieses Jahrhundert herabbeschworen haben, in die Zukunft mitnehmen und weitergeben werden. Aber allen besorgten Mienen gegenüber muß man doch erkennen, daß es durchaus der Tradition Erzherzog Johanns entspricht, in der Kulturabteilung des Landes, innerhalb und außerhalb des Joanneums, eine risikofreudige Aufgeschlossenheit für das Kommende, für die kommende Generation und für die kommende Zeit wirksam werden zu lassen. Freilich, es stimmt, wer das Alte wegwirft, wird auch das Neue nicht lange behalten. Aber wir können uns doch einer gewissen Skepsis nicht erwehren, dem „guten Alten“ gegenüber, nur weil es überkommen ist, dem sogenannten Gesunden und Bewährten gegenüber, das wir ererbt haben. Mehr Versager können auch die kommenden Generationen nicht bringen, als die abtretenden Generationen uns beschert und hinterlassen haben. Denken Sie an die Geschichte allein dieses Jahrhunderts. Im ganzen gilt für unsere Kulturpolitik und unsere Kulturarbeit der Wille, das Notwendige zu erhalten, aber dieses notwendig zu Erhaltende im Leben festzuhalten und die Begabungen, die geistigen und künstlerischen Kräfte dieses Landes zu wecken und zu fördern und für alle den Freiheitsraum zu sichern, den sie für ihre Entfaltung brauchen. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 3 liegt nicht vor. Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

**Abg. Edda Egger:** Meine Damen und Herren! Von allen Rednern zur Gruppe 3 wurden insbesondere die geistigen Werte betont, die in diesem Bereich zu schaffen sind bzw. geschaffen werden. Aber auch geistige Werte brauchen eine materielle Basis, um bestehen zu können, also das Geld. Deshalb wiederhole ich meinen Antrag, die Gruppe 3 zu genehmigen.

**Präsident:** Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die Gruppe 3 ist angenommen. Wir kommen zur Gruppe 4 „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“. Berichterstatterin ist Frau Abg. Hella Lendl. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Hella Lendl:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 4, Fürsorge und Jugendhilfe, ist im Voranschlag der Betrag von 227,403.000 Schilling vorgesehen. Gegenüber 1969 ist dies ein Mehrbetrag von 30 Millionen. An voraussichtlichen Einnahmen wird im kommenden Jahr mit 100,490.000 Schilling gerechnet. Die Zahl der Befürsorgten beträgt in der Steiermark rund 12.000 Personen. Der erhöhte Aufwand in der Gruppe 4 liegt im überwiegenden Teil in der Erhöhung der Fürsorgerichtsätze und in der Erhöhung der Verpflegskosten in den eigenen und fremden Anstalten, aber auch in der Verbesserung der Fürsorgeleistungen.

Im Abschnitt 41 — Offene Fürsorge — sind Ausgaben von 4,5 Millionen für zirka 900 Dauerunterstützungen vorgesehen. Auch Ausgaben in der geschlossenen Fürsorge sind mit 75,8 Millionen veranschlagt und die Förderung der freien Wohlfahrtspflege erfordert 3,5 Millionen. Mit diesem Betrag werden auch unterstützungswürdige Vereine und Einrichtungen gefördert, die auf sozialem Gebiet wertvolle Leistungen vollbringen.

Im Unterabschnitt 442 wird für Kriegsversehrte und Hinterbliebene der Betrag von 2,389.000 Schilling veranschlagt. In der Flüchtlingsfürsorge sind 4,3 Millionen erforderlich. Durch die Erhöhung der Beihilfen steigen die Ausgaben in der Blindenhilfe auf 13,950.000 und in der Behindertenhilfe auf 36 Millionen, wovon allein für Pflegegeld 12,7 Millionen aufzuwenden sind.

Unter dem Titel sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen ist auch die Wohnraumbeschaffung kinderreicher Familien zu erwähnen. Es ist eine Erhöhung von 2,5 Millionen gegenüber dem Jahre 1969. Doch können mit dieser Erhöhung die vielen, bis jetzt unerledigten Ansuchen nicht befriedigt werden. Es ist äußerst notwendig, daß die Haushaltsstellen 449/51, 701 und 851 im Budget 1971 in ausreichendem Maße dotiert werden, damit kinderreichen Familien bei der Wohnraumbeschaffung rascher geholfen werden kann.

Für das Körperbehindertenheim in Andritz ist ein Betrag von 3 Millionen vorgesehen und konnte der Zu- und Umbau vor einigen Wochen eröffnet werden. Äußerst notwendig ist auch der Bau eines Heimes für körperbehinderte Mädchen und es ist zu begrüßen, daß die ersten Ansätze im außerordentlichen Voranschlag enthalten sind. Die Taubstummenanstalt erfordert 5,7 Millionen, für die Alters- und Fürsorgeheime ist ein Zuschußbetrag von rund 10 Millionen notwendig und im außerordentlichen Voranschlag sind 8,5 Millionen für Neu-, Zu- und Erweiterungsbauten vorgesehen. Viele junge Menschen sind hilfsbedürftig und ist im Abschnitt 45 — Jugendhilfe — der Betrag von 7,7 Millionen eingesetzt. Die Fürsorgeerziehung erfordert 18,1

Millionen. Die enorme Erhöhung ist vorwiegend in den Verpflegskosten in den eigenen und fremden Anstalten beinhaltet. Für die Landesjugendheime Rosenhof, Blümelhof, Hartberg sind 15,3 Millionen erforderlich, aber auch im außerordentlichen Voranschlag sind Millionenbeträge für Erweiterungsbauten, für Schulräume, Werkstätten, Turn- und Schwimmhallen vorgesehen. Ein besonderes Problem ist die Sorge und auch die Pflege für unsere alten Menschen und es ist Aufgabe der Gesellschaft, unsere müden und alten Mitbürger auf das Beste zu betreuen und ihnen einen schönen Lebensabend zu bieten. Da die Alters- und Fürsorgeheime nicht für alle Menschen in Frage kommen, denn derzeit zählen wir in der Steiermark rund 130.000 Menschen über 65 Jahre, sind verschiedene Einrichtungen zu schaffen und es müssen Wege gefunden werden, damit viele Betagte, die eigentlich keine Fürsorgefälle sind, in der Einsamkeit nicht zugrundegehen. Und wenn die Gruppe 4 Gesamtausgaben von 227 Millionen im ordentlichen und bedeckt 17,5 Millionen im außerordentlichen Voranschlag erfordert, so beinhalten diese Ziffern, daß wir unsere Pflichten ernst nehmen, daß wir für alle hilfsbedürftigen Menschen sorgen, daß auch sie eine schöne Zukunft haben. Möge Fürsorge und Jugendhilfe für alle Zeiten eine Herzensangelegenheit des Landes und seiner Volksvertreter sein.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Gruppe 4 beschäftigt und ich darf in seinem Namen den Antrag stellen, der Gruppe 4 „Fürsorge und Jugendhilfe“ die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Der Herr Abg. Burger hat sich als erster Redner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Nach ihm Abg. Fellingner.

**Abg. Burger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Gruppe 4 „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“ umfaßt, wie die Frau Berichterstatterin bereits ausführte, 8 Abschnitte mit 10 Unterabschnitten. In diesen wird die Vielfalt des notwendigen Fürsorgewesens und der Jugendhilfe behandelt und deren Ausgaben in Ziffern festgelegt. Wenn von einem über 4 Milliarden-Budget 227,4 Millionen aufgewendet werden für das Fürsorgewesen, dann ist dies in jedem Fall ein ganz bedeutender Betrag. Diese 227 Millionen finden ihre Verwendung zur Linderung der Not jener Menschen, die in der Zeit der absoluten Hochkonjunktur und Wohlstandsgesellschaft keinen Platz unter der Sonne haben. Entweder sind diese hilfsbedürftigen Menschen von Geburt her benachteiligt an Körper und Geist, oder sie sind alt und alleinstehend und gebrechlich. Viele von ihnen sind durch schwere Unfälle körperbehindert, oder durch schwere Kriegsverletzungen zu keiner Arbeit mehr fähig. Vielfältig sind die Ursachen der Lage der Notleidenden und der Betroffenen, vielfältig ist aber auch die Hilfsbereitschaft, die Not der Menschen zu lindern, ihnen beizustehen und zu helfen. Zu den Helfenden gehören nicht allein die dazu ausgewählten und berufenen oder ausgebildeten Menschen, Heime, Fürsorgebehörden, Gesetze usw. sind es auch nicht allein, die helfend und lindernd eingreifen. Es ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren, der Steuerzahler dieses Landes, der uns



überhaupt erst die Voraussetzung schafft, daß Ämter und Behörden die Möglichkeit haben, helfend dort einzugreifen, wo Hilfe nach menschlichem Ermessen notwendig ist.

An dieser Stelle möchte ich den Steuerzahlern dieses Landes gerade für das Kapitel Fürsorgewesen und Jugendhilfe meinen besonderen Dank aussprechen. Ohne diese Steuermittel wäre man nicht in der Lage, Alten- und Fürsorgeheime zu bauen, bzw. sie zu erhalten. Wie wohltuend ist die Tatsache, daß das Bild der Einlegerschicksale aus unseren Augen verschwunden ist. Die älteren von uns erinnern sich noch, wie die ausgearbeiteten Menschen von Haus zu Haus zogen, um dort gepflegt zu werden und Unterkunft zu bekommen. Ihre Nächte verbrachten sie in der Regel in Stallungen, und es gab nur wenig gute Menschen, die diese alten Ausgedienten gut betreuten. Die Armenhäuserlegerende ist ebenfalls zu Ende. Wer je einmal Fürsorgeheime besuchte, wird die Vielfalt der Erkrankten und Pflegebedürftigen kennen gelernt haben. Aber auch die schwere Aufgabe der Schwestern und des Personals muß mit Bewunderung bedacht und bedankt werden. Im wahrsten Sinne des Wortes sind sie Schwestern und Menschen der tätigen Nächstenliebe. Sie sollen wissen, daß wir um ihre Arbeit Bescheid wissen und daß wir sie beachten und bewundern.

Hohes Haus! Obgleich fast für alle Wechselfälle des Lebens behördliche bzw. gesetzliche Regelungen bestehen, so gibt es dort und da, bei genauer Untersuchung oder durch die Praxis der Gesetzesanwendung, doch noch erhebliche Lücken, die eine Reihe von besonderen Notfällen nach sich ziehen. Ich darf als Beispiel vielleicht das steirische Behindertengesetz zitieren. Ab 1. Jänner 1970 wird den Behinderten, die vorwiegend bettlägerig sind oder einer ständigen persönlichen Pflege bedürfen, ein monatlicher Betrag von 630 S 14 mal im Jahr ausbezahlt. Diese Auskunft gibt die Budgeterläuterung. Personen aber, die keiner ständigen Hilfe bedürfen, aber unheilbar erkrankt sind und um diese geht es hier, haben nach § 19 und 20 des Gesetzes Anspruch auf einen geschützten Arbeitsplatz oder auf eine geschützte Arbeit. Das Land hatte bisher 20 solche geschützte Arbeitsplätze und will diese in Ämtern und Anstalten im kommenden Jahr auf 30 erhöhen. Diese betroffenen Personen, meist junge Leute, stehen daher ohne jegliches Einkommen da. Da die Betroffenen, z. B. Diabetiker mit Gefäßbeteiligung oder Contergan-Geborene, keinen geschützten Arbeitsplatz erhalten können, weil diese Leute einfach schwierig unterzubringen sind, erhalten sie auch keine finanzielle Unterstützung. Aus dem Bereich der Fürsorge erhalten sie in der Regel auch nichts, weil sie im Verband ihrer Familie leben. Die Zuteilung auf einen geschützten Arbeitsplatz dauert in der Praxis oft sehr lange oder sie erhalten überhaupt keinen. So stehen viele Betroffene oft jahrelang ohne jegliches Einkommen da. Daß solche bedauernswerte Personen auch außerhalb der Sozialversicherung stehen, brauche ich hier wohl nicht zu erwähnen.

Um dieses Unrecht aus der Welt zu schaffen, hat die ÖVP-Fraktion einen Antrag eingebracht, mit dem Ersuchen, daß Personen, die Anspruch auf ei-

nen geschützten Arbeitsplatz haben, wenigstens so lange eine finanzielle Unterstützung erhalten, bis sie einen geschützten Arbeitsplatz tatsächlich erhalten und dort tätig sind. Damit habe ich, meine Damen und Herren, die Notwendigkeit einer Novellierung des Steiermärkischen Behindertengesetzes, mit der Hoffnung, daß eine solche Novellierung in Bälde erfolgen möge, aufgezeigt. Aufzeigen aber möchte ich auch den Unterabschnitt 449, wo eine Million Schilling für den Ankauf von Liegenschaften zur Beschaffung von Wohnraum für besonders kinderreiche Familien vorgesehen ist. 3.400.000 Schilling sind an Beihilfen vorgesehen, um Wohnraum für besonders kinderreiche Familien zu beschaffen.

In der Post 851 sind dann 4.050.000 Schilling für Darlehen zur Beschaffung von Wohnraum für kinderreiche Familien ausgewiesen, also für diesen Zweck ein Gesamtbetrag von 8.450.000 Schilling. Es tut mir leid, feststellen zu müssen, daß die Bezirksfürsorgeverbände in einigen Fällen auffällig langsam arbeiten, obgleich es sich in zwei Fällen, die mir bekannt sind, um Großfamilien mit 13 Köpfen und im anderen Fall um eine Familie mit 17 Köpfen handelt, deren Delogierungstermin schon zweimal aufgeschoben wurde mit Rücksicht auf die Kinder. Beide Fälle sind seit drei Jahren anhängig und fanden noch immer keine Erledigung. Solche Großfamilien müßten für jede Behörde und für jeden Sachbearbeiter den unbedingten Vorrang haben. Leider aber muß ich in diesen Fällen gerade das Gegenteil feststellen, obwohl die zuständige Abteilung der Landesregierung ihre Bemühungen zeigte. Ich bin von der Vermutung, daß gewisse Bevorzugungen etwa politische Motive hätten, weit weg. Wenn es aber so wäre, ich hätte nur ein abgrundtiefes Bedauern für soviel menschliche Unzulänglichkeit oder Ungerechtigkeit übrig. 4.330.000 S sind vorgesehen für die Flüchtlingsfürsorge. Wie uns dieser Titel Flüchtlingsfürsorge in einem freien Land zutiefst berührt, politische Flüchtlinge unmittelbar von unseren Nachbarländern, von dort, wo man uns schon so oft einzureden versuchte, daß es das Paradies der arbeitenden Menschen sei, im Schoß der Freiheit unseres Landes finden diese Flüchtlinge ihre Sicherheit und ihre Ruhe.

Wir alle, meine Damen und Herren, bekennen uns zu dieser Hilfeleistung. Ich habe aber auch das Bedürfnis, wenn man von der sozialen Sicherheit spricht, einen kleinen Ausblick auf die sozialen Leistungen des Bundes zu machen. Dieser stellt für eine gute Arbeitsmarktpolitik, für die Volksgesundheit, für die Kriegsopfer, für die Opferfürsorge und ebenso für die Kleinstrentenversorgung einen Betrag von 2400 Millionen Schilling zur Verfügung. Dies bedeutet gegenüber 1969 eine glatte Erhöhung von 30 %. Es kann daher die wohltuende Feststellung getroffen werden, daß auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit noch nie soviel geleistet wurde, als in den letzten dreieinhalb Jahren.

Zum Schluß aber glaube ich, daß auf dem Gebiet des Fürsorgewesens neue Wege gesucht und gefunden werden müssen. Der Bau von Altenwohnungen in Neubauten scheint mir ein sehr sehr geeigneter Weg zu sein und es bliebe vielen die drückende Alterseinsamkeit durch erspart. Wie

man überhaupt trachten müßte, daß man unsere alten Menschen im Familienverband behält und sie nicht einweist in ein Altersheim, wenn wohnungsmäßig oder aus sozialen Motiven kein Grund besteht. Es ist ein sehr bedauerliches Zeugnis für manche Erwachsene, daß sie den noch lebenden Vater oder die Mutter zur Ferienzeiten im besonderen oder auch für ständig in ein Fürsorge- oder Altersheim geben. Die soziale Einstellung dieser so handelnden Menschen ist wohl mehr als bedauerlich. Sie sind es, die dem Land bzw. dem Steuerzahler im Laufe der Zeit Millionenbeträge kosten.

Es muß eine Entwicklung auf sozialem, vor allem aber auf dem Gebiet der Forschung im Bereiche der Medizin angestellt werden, daß der Kreis der zu Befürsorgenden durch die Ausscheidung von Krankheiten immer geringer wird. Wenn man dem Herrn Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Otto Kratky, Ordinarius für physikalische Chemie in Graz, glauben darf, der bei der Eröffnung der steirischen Akademie 1969 sagte, die Biochemie hat bereits das System des Kodes, mit Hilfe dessen im Zellkern die genetischen Informationen gespeichert sind und weitergegeben werden, um die im Genum festgelegten Proteine zu reproduzieren, entschlüsselt. Um das Jahr 2000 werden voraussichtlich Korrekturen im menschlichen Erbgut möglich sein, die körperliche und geistige Mißbildung bei der Geburt ausschalten können. So werden Fürsorgeheime in der ferneren Zukunft für geistig und körperlich Benachteiligte nicht mehr nötig sein. Bis dahin aber ist es eine sehr vornehme und menschliche Aufgabe aller, das Leben unserer Alten und zu Befürsorgenden glücklich und würdig zu gestalten. (Beifall.)

**Präsident:** Herr Abg. Fellingner ist als nächster Redner am Wort. Nach ihm spricht Frau Abg. Egger.

**Abg. Fellingner:** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir haben von der Berichterstatterin gehört, daß die Ausgaben für die Gruppe 4 227 Millionen Schilling betragen. Das ist die Ausgabe des Landes Steiermark für die Befürsorgten und alle jene, die in die Gruppe 4 fallen. Wir müssen aber in diesem Zusammenhang auch den Vermerk zur Kenntnis nehmen, daß vielleicht die gleichen Millionenbeträge die Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände ausgeben, um die Not der Befürsorgten der Bezirke und der Gemeinden in irgendeiner Form zu lindern und ihre Aufgaben zu meistern.

Wir können mit Freude feststellen, daß die Gruppe 4 „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“ im Ausgabenansatz um 30 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr erhöht worden ist. Besonders will ich mich auch mit dem Unterabschnitt 477 befassen und zwar mit der Behindertenhilfe. Es sind insgesamt 36 Millionen Schilling veranschlagt worden, das ist eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 6 Millionen Schilling. Es ist heute schon über das Behindertengesetz gesprochen worden. Ich will nur in Erinnerung rufen, daß das Hohe Haus das Gesetz, welches zweifellos eine außerordentliche Hilfe für unsere Zivilinvaliden brachte, im Jahre 1964 beschlossen hat. Im Jahre 1969 wurde seitens der Rechtsabteilung 9 in 134 Fällen Eingliederungshilfe bewilligt und in 17 Fällen Beschäftigungstherapie durch in-

ternatsmäßige Unterbringung gewährt. Das sind erfreuliche Ziffern.

Von den Bezirksfürsorgeverbänden wurde Eingliederungshilfe, das ist Heilbehandlung, Versorgung mit orthopädischen Behelfen, in 254 Fällen genehmigt. Beschäftigungstherapie ohne Unterbringung in fremden Anstalten ist insgesamt an 11 Personen gewährt worden. Die Zahl der Personen, denen ein geschützter Arbeitsplatz zuerkannt werden muß, steigt ununterbrochen. Es ist schon erwähnt worden, daß das Land Steiermark im Jahre 1969 für sie fünf Dienstposten geschaffen hat, jetzt insgesamt 20 Dienstposten hat und ich nehme erfreut zur Kenntnis, daß im nächsten Jahr wiederum 10 Dienstposten geschaffen werden. Aber alle Dienstposten, die das Land Steiermark in irgendeiner Form festlegt, sind zu wenig, die Leute unterzubringen, die auf einen geschützten Arbeitsplatz gehören.

Ich glaube, es ist Aufgabe unserer Gesellschaft, hier auf dem Gebiet wirklich alles zu tun, um diese Menschen in einen Arbeitsprozeß einspannen zu können.

Es ist heute schon erwähnt worden, daß das Pflegegeld wieder erhöht wird im Jahr 1970, und zwar hat es bisher 559 Schilling betragen, ab 1. Jänner — wie schon der Kollege Burger erklärt hat — 630 Schilling. Insgesamt haben im Jahre 1969 1196 Personen Pflegegeld bekommen. Das Pflegegeld wird, wie ja das Hohe Haus, die Herren und Damen wissen, im § 27 geregelt. Im Absatz 1 ist festgelegt, daß das Pflegegeld erst nach Erreichung des 18. Lebensjahres gegeben wird. Das heißt, das Pflegegeld kann nur jemand bekommen, der mehr als 18. Jahre alt ist.

Es wurde schon oft der Wunsch geäußert und ich habe mir erlaubt in der Budgetdebatte im vorigen Jahr den Wunsch vorzubringen, daß hier eine neue Regelung getroffen und das Alter herabgesetzt wird. Wir müssen feststellen, daß Eltern und Pflegeeltern, die behinderte Kinder zu verpflegen haben, sehr hohe Ausgaben und einen größeren Verschleiß an Wäsche und Bekleidung haben und auch mehr Reinigungsmittel brauchen und daher erhebliche Mehrkosten für die Betreuung erwachsen. Das Behindertengesetz, welches das Hohe Haus beschlossen hat, ist sicher ein fortschrittliches Sozialgesetz. Seit dem Beschluß sind 5 Jahre vergangen und die Betroffenen haben eine Reihe von Abänderungsvorschlägen.

Der Verband der Österreichischen Zivilinvaliden, Landesgruppe Steiermark, hat dem zuständigen Referenten der Landesregierung, Herrn Landesrat Gruber, eine Denkschrift überreicht mit dem Ersuchen, daß das Hohe Haus das Behindertengesetz in einigen Punkten novellieren möge. Dabei wurde von seiten des Verbandes festgestellt, daß das Behindertengesetz in der Steiermark durchaus in fortschrittlicher Weise angewendet wird. Die Novellierungswünsche des Landesverbandes sind folgende: Der Verband fordert eine Beihilfe für jene Behinderten, die zwar nicht pflegebedürftig, aber auch nicht arbeitsfähig sind. Als zweite Forderung wird vom Verband eine Krankenversicherung der Behinderten nach dem ASVG. angestrebt. Alle Be-

hinderten sollen einen amtlichen Behindertenausweis erhalten. Aus Mitteln des Landes sollen jene Behinderten eine Wohnungsbeihilfe erhalten, die einer besonders ausgestalteten Wohnung bedürfen. Die Verpflichtung von Kostenbeiträgen für die Behinderten soll sich auf die Eltern und Kinder beschränken, wenn ein völliger Verzicht auf Kostenbeiträge derzeit nicht möglich ist. Die letzte Forderung des Verbandes der Zivilinvaliden bezieht sich auf das Pflegegeld, was ich schon vorher erwähnt habe. Er stellt die Forderung, daß künftig ohne Einschränkung des Alters Pflegegeld den Behinderten gewährt werden soll. Wir glauben, daß es zum jetzigen Zeitpunkt mehr als gerechtfertigt ist, daß der Zivilinvalidenverband eine zeitgemäße Novellierung des Behindertengesetzes verlangt. Es wird Aufgabe der kommenden Landesregierung sein, den Wünschen der Zivilinvaliden Rechnung zu tragen und im neuen Landtag einen Vorschlag zur Novellierung des Behindertengesetzes zu bringen.

Ich erlaube mir ein paar Worte über die Aktion „Altenurlaube“ zu sagen. Diese Aktion wird für die Befürsorgten und auch für die Rentner, die eine Ausgleichszulage erhalten, durchgeführt. In diesem Jahr konnten in der ganzen Steiermark 1746 Frauen und Männer einen 14tägigen Urlaub antreten. Die Einteilung erfolgte in 4 Turnussen und zwar 2 vor und 2 nach der Saison. Allein im Bezirk Leoben hatten 200 Frauen und Männer die Möglichkeit, in der Oststeiermark einen 14tägigen Urlaub verbringen zu können. Es war für einige Befürsorgte und Rentner das erste Mal, daß sie die Möglichkeit gehabt haben, in die Oststeiermark zu kommen und es war für sie das erste Mal, daß sie überhaupt einen Urlaub antreten durften. Ich glaube, diese Aktion ist eine der schönsten Aktionen, die der Steiermärkische Landtag beschlossen hat. Ich kann dem Initiator für diesen Antrag im Hohen Haus den besten Dank aussprechen. Wenn im Jahre 1970 wieder 1,250.000 S zur Verfügung stehen, so werden sich sicherlich wieder 2000 Männer und Frauen der Steiermark freuen, einen 14tägigen Urlaub in unseren Fremdenverkehrsgebieten verbringen zu können.

Die Berichterstatterin hat eingangs in ihrem Bericht über die Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien gesprochen. Wir können feststellen, daß für das Jahr 1969 5,950.000 S zur Verfügung gestanden sind. Damit konnten in 86 Fällen Wohnungen gefördert werden und damit sind auch 628 Kinder in den Genuß einer neuen Wohnung gekommen. Für das Jahr 1970 wurden die 2 Budgetposten aufgestockt. Für Beihilfen wurde der Ansatz um 900.000 S auf 3,400.000 S erhöht, für Darlehen um 1,300.000 S auf 4,050.000 S. Das ist sicherlich eine Leistung und wir können damit zufrieden sein. Aber alle jene, die die vorhandenen Anmeldungen kennen, wissen, daß auf dem Gebiet der Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien ein Nachholbedarf vorhanden ist, weil in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg auf dem Gebiet sehr wenig gemacht worden ist und auch nichts gefordert werden konnte und daß diese Beträge, obwohl sie so hoch sind, noch immer zu gering sind. Ich glaube, es ist Aufgabe des Hohen Hauses, Sorge zu tragen, daß für das Budget des Jahres 1971 ein höherer

Betrag zur Verfügung stehen wird, um endlich einmal die alten Fälle erledigen zu können.

Abschließend möchte ich dazu sagen: Die sozialistische Fraktion wird der Gruppe 4 ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der SPO.)

**Präsident:** Die Frau Abg. Egger hat das Wort. Nach ihr spricht Herr Abg. Dr. Moser.

**Abg. Edda Egger:** Hoher Landtag!

Meine beiden Vorredner haben sich schon mit dem Behindertengesetz befaßt und haben festgestellt, daß Änderungen notwendig wären. Sie haben im großen und ganzen ausgesprochen, daß es ein sehr wichtiges Gesetz ist. Wir können nach 5jähriger Geltungsdauer allgemein feststellen, daß es in seiner großzügigen Art wirklich die Möglichkeit zu einer guten Hilfe für die besonders Hilfsbedürftigen in unserem Land gegeben hat. Die Mittel sind wesentlich erhöht worden. Gegenüber den Ausgaben des Jahres 1968 ist es eine Steigerung von ungefähr 44% der damaligen Ausgaben. Das ist ein sehr hoher Betrag. Wenn ich noch einiges zum Behindertengesetz sagen will, so vor allem, um einige Vorschläge für eine verbesserte Durchführung zu machen. Es liegt, wie gesagt, weniger am Gesetz selbst als an der Durchführung und da gibt die Erfahrung der letzten Jahre doch einige Hinweise, wo man ändern könnte.

Bezüglich des Finanziellen möchte ich nur einen Punkt aufzeigen. Ich glaube, daß die Ausgaben für das Pflegegeld im heurigen Jahr verhältnismäßig reichlich bemessen sind; auch wenn man berücksichtigt, daß ab 1. Jänner 1970 eine Steigerung auf 630 S kommt, so ist es so bemessen, daß 240 Fälle mehr als im heurigen Jahr versorgt werden könnten. Meines Wissens gibt es derzeit 1200 Fälle. Im heurigen Jahr waren es zirka 150 Fälle an Zuwachs. Ich glaube, daß der Nachholbedarf bei den Pflegegeldfällen im allgemeinen schon befriedigt und gesättigt ist. Ich glaube, daß aber doch nicht so viele Fälle mehr anfallen werden. Wir hoffen das zumindest im Interesse derer, die so schwer behindert sind, daß sie Pflegegeld bekommen müssen. Es ist zu wünschen, daß diese Fälle nicht so ansteigen. Dann würde es gewisse Reserven beim Pflegegeld geben. Doch glaube ich nicht, daß man alle einbeziehen kann, wie das von einem Vorredner gefordert wurde. Man müßte doch schauen, daß das Pflegegeld dort hilft, wo es dringend notwendig ist, und nicht zu klein für den Einzelfall gemacht wird. Das zu einer finanziellen Einzelheit.

Für die Durchführung gibt es folgende Wünsche. Man sieht immer wieder, daß die Teams, die die einzelnen Fälle zu begutachten haben und dann die Art der Hilfeleistung festlegen sollen, zu schwerfällig sind, zu langsam arbeiten, zu teuer arbeiten. Man müßte neue Wege finden, um die Erfassung der einzelnen Behinderten etwas rascher möglich zu machen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß gewisse ärztliche Spezialisten fast nur in Graz sind und wenn die bis ins Ennstal oder ins obere Murtal fahren müssen, ist das nur selten möglich und sehr teuer. Weiter wäre es notwendig, die Arbeit der einzelnen Mitglieder des Teams abzustimmen, daß